

A1-B #HambiBleibt - Wer Klimaschutz fordert, muss vor der eigenen Haustür beginnen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Der Kohleausstieg wird kommen. Je früher, desto besser. Denn die Uhr tickt,
2 schon 2030, in 12 Jahren, wird der Punkt einer gefährlich werdenden
3 unumkehrbaren Erderwärmung erreicht sein. Die GRÜNE JUGEND fordert einen
4 schnellstmöglichen Kohleausstieg, einen sozialverträglichen Strukturwandel und
5 solidarisiert sich mit dem Kampf der Umwelt- und Klimaaktivist*innen. Wir
6 schließen uns ihren Rufen an: Kohle stoppen! Wir stehen an einem Scheideweg der
7 deutschen Politik: Machen wir weiter nur Lippenbekenntnisse zu internationalen
8 Klimaschutzvereinbarungen, während wir vor unserer eigenen Haustür Wälder
9 für den Weiterbetrieb eines der dreckigsten und umweltschädlichsten
10 Geschäftsmodell aller Zeiten roden, oder leiten wir die Wende zu einem
11 innovativen und alles veränderndem Klimaschutz ein?

12 Die GRÜNE JUGEND stellt fest, dass die Landesregierungen jener Bundesländer, in
13 denen Braunkohle gefördert und verbrannt wird, nicht gewillt sind, diese Frage
14 aufrichtig zu beantworten. Sei es die schwarz-gelbe Regierung in NRW, die rot-
15 rote Regierung in Brandenburg oder die schwarz-rote sächsische Landesregierung.
16 Die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Armin Laschet hat sich in der
17 Auseinandersetzung um den Hambacher Wald in diesem Herbst zur Handlangerin des
18 Kohlekonzerns RWE und zu einer gefährlichen Eskalationstreiberin entwickelt.
19 Unter dem Strich bleibt eine politische Bankrotterklärung für diese Regierung:
20 Der vermutlich größte und teuerste Polizeieinsatz NRWs, der tausende
21 Polizist*innen verheizt und unzählige Überstunden bei der NRW-Polizei verursacht
22 hat. Gefolgt vom größten Anti-Kohle-Protest der deutschen Geschichte, an dem
23 fünfzigtausend Menschen teilnahmen, um gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu
24 demonstrieren. Und eine herbe Blamage vor höchster gerichtlicher Instanz, als
25 das Oberverwaltungsgericht Münster die Rodung bis auf Weiteres stoppte und damit
26 das gesamte Vorgehen der Landesregierung ad absurdum führte und ihr Narrativ,
27 man setze im Hambacher Wald lediglich Recht und Ordnung durch, wie ein
28 Kartenhaus in sich zusammenfiel.

29 Der bisher angerichtete Schaden lässt sich kaum beziffern. Der finanzielle
30 Schaden, aber auch der Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist
31 enorm. Wir fordern eine Aufklärung der Geschehnisse, aber vor allem eine

32 Kehrtwende in der Politik!

33 **Klimagerechtigkeit jetzt: Für eine radikale Wende in der Klimapolitik!**

34 Es sind schockierende Zahlen. Wir stehen im Zentrum der hausgemachten
35 Katastrophe, denn die deutschen Kohle-Bundesländer sind Brandherde der
36 europäischen CO₂-Emissionen: Höher als in den USA und fast doppelt so hoch wie
37 in Gesamtdeutschland liegt der Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in NRW (2014).
38 Ähnlich hoch ist er in Sachsen. Speerspitze ist jedoch Brandenburg, dort wird
39 pro Person 2,5 mal so viel CO₂ ausgestoßen wie in Gesamtdeutschland. Der
40 Zusammenhang zur historisch starken Kohleindustrie ist dabei klar nachweisbar:
41 69 % des nordrhein-westfälischen Energiemixes speisen sich aus der
42 Kohleverstromung (2016: Steinkohle 26 %, Braunkohle 43 %) und der Essener
43 Braunkohlekonzern RWE rangiert auf Platz 14 der dreckigsten Energieunternehmen
44 weltweit. In Brandenburg stammen 60 % des produzierten Stroms aus der Braunkohle
45 - in Sachsen sind es satte 75 %. Es ist vor diesem Hintergrund nicht von der
46 Hand zu weisen, dass Deutschland sich seiner Verantwortung als großer Mittäter
47 in der Klimakatastrophe eingestehen und umlenken muss.

48 In der Lausitz und am Hambacher Wald entscheidet sich die deutsche
49 Klimaschutzpolitik. Das Rheinische Revier ist die größte CO₂-Quelle Europas.
50 Das Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland zu stärkeren
51 Klimaschutzmaßnahmen. Verfeuern wir die Braunkohle, die unter dem Hambacher
52 Wald liegt, werden Deutschlands Klimaszutzziele wohl kaum einzuhalten sein.
53 Würde die Braunkohle direkt unter dem Wald verfeuert werden, entstünde so viel
54 CO₂, dass Wald-Ausgleichsflächen 13.000 mal so groß wie der Hambacher Wald
55 nötig würden, um die entstehenden Treibhausgase auszugleichen. Es ist zutiefst
56 zynisch, dass RWE mit der versuchten übereilten Rodung des Hambacher Waldes
57 Fakten schaffen wollte, obwohl auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zur
58 Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens noch nicht umgesetzt wurden und auf
59 Bundesebene derzeit über ein Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung verhandelt
60 und ein vorzeitiger, notwendiger Ausstieg aus der Kohleverstromung die noch
61 benötigten, aber bisher genehmigten, Abbaumengen erheblich verringern wird. Bei
62 einem Kohleausstieg bis 2030 würden beispielsweise nur noch 450 Millionen
63 Tonnen Braunkohle, also 20 Prozent der in Hambach und Garzweiler genehmigten
64 Braunkohlemenge, benötigt werden. Eine Rodung des Hambacher Waldes wäre unter
65 diesen Voraussetzungen nicht nur unnötig, sondern verkommt zu einem
66 Aggressionakt der Kohlelobby.

67 Das Rheinische Revier muss zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist und zum
68 Vorbild für eine innovative Klimaschutzregion werden.

69 *Wir fordern*

- 70
- Kohleausstieg jetzt - Der Ausstieg muss sofort starten!

- 71 • Neue Leitentscheidungen der Landesregierungen zu den Tagebauen
- 72 • Intensivierung der Klimafolgenanpassung

73 **Welt retten? Wald retten!**

74 Die von RWE geschaffenen und geplanten Ersatzpflanzungen sind nicht
75 gleichwertig. Der Hambacher Wald ist ein über 12.000 Jahre gewachsenes
76 Ökosystem. Ein paar neu gepflanzte Bäume machen noch keinen Wald, denn es
77 dauert Jahrhunderte bis ein vergleichbares Ökosystem entsteht. Ebenfalls leben
78 über 140 gefährdete Arten im Hambacher Wald, für die RWE eine "Umsiedlung"
79 plant. Ob sich die Tiere so einfach in einen nicht gleichwertigen Forst
80 umsiedeln lassen, ist für etliche Arten zu bezweifeln. Die Wahrscheinlichkeit,
81 dass diese ansässigen gefährdeten Arten sterben werden, ist groß.

82 Auch im Bereich der CO₂-Speicherung ist ein alter Wald wie der Hambacher Wald
83 wesentlich besser aufgestellt, er verfügt über deutlich mehr Biomasse und kann
84 dementsprechend viel mehr CO₂ speichern als neuere Ausgleichswälder. Auch das
85 zeigt: Der Hambacher Wald ist ein schützenswertes Ökosystem, das unbedingt
86 erhalten werden muss!

87

88

89 In der Niederlausitz wird der Wald östlich des Ortes Taubendorf schrittweise
90 für den Braunkohletagebau Jänschwalde gerodet. Wir lehnen die Rodung im
91 genehmigten Ausmaß ab und wollen auch dort so viel Wald wie möglich erhalten,
92 der gleichzeitig Staub- und Lärmschutz für die Anwohner*innen bietet. Wir
93 sehen nicht ein, dass Eigentümer*innen von kleinen Waldstücken zugunsten der
94 Braunkohle enteignet werden.

95 *Wir fordern:*

- 96 • Erhalt des Hambacher Waldes und seine Wiederaufforstung
- 97 • den Erhalt aller weiteren Wälder, die der Braunkohle weichen sollen

98 **Power to the People: Solidarität mit zivilem Ungehorsam und den Besetzer*innen**
99 **des Waldes!**

100 Vor nicht einmal zehn Jahren kannte kaum jemand jenseits von Düren und Kerpen
101 den Hambacher Wald. Die massiven Rodungen des einst 4100 Ha großen Waldes
102 erfolgten über Jahrzehnte, ohne dass eine breite Öffentlichkeit davon
103 mitbekam. Mit dem Räumungsbeginn am 13.09.2018 änderte sich dies schlagartig.
104 Durch den größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen
105 schaut die Welt nun auf den Hambacher Wald. Es ist den hunderten Besetzer*innen,

106 Unterstützer*innen und Aktivist*innen zu verdanken, dass sich nun die deutsche
107 Klimapolitik am Hambacher Wald entscheidet. Ohne ihren jahrelangen Einsatz für
108 den Wald und gegen die Braunkohleverstromung wären wir heute in einer
109 schlechteren Ausgangsposition. Ohne die Besetzung würden sich heute vermutlich
110 nicht nahezu 80% aller Menschen in NRW für den Erhalt des Hambacher Waldes
111 aussprechen.

112 *Wir fordern:*

- 113 • Ein Ende der Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und friedlichen
114 Protestformen

- 115 • In diesem Zusammenhang Solidarität mit der Besetzung von [#HambiBleibt](#), den
116 Protesten von Ende Gelände und dem zahlreichen Protest von
117 Bürger*inneninitiativen vor Ort

118 **Der Rechtsstaat ist kein Lego-Baukasten: NRW-Landesregierung muss ihr**
119 **repressives Rechtsverständnis überwinden!**

120 Jahrelang wurde die friedliche Besetzung im Hambacher Wald durch die
121 Landesregierung und die örtlichen Behörden geduldet. Im Herbst 2018 musste auf
122 einmal alles ganz schnell gehen: Aus dem Bauministerium NRW erfolgte Anfang
123 September ein Erlass, dass die Baumhäuser im Hambacher Wald als bauliche
124 Anlagen zu bewerten seien, für die übliche Brandschutzauflagen gelten. Damit
125 wurde der juristische Grundstein für die folgende Räumung und den Großeinsatz
126 der Polizei gelegt, da der Brandschutz nicht gewährleistet sei. Der Vorschub
127 von Brandschutzauflagen, um die Räumung politisch unliebsamer Örtlichkeiten
128 durchzusetzen, machte bei der CDU in NRW bereits in der Vergangenheit Schule: So
129 wurde in Duisburg die Räumung sogenannter "Schrottimobilien" angeordnet, die
130 überwiegend von Roma bewohnt wurden, aus dem gleichen Grund von der damals
131 zuständigen Dezernentin Daniela Lesmeister, die nun im NRW-Innenministerium
132 tätig ist. Dass die CDU Recht und Gesetze so zurechtbiegt, um Polizeieinsätze
133 zu legitimieren, ist verurteilenswert. An erster Stelle von Politik sollte immer
134 ein dialogorientierter Interessensausgleich stehen anstelle von repressiver
135 Eskalation.

136 RWE und die NRW-Landesregierung waren in der Außendarstellung oftmals kaum
137 auseinanderzuhalten. Es ist skandalös, in welchem Ausmaß die Landesregierung
138 mit ihrem Vorgehen Amtshilfe in großem Stil für RWE geleistet hat. Während
139 viele Bereiche des Waldes für die Öffentlichkeit, Pressevertreter*innen u.a.
140 von der Polizei als zu unsicher erklärt wurden, gingen die Arbeiten von
141 Polizeikräften und RWE-Mitarbeiter*innen Hand in Hand. RWE stellte die
142 benötigte Infrastruktur für die Räumung und ließ darüber hinaus Bäume
143 fällen und Schneisen in den Wald schlagen, um einen zügigen Ablauf der
144 Räumung voranzutreiben, obwohl das Fällen von Bäumen vor Beginn der

145 Rodungssaison eigentlich untersagt war. Der Kreis Düren und die Stadt Kerpen
146 haben jedenfalls nicht sichergestellt, dass nur Rodungen zur Ermöglichung der
147 Räumung stattfinden.

148 Ebenfalls ist unklar, auf welcher Rechtsgrundlage die Räumung von Hängematten,
149 kleinen Plattformen, kletternden Aktivistis und Personen, die sich nicht in
150 Bäumhäusern befanden, stattfanden. Räumungsaktionen gingen weit über den
151 eigentlichen Auftrag der Räumung und Beseitigung der Baumhäuser hinaus. Hier
152 wurde deutlich, dass die Landesregierung die Durchsetzung des Bauordnungsrechts
153 vorgeschoben hat, um den Wald für RWEs Rodungen freizuräumen.

154 Das NRW-Innenministerium arbeitete zudem mit gezielten Falschmeldungen und Fake-
155 News, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurden der Öffentlichkeit
156 massenhaft beschlagnahmte Waffen aus dem Hambacher Wald vorgestellt, um die
157 vermeintliche Gewalttätigkeit der Besetzung zu beweisen. Doch schnell wurde
158 klar, dass es sich um einen Fundus von über mehrere Jahre gesammelte Waffen
159 handelte statt um aktuelle Funde. Im NRW-Innenausschuss berichtete Innenminister
160 Reul von pietätslosem Verhalten von Aktivist*innen nach dem tragischen Tod eines
161 Bloggers im Hambacher Wald. Der schäbige Versuch, die Aktivist*innen als
162 herzlose Unmenschen darzustellen und so den tragischen Tod für die eigene Agenda
163 zu instrumentalisieren, scheiterte, da mehrere Journalist*innen auch hier die
164 Falschaussage aufdeckten. Zwei krasse, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle.

165 *Wir fordern:*

- 166 • Aufklärung der juristisch zweifelhaften Vorgänge während der
167 Räumungsaktionen

168 **Polizeieinsatz: Politik mit dem Schlagstock ist Gift für die Demokratie!**

169 Auch die Polizei selbst hatte wenig Verständnis für den Einsatz, den sie im
170 Hambacher Wald leisten musste. So kritisierten sowohl die Gewerkschaft der
171 Polizei (GdP), als auch der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BdK) die
172 Räumungsaktion. Obwohl die Entscheidung über den Eilantrag auf Rodungsstopp des
173 BUND NRW beim OVG Münster noch ausstand, wurden tausende Beamt*innen in den
174 belastenden und gefährlichen Einsatz im Wald geschickt. Bei Räumungen in einer
175 Höhe von 15 bis 25 Metern besteht Lebensgefahr, sowohl für die Aktivist*innen,
176 als auch die Beamt*innen. Viele Beamt*innen hatten zurecht das Gefühl, von der
177 NRW-Landesregierung vor den Karren von RWE gespannt zu werden. Für diesen
178 Einsatz mussten viele Beamt*innen starke Einschränkungen ihres Privatlebens und
179 viele Überstunden in Kauf nehmen. Nach dem Rodungsstopp durch das OVG Münster
180 ist festzuhalten: Dieser Einsatz war eine einzige Farce.

181 Darüber hinaus wurde mit diesem Einsatz das Vertrauen in die Polizei und in die
182

183 Politik bei vielen Menschen stark beschädigt. Das rabiante Vorgehen gegen
184 friedliche Aktivist*innen und die offensichtlichen Motive des Einsatzes lassen
185 viele Menschen fassungslos zurück. Dass die Polizei in einem oftmals
186 unverhältnismäßig harten Einsatz als Akteur für die Interessen eines
Konzerns eingesetzt wird, schadet unserer Demokratie.

187 Ebenfalls fassungslos macht uns, dass die im Wald verheizte Polizei
188 offensichtlich an anderen Stellen NRWs fehlte. Ende September marschierten in
189 Dortmund Neo-Nazis auf, die mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen
190 und der Verfeuerung von Pyrotechnik auf Häuserdächern auf sich aufmerksam
191 machten. Dass die nur marginal anwesende Polizei sie gewähren ließ,
192 schockierte zurecht. Der Vorfall wurde im Nachhinein von Innenminister Reul
193 heruntergespielt, der stattdessen lieber unwahre Aussagen über die angebliche
194 Gewalttätigkeit von Aktivist*innen im Hambacher Wald tätigte. Wir fragen uns,
195 warum das Innenministerium mit einem massenhaften Polizeiaufgebot gegen
196 friedliche Umweltschützer*innen vorgeht, aber bei radikalen Neo-Nazis die Augen
197 verschließt.

198 Wenn Politiker*innen derart unpopuläre Forderungen mit dem Schlagstock
199 verteidigen, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. Für all das muss
200 Innenminister Reul die Verantwortung übernehmen.

201 *Wir fordern:*

- 202 • Den Rücktritt von NRW-Innenminister Herbert Reul
- 203 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in allen Bundesländern

204 **Blackout Kohleausstieg? Altherren-Erzählungen überwinden, 100% Erneuerbare**
205 **sind möglich!**

206 Das Märchen vom drohenden Blackout wird von den großen Energiekonzernen schon so
207 lange erzählt, wie sich Menschen für die Energiewende stark machen. Festzuhalten
208 ist: Deutschland produziert große Mengen an Strom für den Export. Mittelfristig
209 können Netzschwankungen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden. Diese sind
210 deutlich flexibler und Klimaverträglicher als die Braunkohleverstromung. Fest
211 steht auch: 100% Erneuerbare sind möglich, so der breite Konsens in der
212 Forschung. Auch die Aussage, es müssten zunächst erst viel mehr Energiespeicher
213 erforscht und gebaut werden, um einen höheren Anteil an Erneuerbaren Energien im
214 Energiemix gewährleisten zu können, erweist sich bei näherer Betrachtung als
215 sachlich falsch. Der Energiewende und dem Kohleausstieg stehen keine technischen
216 Hindernisse im Weg, sondern allein das Geschäftsinteresse von Konzernen wie RWE
217 und deren politischen Unterstützer*innen.

218 *Wir fordern:*

- 219 • Schluss mit der Blackout-Panikmache!
- 220 • Kohleausstieg bis zum Jahr 2025
- 221 • Schluss mit der fossilen Überproduktion für den Stromexport
- 222 • Bestehende Gaskraftwerke, die klimaschonender als Kohlekraftwerke sind,
223 als Brückentechnologie nutzen und wieder ans Netz nehmen
- 224 • Ein europäisches Energienetz

225 **Wirtschaftsdemokratie fördern: Monopolwirtschaft bekämpfen, Netze**
226 **verstaatlichen!**

227

228 Die Blackout-Drohung von RWE ist nur die Spitze des Eisbergs, denn die
229 Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von den vier Energieriesen (RWE,
230 EnBW, Vattenfall, E.ON) darstellt. Auch die Tatsache, dass sich die nordrhein-
231 westfälische Landesregierung zum Büttel macht, zeugt von dem viel zu großen,
232 antidemokratischen Einfluss, den diese Konzerne auf die Politik haben. Die "too
233 big to fail"-Sonderstellung, mit der die Energiewende politisch,
234 propagandistisch und technologisch bekämpft wird, ist nicht länger
235 tolerierbar. Außer der schieren Größe ist auch die Unternehmensstruktur
236 problematisch: Jede Netzinfrastuktur bedeutet (regionale) sogenannte
237 "natürliche Monopole". RWE und Co. sind aber nicht nur regionale Monopolisten,
238 was an sich schon politisch gefährliche Marktmacht und überhöhte Preise
239 bedeutet, sondern gleichzeitig Stromproduzenten, die damit in einen
240 Interessenkonflikt geraten, weil die Bereitsteller*innen der Infrastruktur die
241 Bedingungen diktieren, zu denen Strom eingespeist bzw. verkauft wird. Und auch
242 wenn die Bundesnetzagentur einen übermäßigen Machtmissbrauch verhindert,
243 zeigt die Verschleppung des Netzausbaus im Sinne der erneuerbaren Energien, dass
244 die Energieriesen ihre kohlebasierte Grundversorgung gegenüber den schwankenden
245 Erneuerbaren begünstigen und damit die Energiewende bekämpfen können.

246

247 *Wir fordern:*

- 248 • Eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieerzeugung
- 249 • Verstaatlichung der Energienetze

250 **Strukturwandel ist eine Notwendigkeit. Sozialverträglichkeit aber auch!**

251 Ein gelingender Strukturwandel braucht vor allen Dingen eines: Einen klaren

252 Plan. Deshalb ist es dringend geboten, einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle
253 als einen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und als
254 Sicherung der Zukunftsperspektiven der Menschen in den Kohlerevieren zu
255 beschließen. Klimaschutz und soziale Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern
256 für die GRÜNE JUGEND zwei Seiten der selben Medaille im Kampf für eine
257 gerechtere Welt.

258 Die besondere demographische Struktur der Tagebaubeschäftigten führt dabei
259 dazu, dass ein Paris-konformer Austieg nahezu ohne betriebsbedingte
260 Kündigungen auskommt. Auch nach dem Ende des Braunkohleabbaus gibt es in den
261 Revieren viel zu tun. Die Renaturierung ist eine große Herausforderung, die
262 Arbeitsplätze bindet. Darüber hinaus müssen Investitionen der Konzerne LEAG,
263 MIGRAB und RWE, zu denen sie sich verpflichten müssen, sowie öffentliche
264 Investitionen einen raschen Strukturwandel fördern, der auch neue
265 Beschäftigungsperspektiven schafft und auch der Industrie und dem Gewerbe in
266 den Regionen, die mittel- oder unmittelbar vom bisherigen Braunkohlegeschäft
267 abhängig waren, eine Zukunft bietet. Angepackt werden muss das Problem der
268 Infrastruktur, die durch die Tagebaulöcher in der Region, teilweise stark
269 zerteilt ist und ganze Ortschaften abgeschnitten hat. Gemeinsam haben die
270 Regionen, dass ein verbesserter Anschluss mit dem ÖPNV, Breitbandausbau,
271 Digitalisierung oder Modellprojekte in der Erprobung neuer Technologien Chancen
272 für die Regionen darstellen. Besonders große Herausforderungen sehen wir in
273 den Revieren der neuen Bundesländer. Die Regionen sind deutlich stärker von
274 Abwanderung, maroder Infrastruktur aus DDR-Zeiten und der Sparpolitik der
275 letzten drei Jahrzehnte betroffen. Hinzu kommt, dass im lausitzer und
276 mitteldeutschen Revier wesentlich weniger andere Arbeitgeber existieren. Die
277 vielen Strukturbrüche in den ostdeutschen Lebensläufen verstärken die Angst
278 vor einem erneuten Strukturbruch. Hier müssen wir klar machen, dass wir den
279 schon begonnen Strukturwandel geordnet, sozialverträglich, aber zügig
280 weiterführen wollen. Wir fordern, dass die Bundesregierung sich gezielt mit der
281 Frage des Strukturwandel in den neuen Bundesländern auseinandersetzt. Hier muss
282 endlich die Ansiedelung von Zukunftsbranchen und öffentlichen Behörden
283 vorangetrieben werden und der Ausbau oder die Elektrifizierung wichtiger
284 Zugverbindungen wie Lübbenau-Cottbus oder Cottbus-Görlitz dürfen im
285 Bundesverkehrswegeplan nicht mehr auf das Abstellgleis gestellt werden. Zudem
286 sehen wir es als notwendig an, dass ein sogenannter Lausitz-Fond des Bundes
287 gezielt Geld in die Regionen bringt. Die Politik muss jetzt mit den Menschen in
288 allen Regionen in Dialog treten und mit ihnen gemeinsam den Strukturwandel auf
289 den richtigen Weg bringen.

290 Klar für uns ist auch: Die Konzerne sind mit dem Ende der Braunkohleverstromung
291 noch lange nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern tragen eine dauerhafte
292 Verantwortung dafür, die Altlasten und Ewigkeitskosten, die durch den
293 Braunkohleabbau entstanden sind, zu tragen und eine nachhaltige und
294 zukunftsfähige Neuentwicklung der dann ehemaligen Braunkohle Regionen
295 voranzutreiben. Dafür werden sie Rückstellungen bereithalten müssen, um für

296 Kosten aufzukommen. Auch dürfen bei der Neuentwicklung der Regionen und der
297 Entwicklung von alten Tagebaubetreiber-Flächen nicht die Gewinninteressen der
298 Konzerne, sondern die Interessen der Regionen und der Allgemeinheit als Ganzes
299 besonders berücksichtigt werden.

300 *Wir fordern:*

- 301 • Eine Beschäftigungsgarantie für die Tagebaubeschäftigten
- 302 • Umschulungsmöglichkeiten für Tagebaubeschäftigte hin zu
303 Beschäftigungsmöglichkeiten im Sektor der erneuerbaren Energien
- 304 • Strukturförderung & neue Impulse für die wirtschaftliche Neuentwicklung in
305 allen Revieren
- 306 • Den Strukturwandel mit den Menschen der Region gemeinsam gestalten
- 307 • Allgemeinheit darf nicht auf Ewigkeitskosten und Altlasten der Braunkohle
308 sitzen bleiben, RWE muss dauerhaft haften
- 309 • Die gesamtgesellschaftliche Voranbringung von Konzepten zur sozialen und
310 bedingungslosen Grundsicherung, die über die Tagebaubeschäftigten
311 hinausgeht
- 312 • Ein besonderes Augenmerk auf den Strukturwandel in den neuen Bundesländern
313 mit Investitionen des Bundes

314 **Die Dörfer müssen Leben!**

315 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung der Dörfer liegen, die
316 entgegen der bisherigen Planung nicht mehr umgesiedelt werden. Alle Probleme,
317 die der ländliche Raum in Deutschland hat, treten hier verstärkt auf. Noch
318 weniger junge Menschen und Familien leben in den Dörfern mit Umsiedlerstatus,
319 denn sie sind oftmals die ersten, die an einem anderen Ort neu anfangen. Die
320 Anbindung an den ÖPNV ist in der Regel unterirdisch, das Mobilfunknetz ist
321 schwach und in Glasfaserleitungen wurde hier nicht mehr investiert. Der
322 zunehmende Leerstand tut sein übriges für die Atmosphäre und zieht
323 Plünder*innen an. Zudem haben die Hauseigentümer*innen oftmals Investitionen
324 in ihre Immobilien aufgeschoben.

325 Für uns ist klar: Die Dörfer die bleiben, müssen leben! Deshalb braucht es
326 ein Förderprogramm für die betroffenen Dörfer. Dieses darf nicht zulasten der
327 Menschen gehen, die bereits umgesiedelt wurden. Ein Ausspielen derer, die

328 geblieben sind gegen die, die umgesiedelt wurden, würde den sozialen Frieden in
329 den Revieren weiter gefährden und verbiete sich. Den Menschen, die eine
330 Rückkehr in ihre Heimatdörfer wünschen, sollte diese auch ermöglicht werden.
331 In diesem Zusammenhang zeigen wir uns auch solidarisch mit den zahlreichen
332 Hausbesetzungen rund um die von Abaggerungen betroffenen Dörfer, die
333 Perspektiven für die verloren geglaubten Ortschaften aufzeigen.

334 Wir fordern:

- 335 • Ein Rückkaufrecht für die ehemaligen Eigentümer*innen, deren Häuser
336 noch stehen sowie ein Rückkaufrecht für die Grundstücke dort, wo die
337 Häuser bereits abgerissen wurden.

- 338 • Ein Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie die soziale Infrastruktur,
339 sowohl in den alten, als auch in den neuen Dörfern.

- 340 • Ein Förderprogramm für die Sanierung der Gebäude in den betroffenen
341 Dörfern.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A2-B Bewegt euch: Umwelt retten!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Tausende Menschen gingen bei #unteilbar,
2 der Seebrücke und #hambibleibt auf die Straße. Ihre Forderungen - und auch die
3 grünen Wahlerfolge - zeigen, dass es
4 möglich ist, viele Menschen für globale Solidarität, ambitionierte
5 Umweltpolitik und einen progressiven pro-europäischen Kurs zu begeistern. All
6 dies sind Elemente einer Politik, die nicht auf
7 Abschottung, der Ausbeutung von Mensch und Umwelt und der Auslagerung von
8 Problemen auf marginalisierte Gruppen und die Umwelt beruht.
9 Diese Proteste sind auch eine Antwort auf die multiplen Krisen, die wir erleben:
10 Weltweites Artensterben, Klimakatastrophe, Bankenkrise, der Abbau des
11 Sozialstaats, das globale Voranschreiten von Autoritarismus und Ausgrenzung. Als
12 Antwort verstecken sich politische Rechte und Konservative hinter Abschottung,
13 Ausbeutung und Grenzschießung.
14 Die politische Trennlinie verläuft dabei immer stärker zwischen einem
15 transnationalen Politikentwurf und nationalem Egoismus. Wenn Donald Trump das
16 Pariser Klimaabkommen oder 250.000 Faschist*innen in Polen aufmarschieren machen
17 wir gemeinsam mit progressiven politischen
18 Bewegungen klar: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen. In diesem Kontext ist
19 für uns auch die Lösung der sozialen Frage, wie sie Sahara Wagenknecht
20 vertritt, keine Lösung. Denn jeder Mensch hat
21 dieselben Rechte, unabhängig davon, an welchem Ort auf der Erde er*sie geboren
22 ist oder lebt. Uns ist bewusst, dass wir die großen politischen
23 Herausforderungen, wie die Klimakatastrophe, den Verlust von Biodiversität,
24 Ungleichheit der Lebensverhältnisse, Hunger, Armut,
25 Umweltverschmutzung, Krieg und Gewalt nicht mit Kleinstaaterei und Nationalismus
26 lösen werden.
27 Wir wollen diese Probleme grundsätzlich angehen und keinen Scheinlösungen
28 hinterherlaufen. Es geht uns um den Aufbau breiter Gerechtigkeitsperspektiven,
29 die aufhören Lohnabhängige global gegeneinander auszuspielen. Es geht uns
30 darum, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, indem wir Umwelt und Soziales
31 miteinander zu verknüpfen. Beides gegeneinander auszuspielen verstärkt
32 Ungerechtigkeit und Ungleichheit.

Ausbeutung, Auslagerung und Abschottung

34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80

Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglichten nicht nur Eliten, sondern auch anderen Schichten der Bevölkerung des Globalen Nordens Teilhabe an einem höheren Wohlstand. Zwar ermöglichten Kämpfe der Arbeiter*innen, vor allem im Globalen Norden Lohnsteigerungen und eine Ausweitung des Sozialstaats. Diese ging allerdings mit einer verstärkten Ausbeutung von Lohnabhängigen und natürlichen Ressourcen, vor allem im Globalen Süden einher.

Mit der globalen Ausbreitung neoliberaler Dogmen ab den 70er Jahren wurde der Wunsch nach Teilhabe an diesem Wohlstandsmodell auch in Ländern wie Brasilien, Indien, China oder Südafrika größer. In Deutschland schlägt sich diese Ausweitung neoliberaler Dogmen im weiter voranschreitenden Abbau des Sozialstaats wieder.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

So wird die Produktion von Gütern durch die Ausbeutung von Mensch und Umwelt ermöglicht. Dies beinhaltet beispielsweise Landgrabbing durch multinationale Konzerne im Globalen Süden, Lohndumping im Norden, die Missachtung von Arbeitsschutzbestimmungen und die massive Zerstörung von Biodiversität, wie sie beispielsweise bei der Abholzung von Regenwäldern oder dem globalen Insektensterben deutlich wird.

Darüber hinaus werden die Kosten und Folgen von Produktion und Konsum vom Globalen Norden in den Globalen Süden ausgelagert, also externalisiert. Große Teile der Produktion im globalen Norden basieren beispielsweise auf der Nutzung fossiler Energieträger. Die Folgen durch die Klimakrise sind allseits bekannt. Sie belasten vor allem den Globalen Süden. Darüber hinaus werden insbesondere durch den Globalen Norden globale Senken in Anspruch genommen. Darunter sind Aspekte des globalen Ökosystems zu verstehen, die für die Entsorgung von Abfallprodukten genutzt werden. Beispiele sind die Atmosphäre, in die Treibhausgase gelangen, Böden, die unter Mülldeponien liegen oder Meere, die

81 sich immer stärker mit Plastik und anderem Müll anreichern und die auch CO₂
82 speichern. Doch die Kapazität dieser Senken ist endlich, ihre Übernutzung
83 führt zu einer Verstärkung jetzt schon bestehender Ungerechtigkeiten.
84

85 Das System kann in der jetzigen Form nur bestehen, wenn es Ressourcen gibt, die
86 ausgebeutet werden können und Externalisierung möglich ist. Ausgrenzung und
87 Ungerechtigkeit ermöglichen die Funktion des Systems.
88

89 Dies sind zentrale Elemente von Produktion und Reproduktion kapitalistischer
90 Gesellschaften: Menschen und Umwelt werden ausgebeutet. Kapitalistische Zentren
91 lagern die Kosten ihres Lebensstils in den Globalen Süden aus. Die
92 Wirtschaftsweise des Globalen Nordens ist von diesen Elementen abhängig. Macht,
93 Herrschaft, Ungleichheit und auch Gewalt ermöglichen momentan die
94 Aufrechterhaltung dieser Wirtschaftsweise.
95

96 Wir sehen die Folgen dieser Art des Wirtschaftens. Als Antwort werden materielle
97 Zugeständnisse seitens der herrschenden Klassen zurückgeschraubt und
98 Freiheiten immer weiter eingeschränkt. In diesen Tenor verfällt auch die
99 politische Rechte. Ihre Antwort basiert auf Abschottung, Neoliberalisierung und
100 Ausgrenzung.
101

102 Um die oben genannten Probleme zu lösen, müssen wir für ein freiheitliches,
103 solidarisch-kooperatives Leben im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres
104 Planeten, also für die Überwindung des
105 Kapitalismus, streiten. Das schaffen wir nicht alleine. Wir müssen uns an der
106 Seite politischer Bewegungen und der Zivilgesellschaft einmischen. Und wir
107 müssen Kämpfe global miteinander verknüpfen: Globale und lokale Kämpfe
108 gehören zusammen. Und die vermeintliche Trennung zwischen „Umwelt“ und
109 „Sozialem“ ist keine. Beide Aspekte müssen zusammengedacht werden, denn
110 Wohlstand darf nicht auf Ausbeutung, Externalisierung und Exklusivität beruhen.
111 Wir wollen eine globale Politik, die ambitioniert-radikale Umweltpolitik und
112 soziale Gerechtigkeit zusammen denkt. Daraus leitet sich unser Bestreben nach
113 einem radikalen Wandel ab. Doch um diese Vision zu
114 erreichen, gibt es keine grundlegende Lösung. Wir müssen mit vielen kleinen
115 Schritten eine globale Transformation anstoßen, um Wandlungsprozesse wie
116 Globalisierung, ein linkes Europa, die Überwindung nationalstaatlicher
117 Gedankenkonstrukte und des Kapitalismus sowie eine solidarische Weltgemeinschaft
118 sind dafür notwendiger denn je! Lohnabhängige dürfen dabei nicht
119 gegeneinander
120 ausgespielt werden.

121 **Kampf gegen Umweltzerstörung als Ausgangspunkt für eine globale Politik**

122 Wir stehen momentan vor gravierenden Umweltproblemen, die schon jetzt extreme
123 Auswirkungen auch auf uns Menschen haben. Das weltweite Artensterben, das
124 hauptsächlich vom Menschen verschuldet wird, stellt eine der größten globalen

125 Krisen unserer Zeit dar. Wir brauchen Biodiversität für intakte Ökosysteme,
126 die für uns lebenswichtige Dienstleistungen bereitstellen wie beispielsweise
127 sauberes Trinkwasser, Bestäubung von Blüten für den Ackerbau oder natürliche
128 Ressourcen wie Holz. Des Weiteren kommen ökologische Probleme wie der globale
129 Verlust von Böden, die die Grundlage für unseren Ackerbau darstellen, die
130 Ausbeutung natürlicher Ressourcen der Wälder oder Fischbestände der Meere
131 mehr hinzu. In unseren Meeren sammelt sich außerdem in großen Mengen Plastik,
132 welches nicht abgebaut wird und so die Menschheit noch lange beschäftigen wird.
133 Die Klimakrise verstärkt dabei viele dieser Effekte. Heute treffen die Folgen
134 der Klimakatastrophen besonders starkem Maße die Menschen in den ärmsten
135 Teilen der Welt, die westlichen Industriestaaten lagern die Kosten ihrer Lebens-
136 und Wirtschaftsweise aus.

137
138 Für viele Menschen ist die Klimakatastrophe längst keine Theorie mehr - sie
139 ist knallharte Realität. Immer mehr Menschen verlieren ihr Zuhause und ganze
140 Landstriche werden unbewohnbar. Sie bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit,
141 Überschwemmungen und Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und
142 führt an vielen Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Es geht längst nicht
143 mehr nur um Emissionsreduktionen. Es geht auch um Anpassung an den Klimawandel.
144 Und es geht um den Umgang mit den Folgen, wenn Anpassung nicht mehr möglich
145 ist, zum Beispiel extreme Wetterereignisse oder langsam einsetzende Geschehnisse
146 wie Ozeanversauerung, also Verlust und
147 Schaden. Insbesondere Staaten des Globalen Nordens haben die Klimakrise
148 verursacht. Sie müssen daher im Sinne des Verursacher*innenprinzips
149 Verantwortung tragen und dieser auch gerecht werden. Unsere Unterstützung gilt
150 den Opfern und Geschädigten des Klimawandels - seien es Staaten, Individuen
151 oder Gruppen - die den globalen Norden zur Verantwortung ziehen wollen.

152
153 Doch langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur
154 Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden,
155 brauchen wir eine globale, transnationale
156 Politik, die echten Umweltschutz mit Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei
157 der die Rechte der Lohnabhängigen in Europa nicht gegen die Bedürfnisse der
158 Menschen in den ärmsten Regionen dieser
159 Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine
160 Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile
161 der Welt und der Zerstörung unserer
162 Lebensgrundlage beruht.

163 **Umwelt retten, Klimakrise bekämpfen**

164 Für ein verbindliches und ambitioniertes Regelwerk im internationalen 165 Klimaschutz

166 Seit 2016 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Obwohl es als großer Schritt
167 im Kampf gegen die Klimakrise hervorgehoben wurde, sind seine Konsequenzen
168 bestenfalls unklar. Zudem manifestiert es an vielen Stellen bestehende

169 Ungerechtigkeiten. In diesem Jahr wird die Klima-COP erneut in Polen
170 stattfinden. Dort soll endlich ein Regelwerk für den internationalen Klimaschutz
171 entstehen und verabschiedet werden. Dies wäre ein längst überfälliger Schritt im
172 Kampf gegen die Klimakrise. Ein solches Regelwerk könnte dafür sorgen, dass
173 endlich tatsächlich Maßnahmen angegangen werden, die dem Ernst der Lage gerecht
174 werden. Dafür ist es unerlässlich, dass das Regelwerk verbindlich, durchsetzbar
175 und ambitioniert ist. Um ein solches Regelwerk zu erreichen, muss Deutschland
176 endlich seiner Verantwortung gerecht werden und in einer "Koalition der
177 Willigen" mit anderen Ländern zusammen voran gehen. Zu den wichtigen Punkten
178 gehören für uns:

179 • Finanzierung: Die durch die Staaten des Globalen Nordens zugesagten 100 Mrd.
180 US-Dollar für die Staaten des Globalen Südens müssen endlich ohne Umrechnung und
181 Einpreisung in bisherige Zahlungen fließen. Diese Gelder dürfen sich zugleich
182 nicht auf die Minderung von Emissionen fokussieren, sondern müssen in einem
183 Gleichgewicht zu Mitteln für die Klimaanpassung stehen. Wer unter den Folgen der
184 Klimakrise leidet, hat einen Anspruch auf Förderung und Reparationszahlungen.
185 Eine Förderung der "Verlust"-Forderungen von Staaten wie Saudi-Arabien, welche
186 Geld dafür haben wollen, Öl im Boden zu lassen anstatt es zu verwerten, lehnen
187 wir ab.

188 • National bestimmte Beiträge: Die Beiträge zur Klimapolitik, die jeder
189 Staat im Rahmen des Pariser Klimaabkommens abgeben muss, müssen klar definiert
190 werden. Die Einhaltung dieser Beiträge muss endlich verpflichtend werden. Es
191 darf nicht weiter nur um Emissionsminderung gehen, auch Anpassung, "Verlust und
192 Schaden" sowie Klimafinanzierung sind für uns elementare Bestandteile einer
193 ambitionierten Klimapolitik. Der Sonderbericht des IPCC hat gezeigt, dass das
194 1,5°-Ziel noch erreichbar ist – die angekündigten Beiträge der Staaten
195 führen aber zu einer Erwärmung weit über zwei Grad. Daher müssen die
196 angekündigten Beiträge, insbesondere jene des Globalen Nordens, vor 2020
197 überholt werden. Anschließend soll ihre Überprüfung und, wenn notwendig,
198 Verschärfung in einem Zyklus von fünf Jahren erfolgen.

199 • Rechte: Nicht nur die Klimakrise gefährdet Menschenrechte. Auch die Umsetzung
200 spezifischer Maßnahmen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens kann die Rechte von
201 Menschen verletzen. In allen Aspekten von Klimapolitik müssen daher
202 Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern,
203 lokalen Gemeinschaften, Migrant*innen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und
204 besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die
205 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt und eingehalten werden. Für uns geht es
206 dabei aber nicht nur um Menschenrechte im weiteren Sinne, sondern auch um das
207 Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und das Recht auf
208 Entwicklung. Das Regelwerk darf nicht zu einer weiteren Verteilung von Lasten
209 hin zum Globalen Süden führen.

210 • Marktmechanismen: Der Clean Development Mechanism – zentraler
211 Marktmechanismus unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) – sollte nicht
212 fortgeführt werden. Er hat jetzt schon zu massiven Menschenrechtsverletzungen
213 in der Implementierungsphase geführt und war insgesamt auch nicht sonderlich
214 erfolgreich. Sollte er dennoch übernommen werden, so muss er massiv verändert
215 werden. Dazu gehören die Einrichtung eines Beschwerdekörpers für durch die
216 Projekte Betroffene sowie der Ausschluss falscher Lösungen wie CO₂-
217 Abscheidung und -Speicherung. Gleichzeitig braucht es nicht marktbasierete
218 Lösungen und eine globale Treibhausgas-Steuer.

219 Wir sind überzeugt, dass marktbasierete Mechanismen keine realistischen Lösungen
220 sind.

221 Aktivist*innen weltweit
222 schützen, Globale Bewegungen stärken! Auch wenn Klimakonferenzen und der
223 Pariser Klimavertrag eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und eine
224 Positionierung hier absolut notwendig ist, ist auch klar: Sie werden das Problem
225 allein nicht lösen. Für die internationale Klimabewegung, die lokale Kämpfe
226 global verknüpft und die Interessen derjenigen ins Zentrum rückt, die
227 besonders vom Klimawandel betroffen sind, können die Klimakonferenzen deshalb
228 Anknüpfungspunkt sein. Ihr Potenzial verwirklicht sie jedoch nur dann, wenn sie
229 auch abseits davon sichtbar ist und die Strategien auch der durch bestehende
230 Machtverhältnisse geprägten UN-Klimaverhandlungen anwendet. Dafür brauchen
231 wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten Jahren wurden
232 unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den unmenschlichen
233 Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne widersetzt haben.
234 Sei es beim Einsatz für gerechtere Arbeitsbedingungen beim Steinkohleabbau in
235 Kolumbien oder dem Einsatz gegen die Öl-Lecks von Shell im Niger Delta, diese
236 lokalen Kämpfe haben immer eine globale Dimension und sind von unseren
237 politischen Auseinandersetzungen in Europa trennbar. Sie verknüpfen gemeinsame
238 Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
239 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
240 unserer Lebensgrundlagen. Wir solidarisieren uns mit globalen Kämpfen und
241 stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen Ausbeutung, Armut und die
242 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen streiten. Diese Kämpfe werden oft auch
243 gegen die herrschende Ordnung geführt. Daher stellen wir uns explizit hinter
244 Strategien und Taktiken wie zivilen Ungehorsam, die herrschende Institutionen
245 umgehen. Globale Kämpfe können nicht nur innerhalb der herrschenden
246 Institutionen gewonnen werden – sie müssen über diese hinausgehen. Dabei
247 dürfen globale Kämpfe niemals lokale Kämpfe aus den Augen
248 verlieren. Es ist wichtig ihre Verknüpfung im Auge zu behalten und zu
249 erweitern. Das bezieht sich nicht nur auf räumliche Perspektiven, sondern auch
250 auf Verknüpfungen über Themenkomplexe hinweg.
251 Und während Krisen und Ausbeutung immer weiter voranschreiten, werden die
252 Spielräume für Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und Aktivist*innen immer
253 weiter eingeschränkt oder gar ganz

254 geschlossen. Dass dies nicht nur in autokratischen, sondern auch demokratischen
255 Staaten geschieht, spiegelt letztlich den globalen Rechtsruck wieder.

256
257 Vermehrt auftretende Extremwetterereignisse wie Hitzerekorde, Dürreperioden und
258 Starkregenereignisse haben gezeigt, wie die Klimakrise auch Deutschland
259 betreffen könnte. Die mediale Verknüpfung derartiger Wetterereignisse mit dem
260 Klimawandel und nicht zuletzt der
261 organisierte Widerstand gegen den klimaschädlichen Braunkohleabbau am Hambacher
262 Wald oder bei Ende Gelände haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gehoben.
263

264 Denn langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur
265 Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden,
266 brauchen wir eine globale, transnationale Politik, die echten Umweltschutz mit
267 Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei der die Rechte der Lohnabhängigen in
268 Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen in den ärmsten Regionen dieser
269 Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine
270 Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile
271 der Welt und der Zerstörung unserer
272 Lebensgrundlage beruht.
273

274 Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns
275 mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die
276 gegen Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei
277 nicht als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa,
278 sondern als gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine
279 Politik, die Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von
280 Menschenrechten und unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität
281 insbesondere Aktivist*innen die sich gegen globale
282 Autorisierungstendenzen und Faschisierung einsetzen und unter schwierigsten
283 Bedingungen für ihre Rechte einstreten. Wir setzen uns deshalb für eine
284 stärkere Unterstützung von Aktivist*innen und
285 zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen
286 ein.
287

288 Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die
289 Klimakämpfer*innen,
290 Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen wirkungsvoll schützen,
291 notfalls über konkrete

292 Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten
293 Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den
294 unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne
295 widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem
296 Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die
297 Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.
298

299 **Klimaziele müssen endlich an den Pariser Klimavertrag angepasst werden**

300
301 Um den Kohleausstieg zu verhindern deckelt und bremst die Bundesregierung den
302 Ausbau Erneuerbarer Energien im Strombereich massiv, und weigert sich, die
303 Nutzung von Überschussstrom für die Wärme- und Verkehrswende zu ermöglichen.
304 Sie behauptet, dass man nicht gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigen könne:
305 das ist natürlich sachlich falsch – aber offenbar mit dem EEG 2017 gesetzlich
306 festgeschriebenes Ziel der Bundesregierung. Denn laut diesem Gesetz darf der
307 Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor bis 2025 45% nicht übersteigen, was
308 genau dem Anteil der Erneuerbaren Energien und dem bis 2022 wegfallenden
309 Atomstrom entspricht. Wir fordern dagegen: 95% Erneuerbare Energien bei Strom,
310 Wärme und Verkehr bis 2040 deutschland- und europaweit. Das ist kein
311 Idealismus, sondern bereits bittere Realpolitik: denn um unter 1,5 Grad zu
312 bleiben müsste die Welt bis 2030 klimaneutral werden. Deutschland müsste für
313 echte Klimagerechtigkeit zudem doppelt so schnell Treibhausgase (THG)
314 reduzieren, wie der Weltdurchschnitt, damit alle Menschen den gleichen THG-
315 Fußabdruck hätten. Außerdem werden einzelne Ziele wie „-55% THG bis 2030“
316 in der Realität erst kurz vor knapp erreicht, die Berechnungen gehen aber von
317 einer gleichmäßigen Reduktion aus.

318
319 Deshalb müssen zusätzlich Gesamt-Treibhausgasbudgets, oder noch einmal
320 deutlich ambitioniertere Ziele beschlossen werden. Das Gesamt-Treibhausgasbudget
321 für eine klimaungerechte Energiewende für 50% Wahrscheinlichkeit, unter 1,5
322 Grad zu bleiben betrüge 5,5 mal die Emissionen des Jahres 2018, für 66%
323 Wahrscheinlichkeit unter 2 Grad zu bleiben 17 Jahresemission, der von uns
324 vorgeschlagene Mittelwert zwischen beiden 11,25 Jahresemissionen. Die
325 Klimaschädlichkeit von anderen Treibhausgasen als CO₂, etwa Methan, muss
326 außerdem endlich
327 mit den aktuellen Werten des IPCC von 2013, statt von 2007 berechnet werden!
328 Dann beträgt die Klimaschädlichkeit von Methan nach 100 Jahren das 34fache von
329 CO₂, statt nur das 25fache. Der Wert nach 20 Jahren beträgt allerdings noch 87.
330 Wenn wir in den nächsten 12-32 Jahren weltweit klimaneutral werden sollen, kann
331 es ferner nicht angehen, ausschließlich den 100 Jahres-Wert zur Berechnung zu
332 verwenden.

333 Dementsprechend halten wir auch die derzeitigen Ziele von Bündnis 90/Die
334 Grünen, in Deutschland mit allen Sektoren außer dem Strom, und in Europa
335 generell erst 2050 klimaneutral zu werden, für unzureichend. Wir werden in
336 Bund, Ländern und Kommunen dafür kämpfen, dass sich das ändert.

337 Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten
338 Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den
339 unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne
340 widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem
341 Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die
342 Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

343

Die Agrarwende als Voraussetzung für Umweltschutz und Globale Gerechtigkeit

Einer der größten Klimakiller ist die fehlgeleitete Agrarpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte. Doch nicht nur das Klima wird stark von der Landwirtschaft beeinflusst, auch andere Umweltprobleme wie Biodiversitätsverlust und Bodendegradation sind in großem Maße dadurch bedingt. Ein weiteres Problem stellt der globale Handel mit landwirtschaftlichen Produkten dar. Während die Europäische Union im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit Agrarexpert*innen in Länder des Globalen Südens entsendet, um dort kleinbäuerliche Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels weiter möglich zu machen, exportieren europäische Unternehmen zugleich massenhaft Milchpulver und Hähnchenschenkel, die dieser kleinbäuerlichen Landwirtschaft die Existenzgrundlage entziehen. Damit wird nicht nur eine ökologische Landwirtschaft im Globalen Süden von der industriellen Landwirtschaft in den westlichen Industriestaaten untergraben, sondern auch die Ernährungssouveränität vieler Länder immer weiter abgebaut. Ein weiterer Faktor ist land grabbing, bei dem Land an meist ausländische Investor*innen verkauft wird und die lokale Bevölkerung vertrieben wird. Dies muss eingeschränkt werden. Die GRÜNE JUGEND sieht Boden als Grundlage für Leben und damit auch als Menschenrecht an. Wir fordern ein Beteiligungsrecht der Betroffenen sowie die Anerkennung und Einklagbarkeit von Wohnheitsrechten, sowie non-formalen, Landeigentums- und Landnutzungsrechten. Nicht nur Landtitel im Sinne eines westlichen Privateigentums dürfen eine Rolle spielen. Das Argument, dass diese Flächen, welche durch land grabbing genommen werden, großflächig intensiv bewirtschaftet werden müssen, um die Weltbevölkerung ausreichend mit Nahrung versorgen zu können, ist schon lang widerlegt worden. Aktuell könnten wir 12-14 Milliarden Menschen mit dem versorgen, was produziert wird und es sind die kleinbäuerlichen Strukturen, welche einen Großteil der Nahrung produzieren und besser an regionale Gegebenheiten angepasst sind. Nur durch den Erhalt dieser kann Ernährungssouveränität garantiert werden.

Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die weitere Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft zu stoppen. Die globale Diversifizierung, wie sie bei Unternehmen propagiert wird, sollte nicht auf die Landwirtschaft angewendet werden. Lebensmittel und ihre nötigen Betriebsmittel sollen regional produziert werden. Um Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müssen sich die Verteilung ändern, weniger Lebensmittel weggeworfen und die Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter verringert werden. Die Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter ist schädlich fürs Klima, da bei der Viehzucht extrem viel Methan und Kohlenstoffdioxid ausgestoßen werden, die den Treibhauseffekt verstärken und somit maßgeblich zum globalen Temperaturanstieg beitragen. Außerdem dient ein großer Teil der pflanzlichen Landwirtschaft der Futtermittelproduktion. Auch das können wir so einschränken. Die Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter muss drastisch reduziert

391 werden. Zudem müssen Exporte von vor allem Fleischprodukten, die insbesondere
392 die lokalen Märkte in Ländern des globalen
393 Südens kaputt machen, gestoppt werden. Wir fordern, dass öffentliche Subventionen
394 in Zukunft nur für ökologische, kleinbäuerliche
395 Landwirtschaft bewilligt werden. Gefördert soll außerdem eine kleinräumige
396 Bewirtschaftung werden, welche zum Erhalt der Biodiversität beiträgt. Eine
397 vollständige Agrarwende nimmt alle Umweltauswirkungen der Landwirtschaft in den
398 Blick und findet innovative Wege, wie Bodendegradation, Eutrophierung,
399 Artensterben und gesundheitliche
400 Schäden durch Landwirtschaft verhindert werden können. Es ist möglich, die
401 Menschheit zu ernähren, ohne die Umwelt zu zerstören. Ökologische Landwirtschaft
402 ist ein Schritt in die richtige Richtung, Konzepte aus der Permakultur können
403 dabei helfen, weiter zu denken. Es wird deutlich, dass die Folgen der Klimakrise
404 global extreme Folgen für Umwelt und Mensch haben und in Zukunft auch noch
405 stärker haben werden. Daher ist es wichtig frühzeitig betroffene Staaten zu
406 unterstützen: Von der Anpassung an die Folgen der Klimakrise bis hin zur
407 Schaffung von Möglichkeiten der Migration.

408 **Klimabedingte Migration würdevoll gestalten**

409 Die Folgen des Klimawandels sind schon heute deutlich spürbar. Immer mehr
410 Menschen verlieren aufgrund des Klimawandels ihr Zuhause. Durch den steigenden
411 Meeresspiegel und die Ausbreitung von Dürregebieten werden bestimmte Teile der
412 Erde in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Der Klimawandel ist für
413 die Menschen dort schon lange kein theoretisches Konzept mehr, sondern
414 knallharte Realität. Er bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit,
415 Überschwemmungen und Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und
416 führt an vielen Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Unser Kampf gegen den
417 Klimawandel muss deshalb immer auch eine menschenrechtsorientierte
418 Klimafolgenanpassung, also den verantwortungsvollen Umgang mit den Konsequenzen
419 der Klimakatastrophe beinhalten. Dabei haben die Staaten, die historisch in
420 besonders starkem Maße zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen
421 haben, wie die Staaten der Europäischen Union, im Sinne des Verursacherprinzips
422 eine zentrale Bedeutung. Das betrifft insbesondere die westlichen
423 Industriestaaten und die sogenannten Globalisierungsgewinner*innen. Diese haben
424 über einen langen Zeitraum hinweg die Kosten ihrer Lebens- und vor allem
425 Wirtschaftsweise in andere Teile der Erde ausgelagert. Wir dürfen nicht
426 zulassen, dass diese Teile der Erde nun mit den Folgen davon allein gelassen
427 werden.

428 Für eine frühzeitige, selbstbestimmte und würdevolle Migration

429 Unser Ziel ist es, dass möglichst wenige Menschen durch den Klimawandel zur
430 Migration gezwungen werden. Dafür brauchen wir nicht nur ein entschlossenes
431 Eintreten gegen den Klimawandel, sondern auch Unterstützung für die Staaten, die
432 besonders von seinen Konsequenzen betroffen sind, bei der technischen und
433 finanziellen Anpassung an die Folgen des Klimawandels, sowie bei der Bewältigung

434 von humanitären Katastrophen in Folge von extremen Wetterereignissen. Doch das
435 allein wird nicht reichen. Dennoch werden Menschen in den nächsten Jahrzehnten
436 dazu gezwungen sein, übergangsweise oder permanent ihr Zuhause zu verlassen. Es
437 ist eine zentrale Aufgabe der Weltgemeinschaft, diesen Menschen die Möglichkeit
438 zu einer frühzeitigen, selbstbestimmten und würdevollen Migration und
439 langfristige Perspektiven zu bieten. Der Umgang mit diesen Menschen wird ein
440 zentraler Prüfstein für ein humanitäres Europa sein.

441 Im Zentrum müssen dabei die Interessen der Bewohner*innen aus besonders stark
442 betroffenen Regionen stehen. Wir unterstützen deshalb bereits bestehende
443 Prozesse, in denen schon heute betroffene Staaten mit Anrainerstaaten über
444 völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit der klimabedingten Migration beraten,
445 wie die „Task Force on Displacement“, die „Nansen-Initiative“ oder den
446 „Warschauer Mechanismus“. Menschenrechtsbasierte Replacement-Programme von
447 Kommunen innerhalb von Staaten oder von Staatsbevölkerungen in Anrainerstaaten
448 müssen finanziell unterstützt werden. Außerdem sollen Kompensationen für
449 Verluste und Schäden durch den Klimawandel für Klimageschädigte, sowohl
450 Staaten als auch Individuen, einklagbar werden. Dafür brauchen sie einen
451 effektiven Rechtsschutz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Pionierklagen
452 gegenüber Großunternehmen und Staaten mit einer besonders schlechten
453 Klimabilanz im Rahmen einer globalen Gerechtigkeitsstrategie unterstützt und
454 die internationale Zusammenarbeit bei der Prozesskostenhilfe gefördert werden.

455 Klimapass als Zeichen der Verantwortung

456 Gleichzeitig wollen wir die individuellen Möglichkeiten und Rechte der von
457 klimabedingter Migration betroffenen Menschen stärken. Während Migration häufig
458 autoritär-zentralistisch organisiert wird, ist es unser Ziel, das einzelne
459 Individuum in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb fordern wir, dass die Staaten,
460 die in besonders starkem Maße zum Klimawandel beigetragen haben, den Menschen,
461 die dadurch ihr Zuhause verlieren werden, zunächst den Bewohner*innen der
462 pazifischen Inselstaaten, die Staatsbürgerschaft anbieten. Die Staaten der
463 Europäischen Union sollen hier im Rahmen einer gemeinsamen Vereinbarung voran
464 gehen und gleichzeitig international um weitere Partner*innen werben. Damit die
465 Möglichkeit der würdevollen Migration auch tatsächlich besteht, soll sie von
466 Unterstützungsangeboten, die Teilhabe sichern, begleitet werden. Ein solcher
467 Klimapass wäre nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern auch eine wichtige
468 Voraussetzung für globale Verantwortung.

469 Klimaflüchtende schützen

470 Während es unser Ziel ist, möglichst vielen Menschen eine frühzeitige und
471 selbstbestimmte Migration zu ermöglichen, wird es Menschen geben, für die diese
472 Maßnahmen zu spät kommen und die vor den Folgen des Klimawandels so hart
473 getroffen werden, dass sie zur Flucht gezwungen sind. Diese Menschen verdienen
474 besonderen Schutz, für sie gilt es, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen.
475 Wir setzen uns für die Aufnahme von Klimageflüchteten ein. Wir brauchen
476 humanitäre Lösungen für die Herausforderung Klimaflucht, auch hier müssen legale

477 Fluchtwege geschaffen werden. Dafür sollen Wege gefunden werden, dass
478 Umweltkatastrophen und Folgen des Klimawandels langfristig zum Beispiel im
479 Rahmen einer ergänzenden Schutzkonvention zur Genfer Flüchtlingskonvention als
480 Fluchtgründe anerkannt werden.

481 **Gleichwertige Lebensverhältnisse überall - für eine Globale** 482 **Gerechtigkeitspolitik**

483 Der Klimawandel verschärft bestehende soziale Probleme und Verteilungskämpfe.
484 Oft sind diejenigen am meisten betroffen, die sowieso schon unter Ausbeutung und
485 Armut leiden. Wir denken Ökologie und Gerechtigkeit zusammen und wollen den
486 Kampf gegen die Klimakrise mit dem Einsatz für Globale Gerechtigkeit verbinden.
487 Unser Ziel sind dabei gleichwertige Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt. Der
488 Geburtsort ist reiner Zufall und es ist zutiefst ungerecht, dass er heute in
489 großen Teilen darüber entscheidet, ob ein Mensch in Armut lebt und/oder
490 humanitären Katastrophen ausgesetzt ist. Wir wollen, dass Menschen überall gut
491 leben können.

492 Solidarität mit sozialen Kämpfen weltweit

493 Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns
494 mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die
495 gegen Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei
496 nicht als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa,
497 sondern als gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine
498 Politik, die Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von
499 Menschenrechten und unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität
500 insbesondere Aktivist*innen die sich gegen globale Autorisierungstendenzen und
501 Faschisierung einsetzen und unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte
502 einstehen. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Unterstützung von
503 Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären
504 Staaten und Diktaturen ein. Die Forderung nach gleichwertigen
505 Lebensverhältnissen beinhaltet auch die Forderung nach gleichwertigen
506 Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für international verbindliche
507 Regeln zum Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ein und
508 solidarisieren uns mit Gewerkschafter*innen, die überall auf der Welt für
509 bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Im globalen Kampf gegen Armut setzen wir
510 uns außerdem für die Förderung von Modellversuchen des Bedingungslosen
511 Grundeinkommens auch auf transnationaler Ebene ein, da dieses gerade in Ländern
512 mit kaum existierenden Sozialsystemen und enormen Einkommensunterschieden den
513 Zugang zu einem menschenwürdigen und selbstbestimmten Leben ermöglichen kann.
514 Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die
515 Klimakämpfer*innen, Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen
516 wirkungsvoll schützen, notfalls über konkrete Schutzprogramme. Der Bedrohung
517 von Aktivist*innen bis hin zur Ermordung muss endlich ein wirkungsvoller Riegel
518 vorgeschoben werden.

519 Globale Gerechtigkeitspolitik statt neoliberaler Entwicklungshilfe

520 Aus dem Kampf für global gleichwertige Lebensverhältnisse ergibt sich unserer
521 Ansatz einer Globalen Gerechtigkeitspolitik. Im Kontrast zur aktuellen
522 Entwicklungspolitik, die an vielen Stellen nichts anderes als Interessenpolitik
523 westlicher Industriestaaten ist, fordern wir eine Politik, die sich an ihrem
524 Beitrag für mehr globale Gerechtigkeit, für eine Angleichung der
525 Lebensverhältnisse und für einen nachhaltigen und ökologischen Umgang mit Umwelt
526 und Ressourcen messen lässt. Wir stellen uns gegen eine Vorstellung von
527 "Entwicklung", die darauf beruht, im Sinne einer Angleichung an den Globalen
528 Norden kapitalistische Strukturen in Ländern des Globalen Südens zu fördern, die
529 in erster Linie Investitionen eigener Unternehmen vereinfachen. Globale
530 Gerechtigkeitspolitik zielt nicht darauf ab, dass Staaten im Globalen Süden nach
531 dem Vorbild westlicher Industriestaaten umgebaut werden, sondern dass überall
532 auf der Welt gute und würdevolle Lebensverhältnisse geschaffen und bestehende
533 Machtverhältnisse abgebaut werden.

534 Globale Gerechtigkeitspolitik umfasst nicht nur staatliche Kooperationen und
535 "Entwicklungszusammenarbeit". Vielmehr ist sie ein Querschnittsthema und
536 betrifft auch einen Wandel der Weltwirtschaftsordnung, einen Paradigmenwechsel
537 in der Handelspolitik und eine zeitgerechte Umweltpolitik. Ein großes Problem
538 der aktuellen Entwicklungspolitik ist, eine mangelnde Kohärenz verschiedener
539 Politikfelder in den westlichen Industriestaaten und ein eurozentrischer und
540 evolutionistischer Entwicklungsbegriff der ihr zu Grunde liegt.. Häufig geraten
541 entwicklungspolitische Bemühungen mit außen- und wirtschaftspolitischen
542 Interessen in Konflikt oder treten hinter diesen zurück. Doch Globale
543 Gerechtigkeitspolitik bedeutet, dass auch diese Politikfelder im Sinne der
544 Globalen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Deshalb fordern wir dass politische
545 Maßnahmen im Globalen Norden verbindlich im Rahmen einer "Global South
546 Mainstreaming" Analyse auf ihre Auswirkungen auf Länder im Globalen Süden
547 untersucht werden.

548 Auf dem Weg zu einer Globalen Gerechtigkeitspolitik fordert die GRÜNE JUGEND die
549 Gelder für Entwicklungszusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt endlich auf
550 mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und diese Mittel
551 demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern im globalen Süden ohne
552 Projektbindung zur Verfügung zu stellen. Das politische Ringen um die
553 Entwicklung eines Staates darf nicht durch Geldmittel anderer Staaten
554 entdemokratisiert werden, sondern muss ein Aushandlungsprozess innerhalb eines
555 Staates durch Parlamente und zwischen Staaten auf Augenhöhe sein.
556 Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch
557 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade
558 dort wichtig, wo Staaten demokratische Prinzipien verraten und
559 zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen
560 jegliche Versuche, Entwicklungszusammenarbeit mit der Unterstützung bei der
561 Abschottungspolitik der Europäischen Union zu verbinden. Abkommen, die diesem
562 Prinzip folgen, wie zum Beispiel das Rückführungsabkommen mit Libyen, müssen

563 unverzüglich aufgekündigt werden.

564 Globale Nachhaltigkeit ohne Wirtschaftswachstum

565 Die GRÜNE JUGEND begrüßt grundsätzlich Beschluss und Umsetzung der
566 Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen. In den SDGs wird
567 allerdings noch immer auf Wirtschaftswachstum als Mittel gegen Armut und
568 schlechte Lebensumstände im globalen Süden gesetzt.
569 Das durch die SDGs postulierte Nachhaltigkeitsverständnis beruht auf der
570 Annahme, Nachhaltigkeit sei nur durch ein "Gleichgewicht" von Ökonomie,
571 Ökologie und Sozialem erreichbar. Dieses Nachhaltigkeitsnarrativ ist politisch
572 und gesellschaftlich breit verankert. Es führt letztlich dazu, dass Ökologie
573 und Soziales als entgegengesetzte Pole betrachtet und beide Elemente
574 Wirtschaftswachstum untergeordnet werden. Die Konflikte, die zwischen den drei
575 Feldern entstehen, werden innerhalb der SDGs nicht aufgelöst, insbesondere
576 zwischen sozio-ökonomischen Fortschritt und ökologischer Nachhaltigkeit. Es
577 kommt zu größerer sozialer Ungleichheit und auch mehr Umweltproblemen, obwohl
578 es viele und auch gute Ziele in diesen Bereichen gibt und sogar in der
579 Einleitung der Agenda anerkannt wird, dass es soziale und ökonomische
580 Entwicklung nicht nachhaltig geben kann, wenn die Ressourcen des Planeten
581 ausgebeutet werden. So ignorieren die Vereinten Nationen letztlich die
582 Belastungsgrenzen von Natur und Gesellschaft. Umweltzerstörung, Klimakrise und
583 Armut werden durch Wachstum nicht bekämpft, sondern verschärft.
584 Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen das Dogma des Wirtschaftswachstums und setzt
585 sich für eine Wirtschaftsweise ein, bei der Wohlstand nicht mehr am BIP
586 gemessen wird und allen Menschen statt überflüssigem Konsum ein gutes Leben
587 geboten wird. Auf Ebene der Vereinten Nationen muss
588 anerkannt werden, dass Klimaschutz, ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen
589 Ressourcen sowie ein Ende der massiven globalen Ungleichheit nicht erreichbar
590 sind ohne eine Abkehr vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum. Es braucht einen
591 ethischen Ansatz, der Bedürfnisse von Menschen und den Umgang mit unseren
592 Lebensgrundlagen ins Zentrum rückt.

593 Gerechte Handelspolitik und faire Beschaffung Wirklichkeit werden lassen

594 Der handelspolitische Neoliberalismus von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA
595 oder JEFTA muss durch eine Handelspolitik auf Grundlage fairer und ökologischer
596 Standards ersetzt werden. Dieser Ansatz sollte nicht mit einer Infragestellung
597 europäischer Zuständigkeit einhergehen, sondern muss auf dem Kampf um politische
598 Mehrheiten und Bewegungen für eine faire Handelspolitik in Europa fußen. Das
599 Zurückfallen in eine nationalstaatliche Handelspolitik oder in einen
600 nationalstaatlichen Protektionismus lehnt die GRÜNE JUGEND klar ab. Vielmehr
601 müssen einheitliche, transnationale Standards gesetzt werden, die diejenigen
602 fördern, die ökologisch und sozial produzieren und denjenigen einen Riegel
603 vorschieben, die auf Kosten menschlicher Gesundheit und der Stabilität unseres
604 Ökosystems wirtschaftliche Profite erzielen. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND
605 ein einheitliches Siegel, das die ökologischen und sozialen Ansprüche an die
606 globale Produktionsweise vereint. Dieses Siegel soll zur Voraussetzung von

607 Importen und Exporten in und aus der Europäischen Union werden.
608 Globale Gerechtigkeitspolitik muss also auf eine gleichberechtigte und
609 nachhaltige Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft hinwirken. Dafür müssen
610 auch die notwendigen Schritte in der Entwicklung von Ländern des globalen
611 Nordens hin zu fairer Beschaffung der öffentlichen Hand gegangen werden. Die
612 Bundesrepublik, die Länder und die Kommunen beschaffen im Jahr Güter im Wert von
613 rund 300 Milliarden Euro. Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Siegel
614 muss die öffentliche Hand vorausgehen. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die
615 Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit entsprechend
616 fachlicher Expertise ausgestattet und verpflichtet werden müssen, jegliche Güter
617 fair zu beschaffen.

618 Für "fairen Handel" reicht es jedoch nicht aus, wenn Arbeiter*innen im Globalen
619 Süden, die die Rohstoffzufuhr für Veredelungsgüter im globalen Norden absichern,
620 einen ortsüblich vergleichbar guten Lohn erhalten. Denn mit diesem wird
621 möglicherweise ein vergleichsweise gutes Leben ermöglicht, von europäischen
622 Lebensstandards kann aber noch lange nicht die Rede sein. Solange Länder des
623 globalen Südens nur als Rohstofflieferanten und Länder des globalen Nordens als
624 Veredelungsökonomien betrachtet werden, wird eine faire Angleichung von
625 Lebensstandards systematisch untergraben. Folglich darf fair nicht nur bedeuten,
626 dass fair produzierte Kaffeebohnen nach Europa transportiert werden, die dann
627 von europäischen Röstereien veredelt werden. Fair muss bedeuten, dass Länder des
628 globalen Südens die Möglichkeit erhalten müssen, selbst von ihren Rohstoffen,
629 von ihren Spezialisierungen, von ihren Erfahrungen und ihrer Kompetenz zu
630 profitieren. Das ist aber solange nicht möglich, wie auf veredelten Kaffee ein
631 weit höherer Einfuhrzoll nach Europa aufgeschlagen wird als auf den Rohstoff,
632 die Kaffeebohne. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass dieser unfaire Protektionismus
633 europäischer Staaten umgehend beendet wird.

634 **Die Welt rettet sich nicht von allein!**

635 Diese Kämpfe werden wir nicht alleine gewinnen und wir werden sie auch nicht nur
636 in Deutschland und Europa gewinnen. Aber es ist notwendig, dass wir alle jetzt
637 anpacken, um Schlimmeres zu verhindern und gleichzeitig eine echte
638 Zukunftsperspektive aufzumachen.

639 Wir werden auch Hand in Hand mit den sozialen und ökologischen Bewegungen auf
640 dem ganzen Planeten kämpfen müssen. Wir stehen solidarisch mit den
641 Gewerkschafter*innen überall auf der Welt, die für gerechte Bezahlung und gute
642 Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir stehen solidarisch mit den Menschen, die gegen
643 die Zerstörung ihres Wohnortes kämpfen. Und wir schmieden gemeinsam an
644 Bündnissen mit allen Akteur*innen, die diesen Kampf für eine gerechtere und
645 bessere Welt führen und die bestehenden Verhältnisse umschmeißen wollen.

646 Wir haben eine Welt zu retten, also warten wir nicht länger.

A3-B Müll mich nicht voll!

Gremium: Mltgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Insgesamt gibt es jährlich in Deutschland über 300 Mio. t Abfälle. 60% davon
2 sind Bau- und Abbruchabfälle, etwa 14% kommen direkt aus den Haushalten.

3 Grundlage der Abfallwirtschaft ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz in
4 Deutschland, dessen oberstes Ziel ist, Maßnahmen auszuwählen, die Schutz von
5 Mensch und Umwelt garantieren. Es legt fest, dass Hersteller*innen für ihren
6 Abfall verantwortlich sind und soll Anreize schaffen, langlebige Produkte
7 herzustellen und Abfall zu vermeiden, indem es eine Abfallhierarchie erstellt.
8 Vorrang hat die Vermeidung von Abfällen. Fällt Abfall an, soll dieser
9 wiederverwendet werden. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn bei Altreifen das
10 Profil nachgeschnitzt wird und die Reifen wieder so verwendet werden können. Ist
11 das nicht möglich, soll Abfall stofflich wiederverwertet, also recycelt werden.
12 Beim Beispiel Reifen wird dann das Granulat zur neuen Reifenherstellung
13 genommen. Die niedrigere Verwertung ist die energetische, was nichts anderes
14 bedeutet, als dass der Müll verbrannt wird. Die letzte Stufe ist dann die
15 Deponierung.

16 Als Abfälle gelten im Sinne des KrWG alle beweglichen Dinge, deren sich ihr*e
17 Besitzer*in entledigen will oder muss. Indem er*sie sie zur Entsorgung
18 bereitstellt, übergibt er*sie die Abfälle der kommunalen Entsorgungseinrichtung,
19 die sie einsammelt. Dies geschieht fraktioniert, also getrennt in die sechs
20 durch die Abfallverzeichnisverordnung unterschiedenen Abfallarten, die sich
21 wiederum in 842 Abfallsorten untergliedern.

22 In Haushalten in Deutschland müssen seit 2015 Papier, Glas, Kunststoffe und
23 Bioabfälle getrennt gesammelt werden, um diese besser zu verwerten. Danach folgt
24 die Sortierung in verfahrenstechnischen Anlagen oder auch händisch. Je nach
25 Anlage wird dabei eine Positiv- oder Negativsortierung vorgenommen. Ersteres
26 dient einer feingliedrigeren Fraktionierung zur sortenreineren Verwertung,
27 letzteres lediglich dem Entfernen von Störstoffen.

28 Die so getrennten Fraktionen werden dann abhängig von ihren Eigenschaften
29 verfahrenstechnisch aufgearbeitet: Papier wird entfärbt und kann neu als Pulpe*1
30

eingesetzt werden, Kunststoffe werden verpresst und neu geformt, etc.

31 Abfälle, die nicht auf diese Weise stofflich weitergenutzt (recycelt) werden
32 können, können unter Umständen energetisch verwertet werden. Dies bedeutet in
33 den meisten Fällen eine sogenannte Thermische Verwertung, sprich Pyrolyse*2
34 und Verbrennung oder Vergasung. Alle anderen müssen zur sicheren Ablagerung
35 vorbereitet werden.

36 Hierbei müssen grundsätzlich umweltschutztechnische Bestimmungen (u.a.
37 Bundesimmissionsschutzverordnung) Anwendung finden. Bei Vergasungs- und
38 Verbrennungsprozessen unvermeidlich entstehende Schadstoffe wie Dioxine und
39 Furane, Stickoxide und Schwefelverbindungen müssen mittels Rauchgasreinigung
40 abgeschieden werden. Schadstoffe, die sich in der Asche oder Schlacke befinden,
41 müssen ausgewaschen oder immobilisiert werden, bevor die Reststoffe als
42 Baustoffe verfüllt oder - abhängig von ihrer Gefahrstoffklassifizierung extra
43 gesichert, über- oder untertage - deponiert werden.

44 **Abfall als Rohstoff**

45 Insbesondere aus Abfällen wie Elektronikschrott oder auch Klärschlamm, die "für
46 sich genommen" nicht mehr komplett stofflich verwertet werden können, sind
47 häufig wertvolle Rohstoffe enthalten, die zurückgewonnen werden sollten. Dies
48 gilt z.B. für Seltene Erden, aber auch für Phosphor, der aus Klärschlamm
49 wiedergewonnen werden kann.

50 Weiterhin können auch biologische Abfälle in einigen Fällen besser stofflich
51 genutzt werden als durch industrielle Kompostierung. So können aus
52 landwirtschaftlichen Produktionsabfällen mit vergleichsweise geringem Aufwand
53 Bodenverbesserungsstoffe gewonnen werden.

54 Die GRÜNE Jugend fordert, hier in die Erforschung und Entwicklung neuer energie-
55 und ressourceneffizienter Technologien zu investieren.

56 **Plastikmüll**

57 Plastikmüll ist eins der größten Probleme unserer Zeit. Zwischen 2000 und 2016
58 ist der Verbrauch von Kunststoffverpackungen um 74% gestiegen. Inzwischen
59 verbrauchen wir pro Kopf 37 Kilo Plastikverpackungen im Jahr und sogar insgesamt
60 11,8 Mio. t Kunststoffe. damit ist Deutschland Spitzenreiter in Europa. Davon
61 wird nicht einmal die Hälfte dem Recycling zugeführt. Plastik braucht
62 Jahrhunderte um abgebaut zu werden.

63 Mindestens 150 Millionen Tonnen Plastikabfall werden im Meer vermutet. Der
64 sogenannte „Great Pacific Garbage Patch“, ein riesiger Müllkontinent, wurde 1997

65 entdeckt und hat die Größe von Mitteleuropa. Derzeit werden 311 Millionen Tonnen
66 Plastik pro Jahr produziert. Davon besteht ein knappes Drittel aus Produkten,
67 die weniger als fünf Minuten genutzt werden – Wegwerfbecher, Einwegbesteck,
68 Styroporschalen und etliches mehr. Durchschnittlich treiben 18000
69 Plastikmüllpartikel pro Quadratmeter Meeresoberfläche. In der Nordsee kann das
70 Plastikaufkommen und das Zusammentreffen mit Arten durch tot an Stränden
71 aufgefundene Eissturmvögel gemessen werden. Seit Beginn der Untersuchungen
72 wurden in ca. 95% der Mägen von aufgefundene Eissturmvögeln Plastik gefunden,
73 bis heute in 60% mehr als 0,1 Gramm. In der OSPAR-Konvention von 2008 hatte man
74 sich auf ein Maximum von 10% verständigt.

75 Beim Recycling von Plastik gibt es einige Probleme. So kann die Sortierung der
76 Kunststoffe nicht in alle Sorten stattfinden und finden sich verpackungsfremde
77 Elemente in der Sortieranlage, zum Beispiel Verschmutzungen, andere Stoffe aus
78 Verbundwerkstoffen oder Fehlsortierungen. Wenn Plastik in den Restmüll entsorgt
79 wird, wird dieser nicht zusätzlich wieder abgetrennt, sondern wandert mit in die
80 Müllverbrennung. Es existieren unterschiedliche Ansätze zur Ablösung des Dualen
81 Systems (auch bekannt als Gelber Sack / Gelbe Tonne). Insbesondere sind dabei
82 weniger Aufwand für Konsument*innen und Recyclingbetriebe sowie besseres und
83 vollständigeres Recycling zu erwarten. Im bisherigen System werden Kunststoffe
84 nur zu 49% stofflich (als Kunststoff) verwertet.

85 Ein weiteres Problem ist, dass immer mehr Gemische verwendet werden, welche
86 schlecht oder nicht getrennt werden (können).

87 Insgesamt gibt es immer 15-30% Verluste bei der Aufbereitung und Verwertung von
88 Kunststoffverpackungen. Plastik kann nicht beliebig oft recycelt werden, da es
89 sich technisch nicht beliebig oft einschmelzen lässt und die Qualität sinkt. Es
90 rechnet sich betriebswirtschaftlich oft mehr, neues Plastik herzustellen, als
91 welches zu verwerten. Deshalb sind bei der Verarbeitung von Kunststoffen fast
92 90% Neuware, also werden direkt aus Rohstoffen hergestellt, nur 12% sind
93 recyceltes Material.

94 Biologisch abbaubares (kompostierbares) Plastik kann auch nur Teil einer Lösung
95 sein, da dieses in Müllsortieranlagen nicht abgetrennt werden kann und meist
96 auch nur unter bestimmten Bedingungen abbaubar ist, die im großen Maßstab
97 unseres Abfallverwertungssystems nicht gegeben sind.

98 Daher muss der Plastikverbrauch insgesamt verringert werden. Die GRÜNE JUGEND
99 begrüßt Vorstöße wie die der EU, bestimmte Einmalprodukte aus Plastik zu
100 verbieten. Allerdings geht uns das noch nicht weit genug. Um den
101 Plastikverbrauch zu senken, ist ein Mix aus vielfältigen Instrumenten nötig.
102 Anreizsysteme für Plastikvermeidung müssen geschaffen werden. Auch kleine
103 Bausteine wie Kennzeichnungen von Bio-Produkten direkt auf Gemüse und Obst, die
104 Plastik vermeiden, begrüßen wir. Angelehnt an dem Konzept der Unverpackt-Läden

105 wollen wir das Lebensmittelrecht so verändern, dass Kund*innen überall Boxen zum
106 Transport ihres Einkaufs mitbringen können.

107 Aber auch das Recycling an sich muss verbessert werden. Wir wollen
108 Wegwerfplastik an sich abschaffen. Die Mehrwegquote in Getränkemarkten muss bis
109 2030 95% betragen. Einweggetränkeverpackungen sollen mit einer entsprechenden
110 Abgabe für Einpreisung belegt werden. Erdöl zur Produktion von Kunststoffen ist
111 derzeit unbesteuert, was einer Subvention von rund 780 Millionen Euro
112 entspricht. Wir fordern zudem eine Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte, die bei
113 der Produktion ansetzt und durch den Hersteller*innen zu entrichten ist, und ein
114 Verbot von Mikroplastik in Kosmetika.

115 Desweiteren fordern wir eine Normierung von Kunststoffen, sodass es für
116 grundlegende Anwendungen und Fertigungsverfahren natürlich verschiedene Arten
117 von Kunststoff gibt, aber eben auch nicht beliebig viele. Eine Markierung soll
118 dabei helfen, diese gut voneinander zu unterscheiden und sortenrein recyceln zu
119 können.

120 Ziel ist die Begrenzung von unzureichend trenn- oder wiederverwertbaren
121 Verbundwerkstoffen und eine Reduktion an Additiven (Weichmacher etc.).. Außerdem
122 ist das Duale System mit neuen Alternativen unter aktuellen, technischen
123 Aspekten zu vergleichen und zu ersetzen.

124 **Abfallexporte**

125 Das Problem des immer mehr werdenden Mülls ist eindeutig ein globales Problem.
126 Früher oder später landet alles in der Umwelt, und vor allem leider dort, wo
127 Mensch und Umwelt sich am wenigsten gut dagegen schützen können. Giftige
128 Industrieabfälle, Elektroschrott und klimaschädliche Gase lassen sich nicht so
129 einfach recyceln wie der tägliche Papiermüll. Die Folgen sind weitreichend:
130 erhöhtes Aufkommen potentiell tödlicher Krankheiten wie Krebs, hormonelle
131 Veränderungen, mit Schwermetallen vergiftete Böden und Gewässer. Insbesondere
132 für Elektro- und Elektronikschrott hat sich eine diffuse, intransparente Praxis
133 etabliert, deren Auswirkungen in Guiyu (China) und Accra (Ghana) zu sehen sind.
134 Die Komplexität der Geräte entwickelt sich rasant steigend. Wir fordern daher
135 ein verbessertes, den fortlaufenden Veränderungen angepasstes Recycling- und
136 Entsorgungskonzept für Elektro- und Elektronikschrott, welches Hersteller*innen
137 und Inverkehrbringer*innen stärker einbindet, keinen Missbrauch von Sachspenden
138 (Second-Hand-Ware) zulässt und für eine erhöhte Transparenz der Materialströme
139 und Recyclingprozesse sorgt.

140 Langlebige organische Schadstoffe, die als POPs (*persistent organic pollutants*)
141 zusammengefasst werden, sind, global gesehen, derzeit eine wahre Katastrophe der
142 Industrie. Sie verbreiten sich weitläufig, reichern sich in Lebewesen an und
143 sind schwer abbaubar. Die berüchtigten Substanzen finden sich in Pflanzen,

144 Tieren und natürlich auch uns Menschen. Neben Giftanreicherungen ist auch
145 Elektroschrott ein wesentliches Umweltproblem. Der Müll aus Europa – alte
146 Handys, Computer und Fernseher – verseucht u.a. in Ghana, China und Indien die
147 Böden weit über die jeweiligen Grenzwerte, zum Beispiel mit Blei, Kadmium,
148 chlorierten Dioxinen und anderen hochgiftigen Chemikalien und ist dort ebenfalls
149 eine besondere Gefahr für die Gesundheit der Menschen.

150 56 Prozent aller Plastikabfälle weltweit landeten bis Anfang des Jahres am Ende
151 via Schiff in China. Zu den größten Exporteuren von unsortiertem Plastikmüll
152 gehören die USA und Japan; Deutschland und Großbritannien sind ebenfalls weit
153 vorn dabei. Allein die EU-Mitgliedsstaaten exportieren 87 Prozent aller
154 Plastikabfälle nach China. Die chinesische Regierung hat diesem Unterfangen nun
155 einen Riegel vorgeschoben und ein Plastikmüll Einfuhrstopp für 24
156 Recyclingmaterialien bewirkt. Nun hat die hiesige Plastikmüllindustrie ein
157 Problem – sie wissen nicht wohin mit dem ganzen Müll.

158 **Zusammenfassung**

159 Der Umgang unserer Gesellschaft mit Müll steht stellvertretend für die Ignoranz
160 wachsender Externalisierungsgesellschaften den natürlichen Grenzen unseres
161 Planeten und seiner Bewohner*innen gegenüber. Wir brauchen eine Reduktion des
162 gesamten Müllaufkommens seitens Erzeuger*innen und Verbraucher*innen. Wir
163 möchten einen Bewusstseinswandel aller Beteiligten fördern, sehen die
164 Verantwortung jedoch zuvorderst bei den Erzeuger*innen und dem Staat.

165 Recycling ahmt nach, was in der Natur selbstverständlich ist: geschlossene
166 Kreisläufe. Wir Menschen entnehmen für unsere Zwecke permanent Rohstoffe, die
167 wir dann unter hohem Energieeinsatz verarbeiten und anschließend im
168 schlechtesten Falle einfach wegwerfen - die genutzten Rohstoffe sowie die Graue
169 Energie (d.i. die Menge an Energie, die von der Gewinnung der Rohstoffe über die
170 Fertigung und Nutzung des Produktes dafür gebraucht wurde) gehen verloren. Das
171 müssen wir ändern!

172 Für ein besseres Recycling müssen aber die bestehenden Systeme noch technisch
173 verbessert werden. Zeitgleich braucht es eine bessere Implementierung des
174 Trennungssystems.

175 Trotz guter Methoden der Trennung und des Recyclings in Deutschland wird aber
176 insgesamt zu wenig wiederverwertet. Abfall insgesamt muss also vermieden werden.
177 Die GRÜNE JUGEND kritisiert, dass es Quoten für Recycling gibt (bei
178 Kunststoffverpackungen sind das zum Beispiel 36%), aber nur qualitative Vorgaben
179 für Abfallvermeidung, wie sie im Abfallvermeidungsprogramm stehen. Ohne feste
180 Quoten kann auch nicht kontrolliert werden, ob Ziele erreicht werden und
181 Ressourcen geschont werden. Gleichzeitig muss aber darauf geachtet werden, dass
182 Mensch und Umwelt geschützt werden. Die Menge des Abfalls muss endlich wirksam

183 reduziert werden und dazu braucht es starke Instrumente der Politik!

184 *1: Als Pulpe bezeichnet man allgemein Breie auf Basis faseriger Stoffe und
185 Wasser, z.B. in der Papierherstellung.

186 *2: Pyrolyse beschreibt die thermochemische Zersetzung (organischer) Moleküle.
187 Zu deutsch: Erhitzen der Stoffe bis zum Bindungsbruch.

Begründung

Quellen:

[1]: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/abfall-kreislaufwirtschaft>, Okt. 2018

[2]: <https://www.bmu.de/themen/wasser-abfall-boden/abfallwirtschaft/abfallarten-abfallstroeme/>

[3]: <https://rp-giessen.hessen.de/umwelt-natur/abfall/abfallanlagen/sortieranlagen>

[4]: <https://www.greenpeace.de/themen/endlager-umwelt>

[5]: <https://www.greenpeace.de/themen/endlager-umwelt/ausgemustert-wie-elektroschrott-die-aermsten-vergiftet>

[6]: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-01/muellexporter-china-plastikmuell-recycling>

AP-B Arbeitsprogramm 2019 - Wir machen was anders!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 18.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Nationalist*innen sind weltweit auf dem Vormarsch und greifen die Demokratie an.
2 Auch in Deutschland versuchen die AfD und die gesamte politische Rechte, die
3 Gesellschaft auseinander zu treiben und feiern damit Erfolge, die in
4 Wahlergebnissen messbar und an der gesellschaftlichen Stimmung sichtbar werden.
5 Die politische Linke hat Schwierigkeiten, diesen Entwicklungen geschlossen
6 entgegenzutreten: Während die einen verkennen, dass sich die Auswirkungen des
7 globalisierten Kapitalismus nicht mit dem Rückzug in den Nationalstaat bekämpfen
8 lassen, verlieren die anderen sich in EU-Glorifizierung und glauben dem Märchen
9 der neoliberalen Politik als einzig andere Möglichkeit. Gleichzeitig können wir
10 an vielen Stellen breite Proteste gegen die bestehenden Verhältnisse beobachten:
11 Zahlreiche Menschen bei #wirsindmehr, Ende Gelände oder #unteilbar auf die
12 Straße, um für eine offene Gesellschaft und gegen eine Politik der Ausgrenzung
13 sowie die andauernde Umweltzerstörung zu demonstrieren.

14 Die gesellschaftlichen Potenziale für Veränderungen sind vorhanden. Das ist
15 wichtig, denn diese Veränderung ist dringend notwendig: Es reicht nicht aus,
16 gegen die Rechten zu kämpfen. Während die Klimakrise immer schneller zur
17 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen führt, verstärkt sich die Ungleichheit
18 global und lokal. Rassismus betrifft nicht nur die 13 % AfD-Wähler*innen,
19 sondern ist noch immer ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Und der autoritäre
20 Umbau der Gesellschaft schreitet voran, der z.B. bei den Polizeigesetzen durch
21 scheinbare Stärkung der Sicherheit unserer aller Rechte beschneidet.

22 Uns reicht es nicht aus im Status Quo zu verharren - wir wollen unseren Einsatz
23 gegen konkrete Bedrohungen für die Demokratie mit unserem Kampf für eine andere
24 Gesellschaft verbinden. Wir wollen diese Gesellschaft grundlegend und radikal
25 verändern. Wir kämpfen - auch und gerade im Angesicht der rechten Bedrohung -
26 für eine ökologische und gerechte Welt.

27 Denn, auch wenn es unfassbar schwierig scheint: Es ist möglich, die Welt zu
28 verändern! Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse sind menschengemacht und
29 damit auch von Menschen veränderbar. Das wollen wir vielen jungen Menschen
30 zeigen und sie dafür gewinnen, mit uns gemeinsam etwas zu verändern. Denn wir
31 müssen uns organisieren, um erfolgreich zu sein. In den letzten Jahren haben wir
32 viele neue Leute dazugewonnen und uns als Verband weiterentwickelt. Auf diesen
33 Erfolgen können wir uns jetzt nicht ausruhen, aber darauf aufbauen: Wenn wir uns
34 noch besser organisieren, können wir die aktuelle Zeit der Politisierung nutzen
35 und noch stärker werden. Dafür sind die Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen

36 ein wichtiger Anknüpfungspunkt im nächsten Jahr - und mit dem Fortschreiten des
37 Perspektivenprozess beschreiten wir weitere wichtige Schritte auf dem Weg zu
38 einem schlagkräftigen Verband.

39 **Bildungsarbeit im Jahr 2019**

40 Unsere Bildungsarbeit ist ein zentraler Grundpfeiler unserer politischen Arbeit:
41 In der Schule lernen wir nicht, die Gesellschaft grundsätzlich zu hinterfragen.
42 Genau das wollen wir aber als Grüne Jugend leisten. Deshalb wollen wir auch im
43 nächsten Jahr gute, kritische Bildungsarbeit leisten. Gerade in Zeiten des
44 gesellschaftlichen Rechtsrucks und wenn sich alles auf Wahlen konzentriert, ist
45 eine solche wichtiger denn je.

46 Unsere Bildungsschwerpunkte

47 Im Zentrum der Bildungsarbeit sollen zwei Bildungsschwerpunkte stehen, an denen
48 sich unsere Bildungsangebote im nächsten Jahr orientieren. Im ersten Halbjahr
49 wollen wir uns damit auseinandersetzen, was es bedeutet, Europa anders zu
50 machen. Unsere Bildungsarbeit soll die Themen der Europawahlkampagne begleiten
51 und theoretisch unterfüttern und uns ermöglichen, die großen Fragen zu stellen:
52 In ganz Europa erstarken rechte Kräfte, woran liegt das und was können wir noch
53 dagegen tun? Welche Bedeutung hat Europa über kulturelle Vielfalt und freie
54 Interrailtickets hinaus? Wie kann ein soziales Europa aussehen, wie gehen wir
55 mit den Folgen der zerstörerischen Austeritätspolitik um? Und auch: War die
56 Europäische Union ein linkes Projekt und kann sie ein solches sein? Während
57 rechte Kräfte "Achsen" bilden, wie kann linke Organisation weltweit und
58 europäisch aussehen? Diesen Fragen wollen wir uns auf einem großen
59 Schwerpunktseminar und dem Frühjahrs-Bundeskongress stellen.

60 In den vergangenen Monaten wurden Ärzt*innen wie Kristina Hänel dafür
61 verklagt, dass sie Informationen über reproduktive Rechte bereitgestellt haben,
62 in Polen und anderen europäischen Ländern sieht man derweil wie die
63 Selbstbestimmung von Frauen immer weiter eingeschränkt wird. Auch in
64 Deutschland halten Abtreibungsgegner*innen Mahnwachen vor Beratungsstellen, um
65 Schwangere, die Unterstützung bei ihrer Entscheidung benötigen, zu
66 verunsichern und zu bedrohen. "Weibliche Genitalverstümmelung" betrifft noch
67 immer etliche Frauen weltweit. Weltweit leben besonders viele Frauen in Armut
68 oder sind von ihr bedroht. Kurz: Die globale Unterdrückung von Frauen ist immer
69 noch aktuell, Angriffe auf Frauenrechte werden wieder alltäglich und
70 Selbstbestimmung ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wird Frauen immer
71 wieder abgesprochen. Gerade während rechte Ideologien in Europa aufflammen, ist
72 die Verteidigung von Frauenrechten von größter Relevanz. Im zweiten Halbjahr
73 wollen wir uns deswegen verstärkt mit Feminismus auseinandersetzen. Dabei
74 wollen wir uns mit verschiedenen Fragestellungen beschäftigen: Wie wurden
75 feministische Errungenschaften in der Vergangenheit durchgesetzt, woher kommen
76 wir eigentlich? Wie bedingen sich Patriarchat und Kapitalismus gegenseitig, wie
77

78 kann eine Kapitalismuskritik aussehen, die auch auf die Abschaffung von Sexismus
79 und Patriarchat zielt und ein Feminismus, der die materiellen Verhältnisse im
80 Blick hat? Wie können wir die verschiedenen feministischen Ansätze unserer
81 Zeit zusammenbringen und gemeinsam streiten - wo gibt es Unterschiede, wo
82 Gemeinsamkeiten? ...und wie können wir eigentlich dieses Patriarchat
83 zerstören?

84 Mit diesen Fragen wollen wir uns zum Beispiel bei feministischen Lesekreisen
85 auseinandersetzen - und die Sommerakademie 2019 soll als Feminismuskongress
86 gestaltet werden. Wir wollen die großen feministischen Fragen dort mit dem
gesamten Verband diskutieren!

87 Methodische Weiterbildung

88 Auch im kommenden Jahr wollen wir uns als Verband weiterentwickeln. Dafür
89 benötigt es qualitative Schulungen auf verschiedenen Ebenen. Zum einen sollen
90 die Fortbildungsangebote für den Bundesvorstand verstetigt werden, zum anderen
91 aber auch Methodenbildung fest in die Treffen von Landesvorständen und
92 Bundesvorstand sowie vom Bildungsbeirat implementiert werden. Auch soll das
93 angekündigte Juniortrainer*innenprogramm nach einigen Anlaufschwierigkeiten 2019
94 endlich umgesetzt werden. Hier sollen Mitglieder ausgebildet werden, um eine
95 Multiplikator*innenfunktion einnehmen zu können. Außerdem wollen wir unseren
96 Mitgliedern die Möglichkeit geben, im Rahmen eines Train the Trainers-Programms
97 die Fähigkeit zu erwerben, als Multiplikator*in wesentliche Kompetenzen für
98 Demonstrationen und Proteste an mehr Mitglieder weiterzugeben.

99 **Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2019**

100 Im Fokus der Öffentlichkeitsarbeit im nächsten Jahr stehen die Europawahlen: die
101 Kampagne soll nicht nur lokal wahrgenommen werden, sondern über eine starke
102 Begleitung über Social Media und Pressekontakte auch bundesweit wahrnehmbar
103 sein. Dabei ist uns wichtig: Öffentlichkeitsarbeit findet nicht nur auf
104 Bundesebene statt. Wir wollen es schaffen, die Öffentlichkeitsarbeit im gesamten
105 Verband zu professionalisieren und wollen deshalb eine Sprecher*innenschulung im
106 Frühjahr 2019 anbieten.

107 Die bestehende Social Media-Arbeit soll ausgebaut und verbessert werden.
108 Insbesondere wollen wir unsere Instagramnutzung ausbauen, um wieder jüngere
109 Zielgruppen zu erreichen - die sich über Facebook und Twitter nicht mehr
110 erreichen lassen. Insgesamt wollen wir unsere Social Media-Reichweite weiter
111 steigern und dabei Formate ausprobieren, die verstärkt auf Interaktion setzen,
112 z.B. mit Hilfe von Facebook-Livevideo oder Instagramstories. Im Rahmen der
113 Pressearbeit wollen wir uns im nächsten Jahr daran wagen, eigenständig Themen zu
114 setzen - wie im vergangenen Jahr bereits teilweise gelungen.

115 **Wahlen im Jahr 2019**

116 Das Jahr 2019 wird von diversen Wahlen geprägt. Europa-, Kommunal- und
117 Landtagswahlen werden auch für unsere Arbeit im nächsten Jahr wichtig sein:

118 Europa anders machen!

119 Zentral wird dabei die Europawahl sein. Dabei ist für uns klar, dass die Lösung
120 für die aktuellen Probleme nicht in einem Rückschritt in den Nationalstaat, aber
121 auch nicht in einer entpolitisierten EU-Glorifizierung liegen kann - stattdessen
122 wollen wir junge Menschen davon überzeugen, dass wir den Herausforderungen
123 unserer Zeit global und solidarisch begegnen müssen.

124 Als Grüne Jugend wollen wir diese Zeit politischer Aktivität nutzen, um für
125 unsere Überzeugungen auf die Straße zu gehen, junge Menschen für linke, grüne
126 Politik zu begeistern und uns als Organisation weiterzuentwickeln. Dabei können
127 wir auf eine erfolgreiche #weltaendern-Kampagne 2017 aufbauen, auch aus der
128 Wohnraumkampagne 2018 haben wir viel gelernt. Deshalb starten wir eine
129 eigenständige Kampagne, deren Grundlinien wir bereits auf dem 51. Bundeskongress
130 beschließen und die vom Wahlkampfteam ausgearbeitet wird - wir setzen dabei auf
131 dezentrale Elemente, damit wir als ganzer Verband gemeinsam nach außen treten
132 können.

133 Parallel finden diverse Kommunalwahlen und eine Bürgerschaftswahl statt. Das ist
134 für uns der Anlass die Kampagne stark mit kommunalen Fragen und den
135 Lebensrealitäten junger Menschen zu verbinden und so eine gemeinsame Kampagne
136 statt 17 verschiedene zu organisieren - damit das gelingt, müssen Bundesvorstand
137 und -wahlkampfteam, Landesvorstände, Ortsgruppen und lokale Kandidat*innen eng
138 zusammenarbeiten.

139 Wahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen

140 Im Herbst 2019 stehen weitere zentrale Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg
141 und Sachsen an. 2016 haben wir in Sachsen-Anhalt gesehen, was für verheerende
142 Wahlausgänge insbesondere in den neuen Bundesländern möglich sind - die
143 Demokratie selbst steht unter Beschuss. Diese Wahlen haben deshalb nicht nur
144 regionale Bedeutung, sondern werden als Zeichen für politische Entwicklungen im
145 ganzen Bundesgebiet gedeutet werden: Gerade hier, wo die AfD besonders stark
146 ist, dürfen wir uns deshalb nicht zurückziehen, sondern wollen mit aller Kraft
147 dafür sorgen, dass den Rechten nicht das Feld überlassen wird. Deshalb müssen
148 wir daran arbeiten, linke Organisation in der Fläche zu ermöglichen und jungen
149 Menschen die Möglichkeit geben, sich bei uns zu organisieren - außerdem wollen
150 wir junggrüne Kandidierende unterstützen. Wir wollen neben einer finanziellen
151 Unterstützung für die entsprechenden Landesverbände und einem Trainingsangebot,
152 bei dem die Landesvorstände ihre Kampagnen unter Begleitung eines*einer
153 Expert*in planen können, Aktivist*innen aus dem ganzen Bundesgebiet ermöglichen,
154 die Wahlkämpfe vor Ort zu unterstützen.

155 **Verbandsarbeit im Jahr 2019**

156 In den vergangenen Jahren haben wir uns als Grüne Jugend stark weiterentwickelt:

157 Wir werden wieder mehr, wir schaffen es, mehr Leute zu erreichen und nach außen
158 zu wirken. Im vergangenen Jahr hat der Perspektivenprozess begonnen, der uns
159 dabei helfen soll, unsere Potenziale noch besser auszuschöpfen und uns insgesamt
160 schlagkräftiger aufzustellen. Nach einem intensiven ersten halben Jahr sollen im
161 nächsten Jahr die Veränderungen implementiert werden - wir wollen uns als
162 Verband verändern. Daran wird die Arbeitsgruppe Perspektiven mit Unterstützung
163 des Bundesvorstands im nächsten Jahr arbeiten. Aber auch darüber hinaus haben
164 wir in der GRÜNEN JUGEND im nächsten Jahr wieder viel vor:

165 Zusammenarbeit zwischen den Ebenen verbessern.

166 Wenn wir als Verband etwas erreichen wollen, müssen wir besser und tiefgehender
167 zusammenarbeiten - insbesondere zwischen Bundesvorstand, Landesvorständen und
168 Ortsgruppen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven arbeitet im nächsten Jahr daran, wie
169 diese verstärkt werden kann. Doch schon bevor wir unsere Zusammenarbeit auf
170 komplett neue Beine stellen, müssen wir - insbesondere in Anbetracht der
171 bevorstehenden Wahlen - erste Wege finden, gut zusammenzukommen. Dafür soll im
172 nächsten Jahr beispielsweise ein Treffen zwischen den Geschäftsführer*innen der
173 Landesverbände und des Bundesverbands initiiert werden und die Vernetzung der
174 Sprecher*innen vorangetrieben werden. Außerdem soll in der Bundesgeschäftsstelle
175 - im Rahmen einer allgemeinen Personalumstrukturierung - ein Bereich für
176 Mobilisierung angesiedelt werden, der eine stärkere Kommunikation zwischen
177 Bundes- und Ortsebene ermöglicht.

178 Die Verbandsfinanzen auf sichere Beine stellen.

179 Die Finanzen unseres Verbandes wachsen mit unseren steigenden Mitgliederzahlen
180 leider nicht mit. Deshalb wollen wir uns im nächsten Jahr damit
181 auseinandersetzen, wie wir auf der einen Seite Ausgaben effektiv und an der
182 richtigen Stellen tätigen können und auf der anderen Seite neue Einnahmequellen
183 gewinnen können. Dafür soll die Spendenstrategie weiter verbessert werden -
184 insbesondere in Anbetracht der Europawahlen im nächsten Jahr. Zu diesem Prozess
185 gehört es auch, im nächsten Jahr eine langfristige Finanzstrategie vorzulegen,
186 die die Planung von Bundeskongress zu Bundeskongress auf eine stabile Grundlage
187 stellt und beispielsweise die übermäßige Anhäufung von Rücklagen zukünftig
188 verhindert.
189 Außerdem soll der Haushalt der GRÜNEN JUGEND im Rahmen eines Genderbudgetings im
190 nächsten Jahr wieder auf seine Geschlechterimplikationen untersucht werden und
191 im Bundesfinanzausschuss über eine Implementierung dieser Maßnahmen in den
192 Ländern beraten werden.

193 Frauen, Inter und Trans gleichstellen und fördern.

194 Im Rahmen unseres 2. Bildungsschwerpunkts werden wir uns viel mit dem Thema
195 Feminismus auseinandersetzen. Die inhaltliche Beschäftigung mit diesem so
196 relevanten Thema, wollen wir als Grüne Jugend im nächsten Jahr wieder durch
197 Projekte ergänzen, mit denen wir gezielt Frauen, Inter und Trans Menschen
198 fördern:

199 Schon früh wird Mädchen und Frauen, sowie anderen weiblich gelesenen Personen
200 vermittelt, sie wären nicht in der Lage, sich mit komplexen Inhalten
201 auseinandersetzen. Diese gesellschaftlichen Zuschreibungen und verinnerlichten
202 Unsicherheiten führen auch in der politischen Arbeit oft dazu, dass gerade
203 Frauen aus vielen Kontexten politischer Bildungsarbeit, gerade was die Arbeit
204 mit Texten und linken Theorien angeht, ausgeschlossen werden, sich vieles nicht
205 zutrauen oder in Diskussionsrunden zu kurz kommen. Deshalb wollen wir 2019 ein
206 Theorieseminar für Frauen und anderen von dieser Diskriminierung betroffenen
207 organisieren, das einen Beitrag dazu leisten will, die Steine, die Frauen in der
208 Theoriearbeit in den Weg gelegt werden, aus dem Weg zu schaffen.

209 2018 haben wir ein halbjähriges Weitersteiger*innenprogramm für junge Frauen,
210 Inter und Trans, die neu in der Grünen Jugend sind, auf die Beine gestellt. Im
211 kommenden Jahr wollen wir ein Wochenendseminar für Frauen, Inter und Trans in
212 Funktionen organisieren, das Frauen, Inter und Trans in Verantwortungspositionen
213 noch mehr Kompetenzen und Fähigkeiten für ihre Arbeit in der Grünen Jugend an
214 die Hand geben soll.

215 Außerdem soll die Vernetzung der Frauen-, Inter-, Trans und Genderpolitischen
216 Sprecher*innen im kommenden Jahr weitergeführt werden. Neben regelmäßigem
217 Austausch über aktuelle Projekte, gelungene Veranstaltungen und Tipps für die
218 politische Arbeit, sollen zudem weiterhin Treffen auf den Bundeskongressen
219 stattfinden.

220 Die bisherigen Analysen der Arbeitsgruppe Perspektive rund um die Förderung von
221 Frauen, Inter und Trans sowie die Inhalte des Gendermethodenseminars, das
222 wertvolle Tipps zur Entwicklung einer Geschlechterstrategie für die Grüne Jugend
223 vermitteln konnte, dienen als Orientierung für erste Veränderungen im Verband.

224 Der SPUNK im nächsten Jahr.

225 Die SPUNK-Redaktion soll auch im nächsten Jahr wieder Artikel schreiben,
226 koordinieren, lektorieren und veröffentlichen. Dabei soll eine Mischung aus
227 tagesaktuellen Artikeln und Artikelserien gewährleistet sein. Wichtige Aufgabe
228 der Redaktion im nächsten Jahr wird es dabei sein, seine Sichtbarkeit durch
229 regelmäßige und qualitativ hochwertige Veröffentlichungen zu steigern. Außerdem
230 soll die Redaktion sich gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Perspektiven mit einer
231 Zukunft für den SPUNK auseinandersetzen - dabei soll auch der Austausch mit den
232 verschiedenen Länderredaktionen aufgenommen werden.

233 Im Jahr der Europawahl soll im SPUNK die innerverbandliche Arbeit sichtbar
234 gemacht und die Wahl thematisch begleitet werden - im Fokus steht dabei die
235 kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit dem Projekt Europa und den
236 aktuellen Entwicklungen. Dazu kann es zum Beispiel eine Printausgabe zum 52.
237 Bundeskongress geben.

238 Grenzen überschreiten.

239 Die internationale Arbeit der GRÜNEN JUGEND entwickelt sich stetig weiter. Im
240 vergangenen Jahr konnte die internationale Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND
241 evaluiert werden, um in Zukunft noch gezielter internationale Austausche zu
242 planen und umzusetzen. In diesem Zusammenhang gibt sich die Internationale
243 Koordination ein Selbstverständnis, das jährlich nach dem Frühjahrs-
244 Bundeskongress evaluiert und erneuert werden soll. Im nächsten Jahr stehen zudem
245 verschiedene Projekte an: Nachdem 2018 gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung
246 Marokko ein Austausch mit der Fédération de la Gauche Démocratique (FGD)
247 durchgeführt wurde, soll für 2019 geprüft werden, inwieweit ein weiterer
248 Austausch umgesetzt werden kann.
249 Außerdem soll das neu aufgelegte Konzept der Interregionalen Kooperationen nun
250 als "Find your European Match" umgesetzt werden. Dabei stellt die Internationale
251 Koordination das Bindeglied zwischen FYEG und den Landesverbänden dar und
252 koordiniert den Austausch.

253 Außerhalb von Austauschprojekten sollen den Landesverbänden von der
254 Internationalen Koordination in Kooperation mit dem Fachforum Europa und
255 Globales Workshops zu den Themen Klimagerechtigkeit, Flucht und Soziales Europa
256 angeboten werden.

257 Im Rahmen des Europawahlkampfes soll die Internationale Koordination
258 beispielsweise die internationalen Ebenen der GRÜNEN JUGEND eng vernetzen und
259 die international aktiven Mitglieder der GRÜNEN JUGEND noch besser vernetzen,
260 wie beispielsweise durch die bereits begonnenen Vernetzungs-Telefonkonferenzen
261 und Treffen.

262 Bündnisse schmieden.

263 Im letzten Jahr haben diverse Demos, Aktionen und Bewegungen die politische
264 Sphäre in Deutschland nachhaltig beeinflusst. Von den massiven Protesten im
265 Hambacher Wald über #wirsindmehr bis hin zu #unteilbar sind neue
266 Protestdynamiken entstanden, denen wir uns im kommenden Jahr stellen wollen:

267 In der Klimabewegung gilt es, den Kampf gegen die Kohle als
268 Kristallisationspunkt der ökologischen Frage weiterhin zu nutzen, deswegen
269 werden wir auch im kommenden Jahr zu Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen
270 Kohle mobilisieren. Außerdem werden wir auch weitere Wege der Zivilgesellschaft,
271 beispielsweise im Kampf gegen die Autoindustrie, auch im zivilen Ungehorsam
272 mitgehen und uns einbringen. Gemeinsam mit anderen Akteur*innen der
273 Zivilgesellschaft wollen wir auch weitere Wege und Kristallisationspunkte des
274 Klima-Kampfes finden.

275 Emanzipatorische und antifaschistische Kämpfe werden wir auch im kommenden Jahr
276 wieder in großer Zahl führen. Herauszuheben sind hier die Proteste gegen den
277 „Marsch für das Leben“ und den „Tag der Deutschen Zukunft“, bei denen wir wieder
278 in großer Zahl vertreten sein wollen.

279 Außerdem werden wir die strategischen Allianzen im Kampf gegen die
280 Polizeigesetze aufrechterhalten und ausbauen um gemeinsam auf allen Ebenen gegen
281 die Polizeigesetze zu kämpfen.

282 Im Rahmen unserer Analyse wollen wir darüber hinaus an grundlegenden linken
283 gesellschaftlichen Bündnissen schmieden, die insbesondere im Bezug auf die
284 Europawahl aber auch in Bezug auf die politische Lage in Deutschland
285 längerfristig für progressive linke Politik eintreten.

286 Außerdem wollen wir mit den Landesverbänden und Ortsgruppen neue Wege ausloten,
287 um ein größeres Mobilisierungspotenzial zu Demos zu entwickeln. Wir wollen uns
288 untereinander stärker vernetzen und Planungen sichtbarer machen um mehr GJ-
289 Menschen frühzeitig zu erreichen.

E1-B Europa anders machen - Für eine schlagkräftige Kampagne zur Europawahl 2019!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 18.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Wir stehen vor den historisch wichtigsten Wahlen auf europäischer Ebene. Die
2 Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 werden zu einer Richtungsentscheidung für
3 den gesamten Kontinent werden: Werden sich die Rechten weiterhin durchsetzen und
4 ihre unmenschliche Politik durchsetzen? Oder gelingt es den linken und
5 progressiven Kräften, endlich wieder gesellschaftliche Mehrheiten zu
6 mobilisieren, und die fortschreitende Erosion der Demokratie zu stoppen? Das
7 Potenzial für die zweite Option ist vorhanden. Denn während Nationalist*innen in
8 Europa und weltweit auf dem Vormarsch sind, organisieren sich immer mehr
9 Menschen, ob bei der Seebrücke, bei #unteilbar oder den Protesten rund um den
10 Hambacher Wald, weil sie nicht mehr bereit sind zuzusehen, wie Rechte und
11 Konservative unsere Zukunft verspielen, humanitäre Werte begraben und Europa
12 immer weiter auseinander treiben. Wir möchten gemeinsam mit diesen Menschen
13 zeigen, dass ein besseres Europa möglich ist und möglichst viele junge Menschen
14 für junggrüne Ziele und die GRÜNE JUGEND gewinnen. Deshalb werden wir die
15 Europawahlen im nächsten Jahr in den Fokus unserer politischen Arbeit stellen
16 und ausgehend von bestehenden politischen Kämpfen eine Vision für Europa
17 entwickeln, für die es sich zu streiten lohnt.

18 Die politische Trennlinie in aktuellen politischen Auseinandersetzungen verläuft
19 immer stärker zwischen einem transnationalen Politikentwurf und nationalem
20 Egoismus. In Anbetracht von gegenwärtigen Herausforderungen, wie steigender
21 Ungleichheit, Digitalisierung, Klimawandel oder globalen Migrationsbewegungen,
22 reagieren immer mehr politische Kräfte mit nationaler Abschottung und dem
23 Rückzug in den Nationalstaat. Andere bekennen sich zwar offiziell zu einer
24 transnationalen Politik, verbinden diese jedoch mit der Verteidigung eines
25 Status Quos, in dem aufgrund des neoliberalen Grundkonsens der letzten
26 Jahrzehnte wirtschaftliche Interessen über die Würde von Menschen und den Schutz
27 unserer Umwelt gestellt wird.

28 Aber es gibt auch einen anderen Weg - für uns ist klar: Unsere Solidarität kennt
29 keine Grenzen. Den großen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur
30 gemeinsam begegnen. Unsere Zukunft liegt nicht im Nationalstaat, sondern in
31 einem progressiven und vereinten Europa. Doch dafür müssen wir Europa

32 grundlegend verändern. Das Sterben auf dem Mittelmeer, eine Austeritätspolitik,
33 die gerade im Süden Europas zu furchtbarer Armut führte oder eine
34 zukunftsvergessene Klimapolitik sind nichts, was es für uns zu bewahren gilt.
35 Wenn wir dem Rechtsruck etwas entgegensetzen wollen, reicht es nicht, die
36 bestehenden Verhältnisse zu verteidigen, denn diese bilden den Nährboden für den
37 autoritären Umbau. Stattdessen brauchen wir Visionen für ein anderes Europa, die
38 Menschen begeistern und mobilisieren, mit uns gemeinsam für ihre Zukunft zu
39 kämpfen.

40 Ein Europa, das unsere natürliche Lebensgrundlage erhält. Ein Europa der
41 Solidarität, in dem jeder Mensch gut leben kann. Ein Europa der Solidarität, das
42 Schutzsuchenden Perspektiven bietet und Grenzen abbaut, statt sie hochzuziehen.
43 Ein Europa, das die Rechte des Individuums stärkt und vor Angriffen durch
44 Antidemokrat*innen schützt. Ein Europa, das unsere Zukunft sichert. Eine echte
45 europäische Demokratie. Europa ist, was wir draus machen. Lasst uns Europa
46 verändern, um es zu erhalten.

47 **Wofür wir kämpfen**

48 Wir befinden uns im Kampf um die Demokratie. Doch diesen Kampf werden wir nicht
49 auf der rein abstrakten Ebene gewinnen, es reicht nicht einfach "für Demokratie"
50 einzustehen. Stattdessen müssen wir mit unseren Visionen im Wahlkampf zeigen, wo
51 wir mit Europa hinwollen. Deshalb werden wir unseren Einsatz gegen den
52 autoritären Umbau und für ein linkes Europa auf konkrete Themen runterbrechen,
53 die junge Menschen in ihrer Lebensrealität abholen und gleichzeitig aufzeigen,
54 wie ein anderes Europa aussehen kann.

55 *Wir lassen uns die Zukunft nicht kaputt baggern!*

56 Mit dem außerordentlich trockenen Hitzesommer 2018 ist der Klimawandel endgültig
57 auch in Deutschland angekommen. Seine Folgen, die bisher vor allem Menschen in
58 den ärmsten Regionen der Welt trafen, werden zunehmend auch hier spürbar. Immer
59 deutlicher können wir sehen: Die Klimakatastrophe wird zur Existenzfrage für die
60 Menschheit. Gerade für unsere Generation geht es darum, ob wir in ein paar
61 Jahrzehnten noch einen Planeten haben, auf dem wir gut leben können. Wir
62 beanspruchen unser Recht auf Zukunft. Gemeinsam mit unglaublich vielen Menschen
63 bei den Protesten im Hambacher Wald oder bei Ende Gelände machen wir klar: Wir
64 werden nicht zuschauen, wie unsere Zukunft von RWE, Vattenfall und co. weg
65 gebaggert und durch eine vollkommen verantwortungslose Politik kaputt gemacht
66 wird. Wir kämpfen für radikalen Umwelt- und Klimaschutz. Das ist für uns auch
67 eine Frage der globalen Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist klar, dass
68 Maßnahmen von einzelnen Nationalstaaten allein nicht ausreichen. Stattdessen
69 brauchen wir eine europäische Klimapolitik, die diesen Namen verdient hat und
70 globale Strategien gegen Umweltzerstörung. Wir fordern den Europäischen Kohle-
71 und Atomausstieg, 100% Erneuerbare Energien und eine echte Agrarwende.

72 *Say it loud, say it clear, Refugees are welcome here!*

73 Das Sterben auf dem Mittelmeer muss ein Ende haben. Während die Staaten der
74 Europäischen Union durch ihre menschenverachtende Abschottungspolitik in den
75 letzten Jahren immer weiter in Kauf genommen haben, dass Menschen starben, waren
76 es gerade die Aktivist*innen der zivilen Seenotrettung, die das staatliche
77 Versagen auffingen und Menschenleben verteidigten. Unsere Solidarität gilt all
78 diesen Menschen, die auf dem Mittelmeer gezeigt haben, was ein humanitäres
79 Europa bedeuten kann. Gerade in der Frage, wie wir mit Schutzsuchenden umgehen,
80 wird die Europawahl zur Richtungsentscheidung. Für uns ist dabei klar: Flucht
81 ist kein Verbrechen. Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Wir stellen den
82 Schutz von Geflüchteten ins Zentrum unserer Politik und wollen den Abbau ihrer
83 Rechte zurückdrehen. Wir fordern ein staatliches Seenotrettungsprogramm und
84 legale Fluchtwege nach Europa. Gleichzeitig werden aufgrund des Klimawandels in
85 den nächsten Jahrzehnten immer mehr Menschen ihr Zuhause verlieren. Für uns ist
86 es die Aufgabe der Europäischen Union, deren Staaten maßgeblich zur
87 Klimakatastrophe beigetragen haben, diesen Menschen eine frühzeitige,
88 freiwillige und würdevolle Migration zu ermöglichen. Deshalb fordern wir den
89 Klimapass für die Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten.

90 *Europa vergiss deine Jugend nicht!*

91 Die Idee eines geeinten Europas wurde in den letzten Jahrzehnten vor allem durch
92 eine zerstörerische Austeritätspolitik und immer stärkere Entsolidarisierung
93 zwischen den Staaten der Europäischen Union untergraben. Diese Politik führte
94 gerade für junge Menschen im Süden Europas zu massiver Armut und schwindenden
95 Perspektiven. Doch auch in Deutschland sind immer mehr Menschen mit
96 Zukunftsängsten konfrontiert, leiden unter viel zu hohen Mieten oder werden in
97 Ausbildungen oder Praktika als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Wir wollen
98 eine Politik, die die Interessen dieser Menschen nicht weiter gegeneinander
99 ausspielt, sondern sie zusammenführt. Europa ist für uns eine Chance, gemeinsam
100 für mehr Gerechtigkeit und Zukunftsperspektiven zu kämpfen. Dafür müssen wir
101 aber endlich von einem Zustand weg kommen, in dem das Dogma der Schwarzen Null
102 und die Interessen von Großunternehmen mehr zählen als die Lebensbedingungen von
103 jungen Menschen. Wir wollen Perspektiven für junge Menschen schaffen. Wir
104 fordern eine echte soziale Absicherung auf europäischer Ebene, gute
105 Arbeitsbedingungen, auch in Ausbildungsberufen, den Ausbau der Jugendgarantie,
106 verpflichtend bezahlte Praktika und Investitionen statt Austeritätspolitik,
107 Sozialstaatsabbau und Niedriglohnwettlauf.

108 *Das Patriarchat stürzen wir nur gemeinsam!*

109 Zusätzlich zu diesen drei Storys wollen wir Veranstaltungen rund um die Themen
110 Feminismus und LGBTIQ*-Rechte anbieten. Angriffe auf die Demokratie bedeuten
111 immer auch Angriffe auf die Rechte von Frauen und LGBT*. Wo Rechte an die Macht
112 kommen werden die körperliche Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung von
113 Frauen angegriffen. Auch der Abbau erkämpfter arbeitsrechtlicher Standards
114 trifft vor allem Frauen hart, wie beispielsweise die Einführung des 12h-Tages in
115 Österreich. Denn sie leisten noch immer den Großteil der unbezahlten Haus- und

116 Sorgearbeit - meistens zusätzlich zur Lohnarbeit. Unser Antifaschismus ist
117 deshalb immer feministisch. Im Wahlkampf wollen wir im Rahmen einer
118 Veranstaltungsreihe dazu die Potenziale einer feministischen Bewegung gegen den
119 Rechtsruck aufzeigen und insbesondere junge Frauen empowern und mobilisieren
120 sich unserem Kampf für ein Europa anzuschließen, in dem alle Menschen selbst
121 über ihren Körper bestimmen und ohne Angst verschieden sein können.

122 **Unsere Kampagne**

123 Mit unserer #weltändern-Kampagne zur Bundestagswahl 2017 haben wir gezeigt, was
124 wir als GRÜNE JUGEND erreichen können, wenn wir uns gemeinsam organisieren.
125 Tausend Aktivist*innen waren für unsere Inhalte auf der Straße, viele Menschen
126 kamen neu dazu und in der Öffentlichkeit waren wir als ein Verband mit klaren
127 Forderungen sichtbar. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und gleichzeitig
128 unsere Potenziale weiter ausbauen.

129 Deshalb setzen wir wieder auf eine eigenständige und dezentrale Kampagne mit
130 gemeinsamen und fokussierten Forderungen und Inhalten. Wir wollen den Menschen,
131 die in den letzten Monaten zu uns gestoßen sind die Möglichkeit geben, sich
132 einzubringen und politische Praxis zu erfahren, und gleichzeitig noch mehr
133 Menschen politisieren. Dabei kommt den Ortsgruppen eine zentrale Rolle zu, denn
134 sie sind die erste politische Anlaufstelle und der Ort, an dem sich der größte
135 Teil des Verbandes organisiert. Gleichzeitig wollen wir einen Fokus auf die
136 stärkere Zusammenarbeit der Ebenen legen. Unsere bundesweite Kampagne bildet
137 eine Grundlage, die wir gemeinsam mit den Landesvorständen und Ortsgruppen auf
138 lokale und landesverbandsspezifische Bedürfnisse anpassen und auf drängende
139 Fragen vor Ort runterbrechen werden. Wir sind dann am stärksten, wenn wir auf
140 allen Ebenen schlagkräftig aufgestellt sind.

141 Von großer Bedeutung ist dabei auch die Verknüpfung mit der Bürgerschaftswahl in
142 Bremen und den Kommunalwahlen, die in vielen Bundesländern stattfinden. Das
143 zeitliche Zusammenfallen dieser Wahlen ist eine Herausforderung, es bietet uns
144 jedoch auch große Chancen. Viel zu oft wird Europa als etwas Abstraktes
145 wahrgenommen, eine politische Sphäre, die mit dem "echten Leben" nur wenig zu
146 tun hat. Diese Wahrnehmung können wir durch die Verbindung mit den Europawahlen
147 aufbrechen. Kommunale Wasserversorgung, soziale Absicherung oder die
148 Unterbringung von Geflüchteten im eigenen Ort - wir wollen zeigen, was Europa
149 mit den Verhältnissen vor Ort und mit der konkreten Lebensrealität von jungen
150 Menschen zu tun hat und sie dadurch überzeugen, dass es sich für sie ganz
151 persönlich lohnt, für Veränderung in Europa und vor der eigenen Haustür zu
152 kämpfen.

153 Gleichzeitig soll die Kampagne auch zur Vorbereitung und Unterstützung für die
154 2019 stattfindenden Landtagswahlen dienen. Gerade mit Blick auf die
155 Landtagswahlen im Osten ist es wichtig, dass wir in der Fläche noch stärker

156 werden und jungen Menschen auch dort die Möglichkeit der politischen und
157 progressiven Organisierung bieten, wo es sonst oft nur die Junge Union gibt.
158 Deshalb werden wir im Rahmen dieser Kampagne neue Unterstützungsangebote für den
159 ländlichen Raum und strukturschwache Regionen entwickeln.

160 Um Veränderung in Europa zu erreichen, müssen wir gesellschaftliche Mehrheiten
161 schaffen. Das kriegen wir nicht alleine hin. Deshalb suchen wir im Rahmen
162 unserer Kampagne den Schulterschluss mit Bewegungen wie der Seebrücke,
163 #unteilbar oder Ende Gelände. Für uns ist klar: gemeinsam sind wir stärker.
164 Dieser Ansatz beschränkt sich nicht auf die nationale Ebene. Gerade bei den
165 Europawahlen ist es wichtig, dass wir mit anderen grünen und linken Akteur*innen
166 aus Europa zusammenkommen und gemeinsam Perspektiven und Visionen für ein
167 anderes Europa aufzeigen. Deshalb wollen wir im Europawahlkampf Aktionen mit
168 grünen Jugendverbänden aus ganz Europa auf die Beine stellen und zeigen, wie
169 eine echte europäische Kampagne aussehen kann.

170 **Packen wir es an!**

171 Das Wahlkampfteam wird beauftragt auf Grundlage dieses Antrags eine Kampagne zur
172 Europawahl 2019 zu erarbeiten. Damit diese Kampagne ein Erfolg wird und wir
173 viele junge Menschen für die Vision eines ökologischen, humanitären und
174 solidarischen Europas begeistern, brauchen wir jedoch euch alle. Lasst uns
175 gemeinsam im nächsten Jahr zeigen: Europa kann anders - wenn wir dafür kämpfen!

P1-B Perspektiven für die GRÜNE JUGEND: Was wir anders machen wollen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 **Einleitung**

2 **Der Prozess**

3 Auf dem 50. Bundeskongress haben wir die Arbeitsgruppe Perspektiven gewählt und
4 den Perspektivenprozess gestartet, um uns schlagkräftiger aufzustellen. Nach
5 einem halben Jahr mit Zielfestlegung für und Analyse des Verbands und vielen
6 Diskussionen, wo es hingehen soll, legen wir mit diesem Beschluss die Leitlinien
7 fest, entlang derer wir uns als Verband verändern wollen.

8 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dabei mit Unterstützung des Bundesvorstands
9 im nächsten halben Jahr diese Projekte konkretisieren, an Strategien arbeiten,
10 notwendige Satzungsänderungen formulieren und Konzepte erarbeiten. Dabei soll
11 die Arbeitsgruppe gemeinsam mit Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle die
12 technische Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit ihrer Vorschläge sicherstellen und
13 sich in diesem Rahmen mit der Erweiterung unserer Einnahmen und der effektiven
14 Gestaltung unserer Ausgaben auseinandersetzen.

15 Eine weitere Beteiligungsphase soll dabei dazu beitragen, dass die Ideen vieler
16 Mitglieder in die Ausarbeitung einfließen können. Ein Schwerpunkt des nächsten
17 halben Jahres ist zum Beispiel die genauere Betrachtung der einzelnen
18 Landesverbände. Zusammen mit den Landesvorständen wollen wir erarbeiten, wie
19 auch dort Potenziale besser genutzt und die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen
20 weiter verbessert werden kann – damit wir unsere Ziele als gesamter Verband
21 gemeinsam erreichen können.

22 Denn die politische Situation in Deutschland, Europa und der Welt war in den
23 letzten Jahrzehnten selten so kritisch wie jetzt: Die Klimakrise verschärft
24 sich, die soziale Spaltung schreitet in Deutschland und weltweit immer weiter
25 voran und beispielsweise feministische Errungenschaften stehen massiv unter
26 Beschuss. Rechte Parteien und Ideen sind in ganz Europa auf dem Vormarsch,
27 bedrohen unsere Demokratie und verschieben gesamte politische und
28 gesellschaftliche Debatten nach rechts. Neben diesem politischen Rollback sehen

29 wir mit drei weiteren Jahren Großer Koalition nur Stillstand entgegen. Uns
30 reicht es nicht, den Status Quo zu verteidigen. In solch einer politischen Lage
31 braucht es mehr denn je starke, linke Kräfte, die für eine bessere Welt kämpfen.
32 Wir haben Visionen von einer gerechten, ökologischen und freien Welt, in der wir
33 alle frei und gut leben können – und die Klimakrise uns nicht unserer
34 Lebensgrundlagen beraubt hat! Doch um diese Visionen auch zu realisieren, müssen
35 wir in die Offensive kommen. Dafür müssen wir uns schlagkräftiger aufstellen –
36 mit mehr Mitgliedern, die in effektiven Strukturen gut eingebunden sind und
37 gemeinsam zielgerichtet an gesellschaftlicher Veränderung arbeiten. Denn: Um
38 unsere Welt zum Besseren zu verändern, müssen auch wir uns verändern!

39 **Unsere Leitlinien für Veränderung**

40 Die auf dem 50. Bundeskongress beschlossenen Grundannahmen sind dabei die
41 Folgenden: Wir brauchen eine Demokratisierung des Verbandes, um viele Menschen
42 einbinden zu können. Eine Professionalisierung, um Prozesse effektiver zu
43 gestalten und so allen zu ermöglichen sich einzubringen – auch bei knappen
44 Zeitressourcen oder anderen Einschränkungen. Und Befähigung, indem wir unseren
45 Aktiven das Werkzeug an die Hand zu geben, Verantwortung zu übernehmen und
46 politisch zu wirken.

47 Wir wollen **möglichst viele Leute einbinden**. Das können wir vor allem vor Ort
48 leisten. Bei unseren **Ortsgruppen** finden junge Menschen an vielen Orten in ganz
49 Deutschland eine Anlaufstelle – zumeist die erste Anlaufstelle. Und nur vor
50 Ort können wir viele Menschen zusammenbringen, organisieren und einbinden.
51 Gleichzeitig wollen wir **als Verband zusammenwachsen** – dafür braucht es mehr
52 Austausch und das Bewusstsein, dass wir alle gemeinsam am selben Projekt
53 arbeiten. Es ist Zeit, neue Wege in unserer Zusammenarbeit zu gehen und neue
54 Formate für diese zu schaffen.

55 Dafür brauchen wir **klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten**: Wir bringen
56 unterschiedliche Zeitressourcen, Vorkenntnisse und Bedürfnisse mit – und das ist
57 gut so. Um bei der Zusammenarbeit dennoch voneinander zu profitieren, muss klar
58 sein, wer für was verantwortlich ist. Mitglieder müssen von ihren gewählten
59 Verantwortlichen, insbesondere den Bundes- und Landesvorständen, erwarten
60 können, dass sie die gemeinsam beschlossenen Ziele verfolgen – dafür legen
61 Vorstände Rechenschaft ab und koordinieren die politische Arbeit. Wir wollen
62 **Aufgabenbereiche bei den Vorständen zusammenlaufen lassen**, um Prozesse
63 zusammenzuführen und strategisch planen zu können.

64 Eines ist dafür wichtig: **Organisation ist kein Nullsummenspiel**. Es geht also
65 nicht darum uns gegenseitig etwas wegzunehmen, sondern gemeinsam stärker zu
66 werden. Ein gut und professionell arbeitender Bundesverband bringt uns alle
67 weiter und starke Ortsgruppen nutzen auch allen anderen Ebenen. Um gemeinsam
68 stärker zu werden, müssen wir professioneller arbeiten – diese

69 **Professionalisierung** wollen wir.

70 In Zeiten wie diesen müssen wir uns dabei immer fragen: Was tun wir warum, mit
71 welchen Mitteln können wir unseren Zielen näher kommen? In unserer gemeinsamen
72 Arbeit wollen wir **Räume für Strategiefindung** schaffen und unsere Arbeit von
73 dieser leiten lassen.

74 **Viele sein, viele einbinden**

75 Wir wollen weiter wachsen, wir wollen verschiedene neue Leute dazu gewinnen und
76 diese Mitglieder einbinden. Das umfasst viele Aspekte:

77 **Wir wollen nicht warten bis Leute zu uns kommen, sondern sie**
78 **aktiv ansprechen.**

79 In einigen Städten kommen viele junge Menschen von alleine zur Grünen Jugend.
80 Doch gerade junge Menschen, die nicht zur typisch grünen Zielgruppe gehören
81 oder die in strukturschwachen Gebieten leben, kommen oft nicht von alleine auf
82 die Idee, bei uns in der Grünen Jugend aktiv zu werden. Es ist deshalb unsere
83 Aufgabe sie aktiv anzusprechen. Das ist Teil eines niedrigschwelligen Zugangs
84 zum Verband. Dabei wollen wir berücksichtigen, dass junge Menschen
85 unterschiedliche Voraussetzungen und Bedürfnisse mitbringen, auf die wir
86 eingehen wollen.

87 Dafür müssen wir dorthin gehen, wo sie sich aufhalten – dabei können uns
88 Kampagnen helfen. Wir müssen uns dafür genau fragen: Wen sprechen wir wann und
89 wo an? Mit welchen Themen und warum? Dafür müssen sich auch die
90 Landesvorstände und der Bundesvorstand verantwortlich sehen. Die Arbeitsgruppe
91 Perspektiven soll ein Konzept für einen niedrigschwelligen Zugang zum Verband
92 erarbeiten, in dem auch die Einbindung der neugewonnenen Mitglieder mitgedacht
93 wird.

94 **Wir wollen klare Verfahren für die Einbindung neuer**
95 **Mitglieder.**

96 Wir freuen uns über alle, die sich durch eine Mitgliedschaft unseren
97 politischen Zielen anschließen. Wir freuen uns wenn möglichst viele Mitglieder
98 sich aktiv in die Gestaltung des Verbands einbringen. Dazu müssen wir
99 versuchen, neue Mitglieder – ob sie zuerst bei einer Ortsgruppe vorbeischauen,
100 beim Landes- oder Bundesverband Mitglied werden – möglichst schnell
101 informieren, wie sie bei uns aktiv werden können: Welche Veranstaltungen stehen
102 vor Ort, in Land und Bund an, an wen können sie sich mit Fragen wenden, wo
103 können sie sich einbringen? In diesem Rahmen wollen wir auch daran arbeiten,
104 neue Möglichkeiten für neue Mitglieder schaffen, aktiv zu werden und sich
105 einzumischen – ohne dass sie dazu direkt Ämter übernehmen müssen . Die

106 Arbeitsgruppe Perspektiven soll in Zusammenarbeit mit Bundesgeschäftsstelle und
107 Landesverbänden das Verfahren zur Kontaktierung von Neumitgliedern
108 überarbeiten. Dabei soll sie sich auch damit auseinandersetzen, welche Rolle
109 digitale Hilfsmittel in diesem Prozess einnehmen können. Jedes Mitglied soll
110 nach Eintritt Informationen darüber erhalten, wie es sich bei uns einbringen
111 kann. Dazu wollen wir die Mitgliedschaftsregeln für Ortsgruppen und den
112 Bundesverband vereinheitlichen. Die Arbeitsgruppe soll im Rahmen der Verankerung
113 der Ortsgruppen in der Bundessatzung Regelungen zur Mitgliedschaft entwickeln.

114 **Wir wollen eine gute Willkommenskultur für Mitglieder, in**
115 **der sich alle unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund und**
116 **ihren Fähigkeiten willkommen fühlen.**

117 Wer von denjenigen, die sich für uns interessieren, Mitglied und aktiv wird,
118 entscheidet sich in erster Linie an den ersten Kontakten. Die Ortsgruppen stehen
119 daher besonders in der Verantwortung, aktiv auf alle Neuen zuzugehen und sie
120 einzubinden. Bei dieser Aufgabe soll der Bundesverband die Ortsgruppen stärker
121 – zum Beispiel mit Methodenschulungen oder der Festlegung von Standards –
122 unterstützen. In den Ortsgruppen braucht es für diese Aufgabe
123 verantwortungsbewusste Ansprechpersonen, möglichst Vorstände, die sich aktiv
124 mit diesen Fragen auseinandersetzen und sich zuständig fühlen. Sie sind
125 diejenigen, die die Arbeit vor Ort organisieren und deswegen maßgeblich zum
126 Erfolg der Ortsgruppe und damit des Verbandes beitragen. Die stärkere
127 Dezentralisierung muss deswegen auch zu einem höheren Ansehen der Arbeit vor
128 Ort führen.

129 Die Grüne Jugend soll ein Ort sein, an dem es von Anfang an Spaß macht, sich
130 zu engagieren – und nichts, wofür sich neue Mitglieder zunächst viel Sprache
131 und Verhaltensregeln erarbeiten müssen. Denn das bringt insbesondere junge
132 Menschen mit anderen sozialen Hintergründen als die Mehrheit unserer Mitglieder
133 dazu, uns schnell wieder zu verlassen. Deshalb wollen wir neue
134 Kommunikationsmuster erarbeiten: Wir wollen neue Mitglieder nicht wie jetzt mit
135 sehr vielen Abkürzungen konfrontieren und deshalb möglichst wenig internes
136 Vokabular und internen Sprachgebrauch aufbauen. Wir wollen Texte ansprechend
137 formulieren und nötige Informationen zur Verfügung stellen, wenn wir mit
138 Mitgliedern und Interessierten kommunizieren. Auch unser Verband ist durch
139 soziale Codes geprägt. Mitglieder unterschiedlicher Hintergründe werden so von
140 der Partizipation ausgeschlossen. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir uns
141 bewusst machen, wie soziale Codes die Mitarbeit in der Grünen Jugend
142 einschränken können. Nur die wenigsten sind tatsächlich notwendig, viele
143 können beeinflusst werden. Das mag schwierig sein, ist es uns aber wert, um
144 Mitglieder mit unterschiedlichen Hintergründen schneller und einfacher
145 willkommen zu heißen.

146 **Wir wollen vielfältiger werden.**

147 Wir treten für Vielfalt in der Gesellschaft ein, aber in unserer
148 Mitgliederstruktur spiegelt sich dies noch nicht so wieder. Es gab in der
149 Grünen Jugend bereits einige „Barrierearmuts“-Ansätze um sich Gedanken zur
150 Förderung der Vielfalt unseres Verbandes zu machen. Hierbei geht es vor allem
151 um Migrant*innen, Nicht-Akademiker*innen, aber auch z.B. um Menschen mit
152 körperlichen, finanziellen, familiären u.a. Benachteiligungen. Diese
153 bisherigen Ansätze sind aber noch nicht in ein langfristiges strategisches
154 Konzept gemündet.

155
156 Wir brauchen allerdings in unserem Verband ein Verständnis dafür, dass die
157 mangelnde Vielfalt in unserer Mitgliederstruktur ein Problem ist, das es
158 langfristig anzugehen gilt. Denn wenn wir den Anspruch haben, Politik für eine
159 offene Gesellschaft zu gestalten, dann müssen wir auch alle mit ins Boot holen.
160

161 Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass wir uns systematisch über diese Thematik
162 in unserem Verband Gedanken machen. Wir brauchen eine Strategie der Vielfalt.
163 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll Konzepte entwickeln, wie diese
164 Herausforderung in unserem Verband angegangen werden kann.

165 **Wir wollen mehr methodische Schulungen zum Beispiel für**
166 **Amtsträger*innen und mehr Orte zum Austausch schaffen und**
167 **die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.**

168 Neben einer Überarbeitung unserer Arbeitsweisen wollen wir mit mehr Schulungen
169 und Möglichkeiten zum Austausch dafür sorgen, dass wir Mitglieder nicht mit
170 Aufgaben überfordern. Viele Fähigkeiten – in Öffentlichkeitsarbeit, Bildung
171 oder Organisation – sind nicht einfach so vorhanden, sondern müssen
172 erarbeitet werden. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dafür zum nächsten
173 Bundeskongress ein Konzept erarbeiten.

174 **Wir wollen Standards für verschiedene Aspekte unserer Arbeit**
175 **festhalten.**

176 Zusammen mit Schulungen und Austausch können schriftlich festgehaltene Standards
177 – beispielsweise für die Organisationsweise von Ortsgruppen oder die
178 Durchführung von Bildungsveranstaltungen – eine gute Grundlage für unsere Arbeit
179 schaffen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll bis zum nächsten Bundeskongress an
180 der Überarbeitung bestehender und dem Entwurf neuer Standards arbeiten und einen
181 Rahmen erarbeiten, in dem diese aktuell gehalten werden können.

182 **Wir wollen Amtsperioden stärker synchronisieren.**

183 Wir wollen, dass Bundesvorstand, Landesvorstände und Ortsgruppenvorstände
184 unter anderem an strategischen Fragen besser zusammenarbeiten können. Aufgrund
185 sehr unterschiedlicher Wahlzeitpunkte und Jahrespläne gibt es aktuell jedoch

186 keinen Zeitpunkt im Jahr, an dem sich die verschiedenen Vorstände als Team
187 finden und dann gemeinsam auf Ziele hinarbeiten können. Eine besondere
188 Herausforderung ist z.B. konstanten Kontakt zu den Ortsgruppen zu halten und so
189 einen kontinuierlichen Austausch zu ermöglichen.

190 Wir würden deshalb davon profitieren, wenn die Wahltermine der verschiedenen
191 Ebenen synchron wären.

192 Eine Wahl aller Vorstände im Herbst würde es erlauben, dass der Bundesverband
193 im Winter Schulungen für alle neu gewählten Landesvorstände anbietet und die
194 Landesverbände, in Kooperation mit dem Bundesverband, solche Angebote für
195 Ortsgruppenvorstände schaffen. Das persönliche Kennenlernen, methodisches
196 Training und Austausch zu Strategiefragen sollen so zu besserer Arbeit und
197 Kooperation über das Jahr hinweg führen.

198 Auch werden derzeit die Mitglieder einiger Gremien des Bundesverbands – der
199 Internationalen Koordination, des Bildungsbeirats und des SPUNKS – zu
200 unterschiedlichen Zeiten gewählt, was es ebenfalls schwierig macht, als Team
201 zusammenzufinden und die eigene Arbeit über längere Zeithorizonte zu planen.
202 Auch hier sollen die Amtsperioden synchronisiert werden.

203 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dafür im Rahmen der Umstrukturierung der
204 Gremien eine Satzungsänderung zu den Wahlterminen der Gremien des
205 Bundesverbands erarbeiten und im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts zu
206 methodischen Schulungen in den Austausch über eine Veränderung der Wahltermine
207 der anderen Ebenen gehen.

208 **Wir wollen unseren Aktiven mehr Möglichkeiten geben,**
209 **Erfahrung zu sammeln und dafür die Fluktuation in der Grünen**
210 **Jugend gezielt verringern.**

211 Durch mehr methodische Schulungen wollen wir unseren Amtsträger*innen helfen,
212 mehr Wissen über ihre Arbeit zu erhalten. Die beste Schulung ist aber kein
213 Ersatz dafür, selbst Erfahrungen zu machen und aus ihnen zu lernen. Die hohe
214 Fluktuation in unseren Strukturen ist dafür ein Hindernis: Auf der einen Seite
215 geben viele Amtsträger*innen ihr Amt sehr schnell wieder ab und ihre
216 Nachfolger*innen müssen vieles neu lernen. Auf der anderen Seite haben die
217 meisten ehemaligen Amtsträger*innen keine aktive Rolle mehr bei uns, obwohl wir
218 von ihren Erfahrungen und ihrem Wissen stark profitieren könnten. Auch für
219 unsere Ziele in der Frauenförderung ist starke Fluktuation nachteilig, weil wir
220 so kaum Vorbilder für junge Frauen schaffen können. Auch die nachhaltige
221 Sichtbarkeit von Inter und Trans wird durch die hohe Fluktuation erschwert. Wir
222 wollen deshalb die Fluktuation in Ämtern verringern – durch eine
223 Überarbeitung von Wiederwahlbeschränkungen. Für langjährige Mitglieder
224 wollen wir neue Möglichkeiten schaffen, ihre Erfahrungen in unsere Arbeit
225 einzubringen – beispielsweise, indem wir sie in projektbezogene Teams
226 einbinden, sie ermutigen sich in strategische Gremien wählen zu lassen oder
227 vermehrt für die Durchführung von Schulungen gewinnen. Insgesamt wollen wir so
228 unsere langjährigen Mitglieder länger an uns binden, auch indem wir unsere
229 Wertschätzungs- und Feedbackkultur verbessern und unser Höchstalter leicht

230 erhöhen.

231 **Wir wollen die Altersgrenze für die Mitgliedschaft in der**
232 **Grünen Jugend auf 30 Jahre erhöhen.**

233 Wir konnten im Rahmen der Verbandsanalyse feststellen, dass auch unser niedriges
234 Höchstalter zu Fluktuationen beiträgt. Viele unserer Mitglieder, die zum
235 Beispiel nicht studieren, kommen erst deutlich älter zu uns und haben deswegen
236 deutlich weniger Möglichkeiten, sich noch in der Grünen Jugend einzubringen.
237 Sich bei den Grünen einzubringen, ist keine Alternative zum Engagement bei der
238 Grünen Jugend: Bei uns geht es darum durch Kampagnen, Aktionen, Demonstrationen
239 und Co. gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern, dafür bieten wir unseren
240 Mitgliedern umfassende politische Bildungsangebote. Wir wollen auch Menschen,
241 die spät bei uns eintreten, mehr Zeit geben, an unserer Bildungsarbeit Teil zu
242 haben und diese in politischen Aktivismus zu übersetzen. Etwas ältere Mitglieder
243 können außerdem dabei helfen, unsere Arbeit im Verband kontinuierlich zu
244 gestalten und unsere Planungshorizonte zu erweitern. Wir wollen uns in Zukunft
245 Menschen, die spät Mitglied werden öffnen und langjährigen Mitgliedern
246 ermöglichen, ihre Erfahrungen besser einzubringen. Deshalb wollen wir, dass
247 unsere Mitglieder insgesamt länger die Möglichkeit haben, bei uns aktiv zu sein,
248 Neues zu lernen und mit ihren Fähigkeiten die Arbeit der Grünen Jugend zu
249 gestalten. Wir wollen das Höchstalter auf 30 Jahre anheben. Die AG Perspektiven
250 soll bei der Erarbeitung neuer Diskussionformate auch die möglichen Auswirkungen
251 dieser Anhebung berücksichtigen und Formate entwickeln, bei denen Mitglieder
252 jeden Alters sich einbringen und etwas Neues lernen können.

253 Alle anderen parteipolitischen Jugendverbände in Deutschland haben ein
254 Höchstalter von 35. Indem wir mit unserem Höchstalter weit hinter ihnen
255 bleiben, verwehren wir uns vieler Chancen und Ressourcen, beispielsweise ein
256 breiteres Erfahrungsspektrum zu erschließen.

257 Vor allem Landesverbände in strukturschwachen Gebieten leiden unter dem
258 niedrigen Höchstalter, da ihre Aktiven schnell wieder gehen müssen. Eine
259 Anhebung des Mitgliedsalters kann vor allem für solche Landesverbände einen
260 Mitglieder- und Finanzsegen mit sich bringen. Die Erhöhung des Höchstalters wäre
261 deshalb ein Bestandteil einer Strategie, die Grüne Jugend in strukturschwachen
262 Gebieten besser aufzustellen.

263 Wir wollen ein Verband aus jungen Leuten sein, die sich trotz Altersdifferenzen
264 auf Augenhöhe begegnen. In Zukunft auch 29-Jährige, die eine Jugendorganisation
265 mitgestalten wollen, neben jungen Mitgliedern zu haben ist ein mutiger Schritt,
266 der uns zusammen weiter bringt. Die Arbeitsgruppe soll dazu bis zum nächsten
267 Bundeskongress eine Satzungsänderung und ein Konzept für den Übergang
268 erarbeiten.

269 **Gremienstruktur und Zusammenarbeit effektiv**
270 **gestalten**

271 In Zukunft wollen wir Arbeitsprozesse sinnvoller strukturieren. Wenn wir ein
272 Problem oder eine Aufgabe erkennen, die bearbeitet werden soll, wollen wir
273 zuerst die Ziele der Arbeit benennen und unsere Mittel festhalten. Erst dann
274 überlegen wir, wer die Aufgabe übernimmt, ob es dafür ein Gremium, eine
275 Zuständige oder mehrere Verantwortliche braucht. Außerdem wollen wir Aufgaben
276 dort bearbeiten lassen und Probleme dort behandeln, wo sie tatsächlich gelöst
277 werden können – alles andere führt zu Frustration statt Lösungen.

278 **Wir wollen unsere starre Gremienstruktur aufbrechen: Dafür**
279 **wollen wir einerseits Mitarbeit vereinfachen und Projekte**
280 **flexibler organisieren und andererseits konstante und**
281 **strategischere Arbeit ermöglichen.**

282 Im Bundesverband der Grünen Jugend gibt es im Moment sehr viele Ämter und
283 Gremien, die teilweise nur schlecht besetzt werden können, deren Aufgaben unklar
284 sind oder sich überschneiden und die nicht gut arbeiten können.

285 Wir wollen die Arbeit in der Grünen Jugend deshalb neu aufteilen. Auf der einen
286 Seite in Teams, die an einzelnen Projekten, für die sie konkret gebildet wurden,
287 arbeiten, auf der anderen Seite in solchen Gruppen, die sich längerfristig mit
288 der Ausgestaltung unserer Arbeit beschäftigen und es uns so ermöglichen,
289 strategischer zu arbeiten.

290 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll für die Überarbeitung der Gremienstruktur im
291 Rahmen dieser Leitlinien Konzepte erarbeiten, die in der nächsten
292 Beteiligungsphase diskutiert werden und entsprechende Satzungsänderungen
293 vorbereiten. Im Rahmen dessen soll die Arbeitsgruppe Perspektiven außerdem an
294 Umbenennungen von Gremien und Ämtern arbeiten und Namen entwickeln, die Aufgaben
295 gut widerspiegeln, die verständlich und kurz genug sind, um sie nicht abkürzen
296 zu müssen.

297 **Wir wollen einerseits mehr in projektbezogenen Teams**
298 **arbeiten.**

299 Das Problem in unserer bisherigen Gremienstruktur ist einerseits die ganzjährige
300 Besetzung aller Gremien, selbst wenn sie für nur in einem Teil des Jahres oder
301 übers Jahr unregelmäßig verteilte Aufgaben haben. Einige Gremien verfallen nach
302 ihrer Wahl zeitweise in Inaktivität und können dann, wenn akute Aufgaben
303 anstehen, schwer wieder reaktiviert werden. Auch gibt es bisher kaum einen
304 Mechanismus, mit dem Mitglieder, bevor sie ein Amt übernehmen, einen Einblick in
305 die damit einhergehenden Aufgaben erhalten können. So werden insbesondere junge

306 Frauen ohne Vorerfahrung häufig zur Übernahme von Ämtern und der damit
307 einhergehenden Verantwortung überredet, ohne auf diese vorbereitet oder in ihrer
308 Ausführung begleitet zu sein – viele erfahren dadurch Frustration statt
309 Empowerment. Wir brauchen deshalb Strukturen, in denen sich Mitglieder auch
310 kürzer, mit weniger Zeitaufwand und weniger unmittelbarer Verantwortung
311 einbringen, etwas lernen, sich weiterentwickeln und zum Erfolg unserer Ziele
312 beitragen können – ohne frustriert und ausgebrannt zu sein.

313 Solche Teams können ein Ort sein, an dem wir vielfältige Ideen und
314 Herangehensweisen an Projekte zusammenbringen und viele Mitglieder mit ihren
315 Erfahrungen und Perspektiven in unsere Arbeit einbinden.

316 Wir wollen deshalb künftig möglichst viele Aufgaben in projektbezogenen Teams,
317 die eng mit dem Bundesvorstand verzahnt sind, bearbeiten. In solchen Teams
318 können wir einfacher Aktive mit verschiedenen Meinungen, Wissens- und
319 Erfahrungsständen zusammenarbeiten lassen, wir können Mitglieder Erfahrung
320 sammeln lassen, bevor sie für formale Verantwortungspositionen kandidieren und
321 Mitgliedern, die bereits in der Vergangenheit solche Positionen hatten, die
322 Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen noch in einem anderen und gegebenenfalls
323 weniger intensiven Rahmen einzubringen. Das gibt Menschen auch bei geringeren
324 Zeitressourcen die Möglichkeit, sich im Bundesverband der Grünen Jugend
325 einzubringen.

326 **Wir wollen andererseits in längerfristigen Strukturen**
327 **arbeiten und dafür Wiederwahlregelungen verlängern.**

328 Kurzfristig arbeitende Teams können jedoch nicht strategisch planen. Hierfür
329 braucht es weiterhin einige feste Gruppen, die kontinuierliche Arbeit planen,
330 Jahrespläne aufsetzen und langfristige Kampagnen entwerfen. Auch für solche
331 Aufgaben sind niedrige Wiederwahlregelungen häufig unpassend, da sie nur sehr
332 kurze Planungshorizonte ermöglichen. Jede Gruppe braucht zu Beginn einige Zeit,
333 um sich kennenzulernen, in der neuen Rolle zurechtzufinden, Arbeit zu sortieren
334 und ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln und kann in dieser Zeit weniger
335 effektiv arbeiten. Bis man erfolgreich in einem Amt arbeiten kann, muss man erst
336 einiges lernen und Fehler machen können. Häufige Wechsel verhindern es, dass
337 unsere Aktiven sich sinnvoll einarbeiten und langfristig gut zusammenarbeiten.
338 Außerdem erschweren sie es uns, neuen Funktionsträger*innen gute Schulungen
339 anzubieten, da wir diese umso häufiger brauchen, je häufiger wir neu wählen.
340 Deshalb wollen wir Wiederwahlregelungen von festen Gremien verlängern.

341 Insbesondere beim Bundesvorstand können wir viel durch die Verlängerung der
342 Wiederwahlregelungen gewinnen: Unsere Sprecher*innen können bekannter werden,
343 besser Kontakte zu Journalist*innen aufbauen, unsere Vorstände können sich
344 besser notwendiges Wissen für ihre Arbeit aneignen, besser als Team
345 zusammenfinden – das auch jetzt besonders eng zusammenarbeiten muss – und

346 können besser strategisch arbeiten.

347 Auch, wenn man als junggrüne*r Delegierte*r beispielsweise in einer
348 Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen eine kürzere Amtszeit hat als andere
349 Mitglieder des Gremiums, macht das die Arbeit schwerer: Es dauert, sich in ein
350 Themenfeld einzuarbeiten, die Abläufe zu verstehen und zu lernen sich dort für
351 die Grüne Jugend sinnvoll einzubringen. Auf die Frage, mit welchen Maßnahmen
352 wir dieses Problem, auch unter Einbeziehung der Frage der Quotierung, lösen,
353 erarbeitet die Arbeitsgruppe Perspektiven Antwortideen.

354 Der Bundesvorstand sowie Delegierte zu Bundesarbeitsgemeinschaften und dem
355 Länderrat der Grünen und gegebenenfalls weitere Ämter sollen deshalb in
356 Zukunft die Möglichkeit bekommen häufiger als jetzt wiedergewählt zu werden.
357 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu zum nächsten Bundeskongress eine
358 Satzungsänderung erarbeiten. .

359 **Wir wollen im Rahmen der Umstrukturierung der**
360 **Gremienstruktur neu evaluieren, für welche Aufgaben wir**
361 **Wahlen auf der Mitgliederversammlung durchführen und in**
362 **welcher Form wir diese durchführen.**

363 Dabei müssen wir uns insgesamt fragen, wie welche Gruppen zusammengesetzt
364 werden. Projektbezogene Teams wurden in der Vergangenheit meist durch
365 Einberufung durch andere Zuständige, selten durch Wahlen eingesetzt. Alle
366 längerfristig zusammenarbeitenden Gruppen werden derzeit als formelle Gremien
367 gewählt. Unter anderem führt das auf Bundeskongressen dazu, dass wir sehr
368 viele Wahlen durchführen, ohne uns dabei tatsächlich mit den extrem vielen
369 Kandidat*innen auseinandersetzen zu können und eine informierte Wahl zu
370 treffen. Dieses Problem wird aktuell durch die Präferenzwahl in Teilen
371 verdeckt, jedoch kann das für uns keine langfristig tragbare Handhabung sein.
372 Eine Wahl durch die Mitgliederversammlung ist dann erforderlich, wenn die
373 gewählte Gruppe eigenständig politische Entscheidungen für die Grüne Jugend
374 trifft und strategische Planung vornimmt oder wenn sie formelle Macht- oder
375 Kontrollfunktionen inne hat. Auf einige unserer Gremien trifft das
376 offensichtlich zu, auf viele nicht.

377 Formelle Strukturen gehen auch immer mit einem stärkeren Maß an Verantwortung
378 einher: Wer von der Mitgliederversammlung gewählt ist, ist unmittelbar ihr
379 Rechenschaft schuldig und hat von Beginn an die Aufgabe, selbstständig
380 zugewiesene Aufgabenbereiche zu bearbeiten, für politische Auswirkungen
381 geradestehen und dafür Sorge zu tragen, dass ihr Arbeitsbereich funktioniert.
382 Ohne vorherige Erfahrungen ist das in vielen Fällen schwieriger, was bei vielen
383 unerfahrenen Aktiven Frustration verursacht.

384 **Wir wollen Raum für Strategiefindung schaffen.**

385 Wir wollen strategisch arbeiten, das heißt uns also immer nach den geeigneten
386 Mitteln für die zunächst ermittelten Ziele fragen. Um das zu tun, braucht es
387 jedoch auch die entsprechenden Räume, diese Strategien zu erarbeiten, wir müssen
388 uns Zeit für Strategiefindung nehmen und es schaffen, die notwendigen
389 Akteur*innen zusammenzubringen. Insbesondere bedarf es einer besseren und
390 tiefergehenden Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Landesvorständen. Die
391 Arbeitsgruppe Perspektiven arbeitet im nächsten Jahr an Konzepten wie diese
392 Zusammenarbeit, über die vorliegenden Vorschläge von bspw.
393 Funktionsträger*innenvernetzung und Methodenschulungen hinaus, weiter vertieft
394 werden kann, zum Beispiel durch einen Ausbau des Treffens des Bundesvorstands
395 und der Landesvorstände.

396 **Neugestaltung unserer Diskussionsräume**

397 Im Moment fehlt es uns an Räumen, in denen verbandsweite
398 Diskussionen stattfinden können. Das müssen wir ändern, denn solche
399 Diskussionsräume sind notwendig, um politischen Diskurs überhaupt zu
400 ermöglichen, gemeinsam wichtige Entscheidungen zu besprechen, uns
401 weiterzuentwickeln und zu positionieren. Außerdem sollen unsere Diskussionen
402 und Debatten noch häufiger zu konkretem politischen Output führen, um jungen
403 Menschen so die Möglichkeit zu geben, ihre politischen Ideen in den
404 gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

405 **Wir wollen eine Zukunft für den SPUNK schaffen.**

406 Der SPUNK hat das Potential, eine wichtige Rolle für Diskussionen in unserem
407 Verband einzunehmen, diese anzuregen und einen konstruktiven Rahmen anzubieten
408 – genauso wie über einzelne Gruppen und Landesverbände hinaus Best Practices
409 und coole Aktionen miteinander zu teilen. Leider geht seine Reichweite immer
410 weiter zurück, die politische Debatte findet nicht mehr dort statt. Das wollen
411 wir ändern und dem SPUNK einen Neustart ermöglichen. Dafür soll die
412 Arbeitsgruppe Perspektiven im nächsten halben Jahr ein Konzept entwickeln, das
413 auch überprüft, ob ein gedruckter SPUNK mit neuem Konzept finanzierbar und
414 bewältigbar ist.

415 **Wir wollen Diskussionen dezentral führen.**

416 Wir sind zu viele, um verbandsweite Diskussionen zu führen, während wir uns
417 alle gegenüber sitzen. Dennoch ist es nötig, Wege zu finden, wie wir mit vielen
418 Leuten, die an verschiedenen Orten leben, diskutieren können. Dabei wollen wir
419 auch tagespolitische Themen diskutieren, die wir mit dem großen Ganzen
420 zusammendenken. Damit fördern wir nicht nur das politische Verständnis unserer
421 Mitglieder, sondern unterstützen sie auch in tagespolitischen Diskussionen.
422 Dafür die Ortsgruppen zu nutzen und beispielsweise im Vorfeld von

423 Bundeskongressen Anträge, relevante Strategieentscheidungen, aktuelle und
424 langfristig entscheidende Themen parallel in verschiedenen Ortsgruppen zu
425 diskutieren, wäre eine sehr gute Möglichkeit hierfür. Vorbild dafür kann
426 beispielsweise das Vorprogramm zum 50. Bundeskongress sein. Die Arbeitsgruppe
427 Perspektiven soll die Voraussetzungen für solche Diskussionen schaffen.
428 Außerdem wollen wir erörtern, wie die Ergebnisse dieser Diskussionsprozesse
429 auch noch besser in die politische Sphäre, insbesondere bei BÜNDNIS 90 / DIE
430 GRÜNEN eingebracht werden können.

431
432 Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten online zusammenzuarbeiten und
433 Diskussionen zu führen verbessern. Im Moment werden dafür z.B. Mailinglisten,
434 Telegram oder Trello genutzt. Wir streben dabei langfristig eine
435 Plattformunabhängigkeit und eine Zusammenführung von Kommunikationswegen an.
436 In der Vergangenheit haben wir jedoch gemischte Erfahrungen mit einzelnen
437 Plattformen wie z.B. dem Wurzelwerk oder dem Igel Office gemacht - unsere Online
438 Angebote müssen deshalb so gestaltet sein, dass sie tatsächlich genutzt werden
439 und die Mitglieder müssen an ihre Nutzung herangeführt werden, z.B. mithilfe
440 von Schulungen. Es soll deshalb möglichst bald einen Ort geben, von dem aus man
441 zu Informationen und Online-Angeboten weitergelangen kann, z.B. eine Auflistung
442 auf der Homepage. Langfristig wünschen wir uns außerdem eine Wissensdatenbank
443 in der insbesondere Leitfäden, Handbücher und Beschlüsse verfügbar sind.

444 **Wir wollen Diskussionen auf Bundeskongressen verbessern,**
445 **indem wir ein neues Verfahren zur Antragspriorisierung**
446 **entwickeln und nur vordiskutierte Anträge besprechen.**

447 Die Zeit auf Bundeskongressen ist knapp – Diskussionen können dort nur
448 eingeschränkt stattfinden. Es ist nötig, diese Diskussion im Vorfeld des
449 Kongresses zu führen. Deshalb wollen wir prüfen, ob wir die die
450 Antragsberechtigung für den Bundeskongress so verändern können, dass nicht
451 mehr einzelne Mitglieder, sondern nur noch Gruppen, also z.B. Gremien aber auch
452 mehrere Einzelpersonen zusammen, antragsberechtigt sind. Dabei wollen wir auch
453 diskutieren, inwiefern eine Quote die Beteiligung von Mitgliedern verschiedener
454 Geschlechter an Antragsprozessen verbessern kann. So gewährleisten wir, dass
455 hinter allen Anträgen, die auf dem Bundeskongress behandelt werden, ein
456 Diskussionsprozess steht, der beispielsweise in Ortsgruppen oder Fachforen
457 stattfinden kann. Wir wollen diese gezielt ermutigen, Anträge im Vorhinein zu
458 diskutieren. Eine solche Änderung stärkt die Ortsgruppen und Fachforen als
459 Diskussionsplattform und ermöglicht es uns, den Anträgen, die diese Hürde
460 genommen haben, mehr Energie auf dem Bundeskongress zu widmen. Außerdem soll es
461 möglich sein ständig Antragsideen auch als Einzelperson online einzubringen,
462 sie z.B. mithilfe der Kommentarfunktion zu diskutieren und Unterstützer*innen
463 dafür zu finden, um so die digitale Partizipation zu stärken.
464 Insgesamt wollen wir uns damit auseinandersetzen, was der Zweck von Anträgen
465 ist und was das für ihre Ausgestaltung bedeutet. Anträge sollen eine
466 angemessene Länge haben und nicht unnötig lang sein. Darüber hinaus kann

467 über Medien wie Themenpapiere nachgedacht werden, in denen sich Menschen mit
468 größerem Fachwissen spezifischer austauschen können.

469 Außerdem wollen wir über ein neues Verfahren zur Antragspriorisierung
470 nachdenken: Abstimmungen könnten zum Beispiel besser vorbereitet werden, wenn zu
471 Beginn der Mitgliederversammlung demokratisch festgelegt wird, welche Anträge
472 behandelt werden und welche nicht. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu zum
473 nächsten Bundeskongress Satzungsänderungen erarbeiten.

474 **Wir wollen auf Bundeskongressen mehr Programmpunkte, die**
475 **sich – auf verschiedene Arten – mit den politischen Themen**
476 **des Kongresses beschäftigen.**

477 Die Bedeutung des Bundeskongresses liegt nicht nur in der Mitgliederversammlung,
478 sondern auch darin, dass er ein vielfältiges Programm an Workshops, Treffen und
479 Diskussionen hat. Sehr große Teile des Programms sind allerdings durch
480 Konvention oder sogar Satzungsbestimmungen festgelegt. Wir wollen ermöglichen,
481 dass auch durch Workshops oder Diskussionsrunden außerhalb der
482 Mitgliederversammlung das Kongressthema oder andere wichtige oder aktuelle
483 Themen behandelt werden und dafür die Anzahl festgeschriebener Programmpunkte
484 verringern.

485 **Wir wollen überprüfen, ob in Zukunft ein oder zwei**
486 **Bundeskongresse pro Jahr stattfinden sollen.**

487 Diskussionen in der Mitgliederversammlung können, egal wie wir sie ausgestalten,
488 keine Einbindung von sehr vielen Mitgliedern herstellen. Dennoch ist der
489 Bundeskongress die größte Veranstaltung, zu der jedes Mitglied fahren kann. Er
490 ist Bildungs- und Diskussionsveranstaltung und wir treffen dort wichtige
491 Entscheidungen, bei denen möglichst viele Mitglieder anwesend sein sollten. Wir
492 brauchen andere Angebote, die Diskussionen im Verband besser ermöglichen und
493 wollen gleichzeitig, dass der Bundeskongress weiter wachsen kann und zentraler
494 Punkt in unserem Veranstaltungsprogramm ist. Er sollte das Event im
495 Jahreskalender sein – gut vorbereitet, sowohl organisatorisch als auch
496 inhaltlich. Das wollen wir durch einen Ausbau von dezentralen Veranstaltungen
497 und Diskussionen im Vorfeld noch verstärken. Die Aufmerksamkeit des gesamten
498 Verbandes auf eine so wichtige Veranstaltung zu legen, würde uns besser
499 gelingen, wenn sie nur einmal jährlich stattfindet. Auch die Vorbereitung könnte
500 gründlicher und unter weniger Stress geschehen.

501 Außerdem werden Bundeskongresse teurer, je größer wir werden – unsere
502 Finanzmittel wachsen aber kaum. Ob wir zwei Bundeskongresse im Jahr langfristig
503 finanzieren können, ohne an Bildungs- und Diskussionsangeboten, die für die
504 Einbindung vieler Mitglieder geeigneter sind, zu sparen, ist sehr fraglich.
505 Stattdessen eine bessere Sommerakademie und Themenkongresse einzuführen, die

506 Debatten in anderen Formaten erlauben würden, könnte uns die dringend nötigen
507 Debattenräume schaffen. An solchen Alternativen zu einem der Bundeskongresse
508 und finanziell machbaren Konzepten soll die Arbeitsgruppe Perspektiven in
509 Zusammenarbeit mit der Schatzmeisterin und mit Einbeziehung des
510 Bundesfinanzausschusses arbeiten. Dabei soll u.a. auch die Arbeit der ehemaligen
511 Strukturkommission mit einbezogen werden. Diese sollen in der nächsten
512 Beteiligungsschleife diskutiert werden.

513 **Ortsgruppen zum Kernstück des Verbands machen**

514 Damit unsere Ortsgruppen tatsächlich zum Kernstück des Verbands werden, bei
515 denen neue Mitglieder eine Anlaufstelle finden, Diskussion und Bildung genauso
516 wie politische Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, müssen wir
517 einige Voraussetzungen erfüllen.

518 **Wir wollen eine einheitliche Aufgliederung und**
519 **Mitgliedschaftsregeln und dafür die Ortsgruppen in der**
520 **Bundessatzung verankern.**

521 Die Ortsgruppen sind derzeit teilweise in Landessatzungen, nicht aber in der
522 Bundessatzung, geregelt. Das führt dazu, dass sich einige Regelungen sehr
523 unterscheiden, einige Landesverbände kennen gar keine Ortsgruppen. Für eine
524 bessere Willkommenskultur wollen wir dabei eine gemeinsame Mitgliederbasis: Neue
525 Mitglieder können so gleichermaßen Informationen über ihre Ortsgruppe, ihren
526 Landesverband und den Bundesverband erhalten. Durch eine bessere Verankerung der
527 Ortsgruppen können wir ihre Rechte stärken und zu einem Verband werden, in dem
528 Mitglieder gleichermaßen Ortsgruppe, Landesverband und Bundesverband angehören
529 und diese Ebenen gut auf unsere gemeinsamen politischen Ziele gerichtet
530 zusammenarbeiten. Dafür soll die Arbeitsgruppe Perspektiven bis zum nächsten
531 Bundeskongress eine Satzungsänderung erarbeiten.

532 **Wir wollen klare Verantwortlichkeiten in allen Ortsgruppen**
533 **haben.**

534 Um eine Willkommenskultur für neue Mitglieder zu haben, miteinander und mit
535 anderen Ebenen zusammenzuarbeiten, braucht es klare Verantwortlichkeiten
536 (idealerweise Vorstände) in allen Ortsgruppen. Schon alleine um die
537 Kommunikation innerhalb des Verbands zu ermöglichen, muss jederzeit klar sein,
538 wer der*die richtige Ansprechpartner*in ist.

539 **Wir wollen, dass Ortsgruppen durch Bundes- und Landesverband**
540 **in ihrer Arbeit unterstützt werden: Durch gemeinsame**
541 **Standards, methodische Schulungen, Vernetzung und Angebote**
542 **für Veranstaltungen.**

543 An vielen Orten sind wir noch relativ klein, was die Arbeit für viele
544 Ortsgruppen schwerer macht. Aber auch die stärkeren Ortsgruppen müssen nicht
545 alle einzeln das Rad neu erfinden. Der Bundesverband und die Landesverbände
546 haben die Möglichkeit, Grundlagen für die Arbeit vor Ort zu schaffen:
547 Erfahrungswerte zu Organisation, Veranstaltungs- und Aktionskonzepte, die dann
548 an Gegebenheiten vor Ort angepasst werden können, Schulungen, die den
549 Ortsgruppen Werkzeuge für ihre Arbeit an die Hand geben und Vernetzungsangebote
550 für Ortsgruppenvorstände. Im Rahmen einer Überarbeitung des Ortsgruppenhandbuchs
551 soll der Bundesverbands Standards festhalten und sie in einer Weiterentwicklung
552 des Handbuchs herausgeben, die Schulungen und Austausch ergänzen und präzisieren
553 können. Ein effektiver und professionell arbeitender Bundesverband stärkt so
554 alle Bereiche der Grünen Jugend und hilft insbesondere kleinen Ortsgruppen und
555 solchen in strukturschwachen Gebieten weiter. Die Arbeitsgruppe Perspektiven
556 soll im Rahmen ihrer Arbeit zu Bildungsstrategie, Standards und dem Konzept für
557 methodische Schulungen Angebote für Ortsgruppen erarbeiten.

558 **Frauen, Inter und Trans fördern**

559 Wir sind ein feministischer Verband. Wir unterstützen eine Gesellschaft vieler
560 Geschlechter. Wir wollen ein Verband sein, in dem Frauen und Inter und Trans
561 eine starke Rolle spielen und von dem dringend nötige gesellschaftliche
562 Veränderung ausgehen kann. Das bedeutet, dass wir vielen jungen Frauen
563 ermöglichen wollen, sich in der Grünen Jugend einzubringen. Dafür bedarf es
564 gezielter Förderung und Empowerment, die der Benachteiligung von Frauen
565 entgegenwirken und sie dazu ermächtigen, aktiv etwas zu verändern. Es geht
566 dabei nicht darum, eine Konkurrenz zwischen verschiedenen im Patriarchat
567 benachteiligten Geschlechtern aufzumachen. Sich nicht-binär identifizierende
568 Personen sind immer mitzudenken. Auch Inter und Trans bedürfen an jeweils
569 eigenen Stellen gezielter Förderung; ihrer Diskriminierung muss aktiv
570 entgegengewirkt werden. Insgesamt ist uns wichtig, Frauen, Inter und Trans nicht
571 jedes Mal pauschal in einen Topf zu werfen, zielgerichtete Förderangebote zu
572 machen und eine Verwechslung der Begrifflichkeiten zu verhindern.

573 **Wir wollen eine Geschlechterstrategie, die alle**
574 **Arbeitsbereiche und alle Ebenen der Grünen Jugend**
575 **berücksichtigt.**

576 Wir haben zwar die Quote als sehr effektives Instrument, Frauenförderung sowie
577 die Förderung von Inter und Trans muss aber auch in vielen anderen Bereichen
578 unserer Arbeit eine Rolle spielen: Wie planen wir Veranstaltungen so, dass sie
579 Frauen, aber auch Inter und Trans ansprechen? Wie fördern wir Frauen in unserer
580 Bildungsarbeit? Wie schaffen wir weibliche Vorbilder für neue Frauen und
581 Vorbilder, die Inter oder Trans sind? Wie verwenden wir unsere Finanzmittel so,
582 dass sie Frauen zugute kommen? Wie und welche Themen kommunizieren wir nach
583 außen? Wie fördern wir Frauen, begeistern sie für politische Arbeit und

584 bereiten sie auf die Übernahme von Verantwortung vor, um nicht nur zur
585 Erfüllung der Quote kurz vor Wahlen Kandidatinnen zu suchen? Wie können wir
586 effektiv gegen sexuelle Gewalt vorgehen, um ein möglichst sicheres Umfeld zu
587 schaffen? Wie machen wir nicht-binäre Menschen in unseren Strukturen sichtbar?
588 Wie können wir verhindern, dass Trans Diskriminierung erfahren? Was braucht es
589 an spezifischen Förderangeboten für Inter und Trans, welche eignen sich nicht?
590 Wo sollten Fördermechanismen für alle aufgrund von Geschlecht benachteiligten
591 Menschen gelten, wo
592 sind gruppenspezifische Lösungen nötig? Um in all diesen Bereichen die
593 Potentiale zur Förderung von Frauen, Inter und Trans und zur Bekämpfung von
594 Diskriminierung zu nutzen, müssen wir uns in einer Geschlechterstrategie auf
595 Methoden einigen und alle, die an diesen Themen arbeiten, in die Pflicht nehmen,
596 sie in ihrer Arbeit umzusetzen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu bis zum
597 nächsten Bundeskongress Grundlagen für eine Geschlechterstrategie erarbeiten.

598 **Wir wollen, dass in unseren zukünftigen Strukturen die**
599 **Förderung von Frauen, Inter und Trans stark mit unserer**
600 **Alltagsarbeit verknüpft ist.**

601 Solche Methoden können wir im Rahmen des Perspektivenprozesses nicht für immer
602 festschreiben, sondern müssen sie weiterentwickeln. Die bisherige Struktur des
603 Frauen-, Inter-, Trans- und Genderrates ist dafür aber kaum geeignet: In viele
604 der Informationen, wie der Mitgliederentwicklung, der Einbindung von Frauen in
605 Strukturen oder Teilnehmer*innenzahlen von Veranstaltungen, hat er kaum
606 Einblick. Wenn er sich Einblick verschafft hat, ist er selten an einer Stelle,
607 wo er etwas verändern kann und kann häufig nur Berichte erstellen. Daneben ist
608 die Zuständigkeit für Veränderung unklar: Die Frauen-, Inter-, Trans- und
609 Genderpolitische Sprecherin hat die beinahe gleichen Aufgaben. Eine Ansiedlung
610 der Aufgaben im Bundesvorstand – federführend bei der Frauen-, Inter-, Trans-
611 und Genderpolitischer Sprecherin – kann diese Probleme beheben. Mit
612 Unterstützung vor allem der politischen Geschäftsführer*in und
613 Schatzmeister*in, die in ihrer Arbeit besonders viel mit organisatorischen
614 Fragen zu tun haben und möglicherweise weiteren Aktiven kann sie so an der
615 Anpassung und Umsetzung der Geschlechterstrategie arbeiten. Den Frauen-, Inter-,
616 Trans- und Genderrat wollen wir deshalb in seiner jetzigen Form abschaffen und
617 die Aufgaben vor allem an die Frauen-, Inter-, Trans- und Genderpolitische
618 Sprecherin und ein Team um sie herum geben. Außerdem soll der Austausch
619 zwischen den Zuständigen der Länder vertieft werden, um [so](#) tatsächlich
620 ebenenübergreifend vorgehen zu können.
621 Die Frauen-, Inter-, Trans- und Genderpolitischen Sprecherinnen sollen bei der
622 Ausgestaltung der Geschlechterstrategie mitwirken
623 und die Umsetzung in ihrem Landesverband vorantreiben. Die Arbeitsgruppe
624 Perspektiven soll dazu eine Satzungsänderung ausarbeiten,
625 die auch die Ausgestaltung des neuen Teams umfasst.

626

Bildung, um die Welt zu verändern

627 Wir wollen uns mit unserem Bildungsprogramm gegenseitig dabei helfen, die
628 Gesellschaft und ihre Funktionsweisen zu verstehen – denn Verständnis und
629 Veränderung müssen Hand in Hand gehen.

630 **Wir wollen eine Bildungsstrategie entwickeln, die**
631 **Veranstaltungsformate, Inhalte und Ziele für unsere**
632 **Bildungsarbeit betrachtet.**

633 Wir wollen junge Leute in ihrem Politisierungsprozess unterstützen und Wissen
634 vermitteln, das im Bildungssystem viel zu kurz kommt. Wir wollen unsere
635 politische Arbeit unterstützen, indem wir inhaltliche Grundlagen für die
636 Planung von politischen Aktivitäten und unsere Wirkung nach außen vermitteln
637 und uns immer wieder neue Impulse geben, damit wir politisch nicht auf der
638 Stelle stehen bleiben. Wenn wir das erreichen wollen, können wir unsere
639 Bildungsveranstaltungen nicht einzeln für sich selbst stehend planen, sondern
640 müssen eine Strategie entwickeln, entlang derer wir unser konkretes
641 Bildungsprogramm planen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll deshalb bis zum
642 nächsten Bundeskongress Grundlagen für eine Bildungsstrategie erarbeiten und
643 dabei auch auf die in den letzten Jahren geleistetete Arbeit zurückgreifen .

644 **Wir wollen, dass die Planung der Bildungsarbeit künftig in**
645 **einem neuen Team stattfindet, das explizit für die**
646 **Bildungsarbeit gebildet wird, sich also nicht automatisch**
647 **aus in andere Funktionen gewählten Funktionsträger*innen**
648 **zusammensetzt, das eng mit dem Bundesvorstand**
649 **zusammenarbeitet und sich teilweise aus diesem**
650 **zusammensetzt.**

651 Die Fachforen leiden derzeit unter ihrer Doppelaufgabe, ein Diskussionsforum zu
652 sein und Bildungsveranstaltungen zu planen. Die beiden Aufgaben sind jedoch sehr
653 unterschiedlich. Für die Planung von Bildungsveranstaltungen sind mehrere
654 verschiedene Fähigkeiten erforderlich, die über die zur Mitarbeit in oder
655 Koordination von einem Diskussionsraum hinausgehen: Zum einen braucht es
656 inhaltliches Vorwissen zum Thema und, durch unseren Anspruch,
657 Gesellschaftskritik und politische Zusammenhänge zu vermitteln, auch zu
658 verwandten Bereichen. Außerdem brauchen die Organisator*innen methodische und
659 organisatorische Fähigkeiten und die Lust, Bildungsveranstaltungen zu
660 organisieren. Viele Mitglieder, die erstmals als Fachforumskoordinator*in
661 kandidieren, wissen wenig von den bevorstehenden Aufgaben und bringen vor allem
662 Interesse am Thema mit. Die Fachforen sollen deshalb zukünftig nicht mehr direkt
663 für die Bildungsarbeit verantwortlich sein, sondern sich darauf konzentrieren,
664 einen Diskussionsraum zu bilden, in dem interessierte Mitglieder sich
665 austauschen und für den Verband relevante Debatten führen können.

666 Die Planung der Bildungsarbeit soll statt wie bisher im Bildungsbeirat
667 zukünftig in einer eigens hierfür gebildeten Gruppe erfolgen. Diese neue
668 Gruppe soll in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand die Aufgabe haben,
669 das Bildungsprogramm der Grünen Jugend zu strategisch zu gestalten. Der
670 Bildungsbeirat besteht zurzeit aus Vertreter*innen der Fachforen und anderer
671 Gremien – mit der neuen Struktur wollen wir erreichen, dass die neuen
672 Verantwortlichen nicht nur ihr eigenes Thema in der Bildungsarbeit vertreten,
673 sondern themenübergreifend, anhand von inhaltlichen und strategischen Fragen
674 arbeiten: Welche Inhalte brauchen wir in der aktuellen politischen Situation
675 besonders? Welche Veranstaltungen brauchen wir, um es möglichst vielen
676 Mitgliedern zu ermöglichen, etwas über zentrale Themen zu lernen? Wie
677 gestalten wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen verschiedenen Themen,
678 zwischen allgemeinen Fragen und spezialisierterem Wissen? Strategische Fragen
679 für das Bildungsprogramm können wir im Perspektivenprozess nicht ein für
680 allemal beantworten. Wir brauchen Orte, an denen neue Impulse für eine
681 Strategie entstehen und an denen ein Bildungsprogramm geplant wird, die mit
682 unserer politische Arbeit verknüpft ist und das Synergieeffekte mit unseren
683 anderen Aktivitäten – oder auch den Bildungsangeboten auf Landes- und
684 Ortsebene – schafft. Eine neu gestaltete Gruppe, die eng mit dem
685 Bundesvorstand zusammenarbeitet und sich teilweise aus diesem zusammensetzt,
686 kann so einen Ort bieten. Die konkrete Planung und Ausführung der
687 Bildungsveranstaltungen soll in Projektteams erfolgen, die zusätzlich aus
688 Mitgliedern bestehen, die inhaltliche Expertise oder methodisches Wissen
689 mitbringen oder die Erfahrung in der Bildungsarbeit sammeln wollen. In die
690 Ausgestaltung dieses Angebots sollen die Expert*innen aus den Fachforen
691 eingebunden werden.

692 Langfristig wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern hier stark
693 erhöhen, um nicht mehr etliche unterschiedliche, sondern ein gemeinsames
694 Bildungsprogramm zu haben, das sich gegenseitig ergänzt.

695 Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll zum nächsten Bundeskongress im Rahmen der
696 Umstrukturierung der Gremien einen Vorschlag für die Ausgestaltung dieses Teams,
697 der weiteren Gestaltung der Bildungsarbeit und der neuen Rolle der Fachforen
698 erarbeiten.

699 **Rausgehen und nach außen wirken**

700 Als politischer Jugendverband wollen wir nicht nur uns selbst durch
701 Bildungsangebote weiterentwickeln, sondern auf die Gesellschaft einwirken.

702 **Wir wollen gute Kampagnen nutzen, um unsere**
703 **Organisationsstrukturen weiterzuentwickeln und auf die**
704 **Straße zu gehen.**

705 Kampagnen ermöglichen es uns, in einem Zeitraum geballter Aktivität auf der
706 einen Seite unsere eigenen Organisationsstrukturen weiterzuentwickeln und auf
707 der anderen Seite mit vielen hundert Leuten auf die Straße zu gehen, neue Leute
708 anzusprechen und gesellschaftliche Stimmungen zu beeinflussen. Sie sind deshalb
709 ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Gute Kampagnen erfordern eine politische
710 Analyse der aktuellen Situation durch den Bundesvorstand. Die
711 Mitgliederversammlung trifft die relevanten strategischen und politischen
712 Entscheidungen über unsere Kampagnen. Die Umsetzung soll in Zukunft in einem
713 Kampagnenteam erfolgen, das situationsbedingt aus Teilen des Bundesvorstands
714 besteht, von diesem eingesetzt wird oder zusätzlich aus gewählten Personen
715 besteht, die eng mit dem Bundesvorstand zusammenarbeiten. Im ganzen Verband
716 benötigen wir zur Planung und Umsetzung von Kampagnen gute
717 Kommunikationsstrukturen, starke Ortsgruppen und stabile Strukturen mit klaren
718 Verantwortlichen. Gut aufgebaute Strukturen sind also die Grundlage für
719 erfolgreiche Kampagnen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll wie oben beschrieben
720 daran arbeiten, diese Grundlagen zu schaffen und im besonderen eine gute
721 Kommunikationsstruktur zwischen Bund, Ländern und Ortsgruppen entwerfen –
722 gegebenenfalls unter Einbeziehung der Bundesgeschäftsstelle.

723 **Wir wollen mehr Schulungen für und Austausch zwischen**
724 **Sprecher*innen von verschiedenen Ebenen.**

725 In der Pressearbeit lässt sich viel Zeit und Energie in Arbeit stecken, die uns
726 nur wenig sichtbar macht; was effektiv ist und was nicht ist dabei für neue
727 Sprecher*innen nicht einfach einzuschätzen. Wir wollen deshalb im Rahmen von
728 methodischen Schulungen und durch mehr Austausch mehr Wissen über effektive
729 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei denjenigen schaffen, die uns nach außen
730 vertreten und Synergieeffekte nutzen.

731 **Wir wollen ein Team schaffen, das angebunden an den**
732 **Bundesvorstand an Designfragen und der Weiterentwicklung des**
733 **Corporate Designs arbeiten kann.**

734 Das Corporate Design hat unsere Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert, viele
735 Gliederungen und Mitglieder tun sich mit seiner Verwendung aber schwer. Um
736 unsere Darstellung weiter zu verbessern bietet es sich an, Aktive zu finden, die
737 den Bundesvorstand in Designfragen unterstützen und dabei an der
738 Weiterentwicklung des Corporate Designs arbeiten. Zur Unterstützung der
739 Ortsgruppen und anderer Aktiver sollen Workshops angeboten werden und dafür das
740 vorhandene Workshopkonzept weiterentwickelt werden.

741 **Wir wollen, dass unsere Sprecher*innen ihr Amt länger**
742 **ausüben, um in der Öffentlichkeit präsenter sein zu können.**

743 Effektive Pressearbeit funktioniert vor allem durch Bekanntheit und

744 persönlichen Kontakt zu Journalist*innen. Die Doppelspitze, sehr kurze
745 Amtszeiten und geringe Wiederwahlmöglichkeiten unserer Sprecher*innen (im
746 Bundesverband höchstens zwei Jahre, bei einjährigen Amtszeiten) machen diese
747 Arbeit schwerer. Bis Kontakte zu Journalist*innen aufgebaut werden können,
748 vergeht meist der größte Teil des ersten Jahres und es bleibt nur wenig Zeit,
749 um diese zu nutzen, bis sich Nachfolger*innen neue Kontakte aufbauen müssen.
750 Wenn unsere Sprecher*innen ihr Amt länger ausführen, profitieren wir davon als
751 gesamter Verband. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll eine entsprechende
752 Satzungsänderung vorschlagen.

753 **Wir wollen uns effektiv in die Partei und in**
754 **zivilgesellschaftliche Bündnisse einbringen, um etwas zu**
755 **verändern.**

756 Für gute Partei- und Bündnisarbeit sind die oben beschriebenen
757 organisatorischen Ansprüche an gute Ortsgruppenarbeit, Zusammenarbeit im
758 Verband usw. die wichtigsten Voraussetzungen. Außerdem fehlt es uns hier
759 teilweise an Strategien, die Zuständigkeiten sind unklar. Eine bessere
760 Absprache zwischen Bund und Ländern, die durch eine vertiefte Zusammenarbeit
761 ermöglicht wird, kann hierbei weiterhelfen. Dazu wollen wir z.B. neue
762 Möglichkeiten und Ziele für die Vernetzung von Mitgliedern der Grünen Jugend,
763 die bei Bündnis 90/Die Grünen in Ämtern, Mandaten und Delegationen sind,
764 erarbeiten.

V2-B Mit linkem Antifaschismus in die Offensive!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 18.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Mit dem Erstarren rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt beobachten
2 müssen, ist die Relevanz antifaschistischen Engagements für große Teile der
3 gesellschaftlichen Linken wieder deutlich geworden. Gleichzeitig war diese
4 Notwendigkeit für Betroffene und aktive Antifaschist*innen nie unsichtbar. Im
5 Gegenteil ist rassistische und faschistische Gewalt eine Kontinuität, die
6 beispielsweise für PoC, Refugees, LSBTIQ*-Personen so wie viele diskriminierte
7 Gruppen und Antifaschist*innen immer eine Gefahr und damit immer präsent war.
8 Diese Realität erkennen wir an. Wir solidarisieren uns mit allen Betroffenen
9 faschistischer und rassistischer Gewalt sowie allen Antifaschist*innen, die sich
10 Nazis und Rassist*innen teilweise tagtäglich in den Weg stellen.
11

12 Insbesondere Antifaschist*innen werden für ihre Arbeit oft von "Konservativen"
13 und "Liberalen" kriminalisiert. Dabei ist ziviler Ungehorsam gegen Nazis nicht
14 nur legitim, er ist notwendig. Und auch antifaschistische Recherchepraxis
15 erscheint im Angesicht eines versagenden Staates als logische und notwendige
16 Konsequenz.

17 Für uns ist aber auch klar, dass folgende Faktoren für den Erfolg
18 antifaschistischer Arbeit eine wichtige Rolle spielen:

- 19 • Eine Mobilisation, die allein auf moralischer Überlegenheit basiert, kann
20 auf Dauer nicht funktionieren. Nazis nur als "rechte Arschlöcher" zu
21 betiteln und mit Festen und Konzerten die eigene moralische und
22 vermeintlich auch intellektuelle Überlegenheit zu feiern, dient nicht der
23 erfolgreichen Bekämpfung der Rechtsentwicklung, sondern wesentlich dem,
24 dass sich alle Beteiligten moralisch besser fühlen können, indem sie sich
25 als Gegenpol zu einer als amoralisch bezeichneten politischen Haltung
26 profilieren können.
- 27 • Niemand wird als Vertreter*in rechter Ideologien geboren, sondern von
28 seiner*ihrer Sozialisation und den gesellschaftlichen Verhältnissen,
29 insbesondere der sozialen Lage, dazu gemacht. Diese Verhältnisse sind
30 veränderbar - Antifaschismus muss daher auch heißen, "alle Verhältnisse
31 umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein

32 verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx). Für die
33 gesellschaftlichen Verhältnisse ist die gesamte Gesellschaft
34 verantwortlich, nicht die Menschen als Einzelne.

- 35 • Der Gegenpol zu "politisch Rechts" ist nicht einfach "nicht Rechts",
36 sondern explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen
37 würde, "nicht rechts" zu sein, wird die Definition der (zurzeit
38 bürgerlichen) Mehrheitsgesellschaft, was denn "rechts" genau ist,
39 akzeptiert. In Zeiten neoliberaler Hegemonie führt das dazu, dass
40 ausgerechnet der Neoliberalismus gegen den Vorwurf, rechts zu sein, immun
41 wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und
42 offen rechter Ideologie: Zum Beispiel betrachtet der Neoliberalismus
43 extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als gerecht - der
44 Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen
45 verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter,
46 sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht
47 mehr weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein -
48 das Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde
49 widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung wie auch der offen
50 rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel
51 für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu
52 einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Dass
53 persönliches Glück getrennt vom Glück der Mitmenschen realisierbar sei und
54 man dafür Karriere machen müsse, führt zu der Behauptung, dass man sich
55 gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt
56 auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses
57 Prinzip den Kampf der Nationen und Ethnien gegeneinander - was an sich
58 schon rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren,
59 rechtsextremen Sozialdarwinismus. Positiv davon abgrenzen kann sich
60 wiederum nur das linke Ideal, dass eine Orientierung am Allgemeinwohl
61 fordert und den Menschen als gesellschaftliches, solidarisches Wesen
62 erkennt, dass nicht auf Kosten, sondern mit anderen das eigene Glück
63 mehren kann. Nichtsdestotrotz müssen wir auch von konservativen oder
64 neoliberalen Kräften verlangen, dass sie sich im Kampf gegen
65 Antidemokrat*innen sowie rassistische und faschistische Gewalt auf die
66 Seite der Betroffenen und der Gegendemonstrierenden stellen.
- 67 • Ein Teil des Erstarkens rechter Kräfte kann dadurch erklärt werden, dass
68 der Neoliberalismus den Menschen als gesellschaftliches Wesen unterdrückt
69 und stattdessen die Vereinzelung und den Wettbewerb zwischeneinander
70 propagiert und herstellt. Das führt bei vielen Menschen zu einem Gefühl
71 der Entwurzelung, des Verlusts gesellschaftlichen Miteinanders und der
72 Einsamkeit. Und dies ist nicht nur ein Gefühl. Tatsächlich wird das
73 Sozialsystem zusammengeschrumpft, Infrastruktur wird abgebaut und so eine

74 bewusste Segregation vorangetrieben. Daran kann die Rechte anknüpfen,
75 indem sie ein neues gesellschaftliches Miteinander im Rahmen eines
76 nationalen Kollektivs verspricht, das sich wesentlich durch Abgrenzung
77 gegenüber anderen, insbesondere Minderheiten und Linke, definiert. Wenn
78 Antifaschismus als reine moralische Abgrenzungshaltung und
79 gesellschaftliche Ausgrenzung verstanden wird, entstehen einfach nur zwei
80 Lager, die sich beide wesentlich durch die Abgrenzung vom jeweiligen
81 Gegenübers definieren. Linker Antifaschismus muss es stattdessen schaffen,
82 eine Brücke des gesellschaftlichen Miteinanders zu bauen, die der
83 neoliberalen Vereinzeln einen progressiven Gegenentwurf gegenüberstellt
84 und damit anschlussfähig ist an Menschen, für die die neoliberale
85 Vereinzeln Entwurzelung und Einsamkeit bedeutet. Dieser Gegenentwurf
86 muss die Utopie einer solidarischen Gesellschaft sein und das konkrete
87 Handeln muss Solidarität heißen!

88 **Fazit**

89 Die GRÜNE JUGEND vertritt konsequent explizit linken Antifaschismus.

90 Uns ist es wichtig, dass Antifaschismus nicht die bloße Verteidigung des
91 (neoliberalen) Status Quo ist, sondern immer kämpferisch in Richtung einer
92 befreiten Gesellschaft streitet. Das wird deutlich, indem wir als GRÜNE JUGEND
93 unser Mitwirken an der Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse und
94 insbesondere der Beantwortung der sozialen Frage deutlich machen - und unseren
95 solidarischen Gegenentwurf zum neoliberalen Status Quo formulieren, aufzeigen
96 und praktizieren.

97 Die GRÜNE JUGEND ist der Überzeugung, dass ein wesentlicher Erfolgsfaktor der
98 Rechten deren Framing-Strategien sind. Das heißt, dass rechte Diskurse die
99 politische Debatte dominieren, weil sie, unter anderem, immer wieder durch
100 bewusste Provokationen in den Vordergrund gestellt werden. Wir wollen linke
101 Diskurse in der Gesellschaft wieder stärker nach vorne stellen, weil wir der
102 Überzeugung sind, dass dies wesentlich für eine erfolgreiche Bekämpfung
103 rechter Positionen ist. Wir erarbeiten dafür Ansatzpunkte und werden diese
104 weiter diskutieren. Der Bundesvorstand und das zuständige Fachforum werden
105 damit beauftragt, diese Diskussion aktiv und moderierend mitzugestalten.

106
107 Die GRÜNE JUGEND wirkt darauf hin, in antifaschistischen Demobündnissen,
108 Zusammenschlüssen und sonstigen politischen Kontexten die oben beschriebene
109 Erkenntnis durchzusetzen und zu kommunizieren. Das heißt **nicht**, die Spaltung
110 von eher liberalen Antifaschist*innen zu betreiben, aber diesen muss sehr wohl
111 vor Augen geführt werden, dass der neoliberale Status Quo nicht mehr tragfähig
112 ist und sie sich langfristig zwischen der Dystopie der Rechten und einer linken,
113 solidarischen Alternative entscheiden müssen.

V3-B Meer rett' ich!

Gremium: Mltgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Die Ozeane bedecken 71% der Erdoberfläche, aber der Meeresboden ist weniger
2 erforscht als die Oberfläche des Mondes. Dabei übernehmen Meere für den Menschen
3 sehr wichtige Funktionen: Sie regulieren unser Klima, indem sie überschüssige
4 Wärme und CO₂ aus der Atmosphäre aufnehmen, die unsere Erde sonst schneller und
5 stärker erhitzen würde. Zudem wurde jedes zweite Sauerstoffmolekül, das wir
6 atmen von Algen produziert. Meere bieten außerdem ein Nahrungs- und
7 Erholungsangebot für den Menschen. Die Meere sind also von großer Bedeutung für
8 uns. Gleichzeitig sind die Meere und ihre Organismen global extrem gefährdet
9 durch die Klimakrise, Überfischung und der Verschmutzung durch Müll, Chemikalien
10 und Lärm. Bisher sind nur 4% der Hohen See Meeresschutzgebiete, dies ist aber
11 viel zu wenig, um die Biodiversität in diesen Gebieten zu erhalten und zu
12 schützen.

13 Die deutsche Nordsee

14 Die Nordsee in Deutschland ist Lebensraum für viele verschiedene Lebewesen. Hier
15 (und auch in der Ostsee) kommt die einzige deutsche Walart vor, der Schweinswal.
16 Er ist durch die Stellnetzfisherei gefährdet, da sich die Wale verheddern und
17 dabei ersticken können. Zudem stellt Lärm durch Schiffe und die Errichtung von
18 Offshore-Windparks eine zusätzliche Bedrohung für den Schweinswal dar.

19 Das Watt, das sich an der deutschen Nordseeküste lang erstreckt, wurde 2009 zum
20 UNESCO Weltnaturerbe ernannt und ist ein besonders schützenswerter Lebensraum.
21 Im Watt herrscht eine hohe Biomasseproduktion und hohe Biodiversität. Dadurch
22 leben viele Lebewesen im Wattboden und auf dem Meeresboden. Die
23 Schleppnetzfisherei, die die Fischerei zum Fang von Krabben einsetzt, erzeugt
24 einen hohen Beifang, dadurch, dass nicht nur die am Boden lebenden Garnelen
25 gefangen werden, sondern auch viele andere Lebewesen.

26 Außerdem werden vor Sylt Sandvorspülungen als Küstenschutzmaßnahme durchgeführt,
27 bei denen Sand vor der Küste aufgesaugt und an den Strand gespült wird, dabei
28 werden die Lebewesen im Watt regelrecht begraben und sterben meist ab. Das
29 Ökosystem kann sich meist nach einiger Zeit wieder erholen, jedoch wird es
30

31 kritisch, wenn die Abstände zwischen den Vorspülungen immer kürzer werden und
das Ökosystem weniger Zeit hat sich zu erholen.

32 In der Nordsee befindet sich die Ölplattform Mittelplate. Sie wurde vor der
33 Gründung des Nationalparks Wattenmeer und der Ernennung zum UNESCO Weltnaturerbe
34 errichtet und genießt somit Bestandsschutz. Sie ist aus dem UNESCO
35 Weltnaturerbegebiet ausgechnitten, genauso wie eine weitere Stelle an der
36 Probebohrungen geplant sind. Die Mittelplate würde jedoch bei einem Unfall durch
37 das Freisetzen von Öl extreme Schäden im Wattenmeer anrichten. Vor der
38 Mittelplate liegt eine Sandbank auf der jährlich große Küstenvögelpopulationen
39 mausern und für diese Zeit flugunfähig sind, würde sich zu dieser Zeit im Jahr
40 eine Ölkatastrophe ereignen, würde eine Großzahl der Vögeln sterben und die
41 Populationen wären dadurch stark gefährdet.

42 Die Grüne Jugend fordert, dass neue Technologien wie leichte Elektroschocks, die
43 die Garnelen hochschrecken lassen und sie so leichter ohne Beifang gefischt
44 werden können, verpflichtend in der Krabbenfischerei einzusetzen. Zudem fordern
45 wir die Sandvorspülungen nur so selten wie möglich durchzuführen und weiter zu
46 erforschen, welche Folgen sie für das Ökosystem vor Ort haben. Wir fordern
47 zudem, dass keine Probebohrungen in der Nordsee durchgeführt werden und keine
48 weitere Ölbohrinsel erbaut wird. Zudem fordern wir einen zeitnahen Ausstieg aus
49 den fossilen Brennstoffen und einen sofortigen Bohrstopp auf der Mittelplate in
50 der deutschen Nordsee.

51 **Meere Weltweit**

52 **Ozeanversauerung und Temperaturanstieg**

53 Dadurch, dass die Ozeane überschüssige Wärme und CO₂ aus der Atmosphäre
54 aufnehmen, hat die Klimakrise auch extreme Folgen für das Leben in den Meeren:
55 Die Klimakrise führt zu einem Temperaturanstieg in den Meeren von 0,13°C pro
56 Jahrzehnt in den letzten hundert Jahren und Forscher*innen gehen von 1-4°C
57 Meerestemperaturanstieg bis 2100 aus. Zudem ist der pH-Wert in den Meeren bisher
58 um 0,1 Einheiten zurückgegangen und wird wahrscheinlich, so Forscher*innen, bis
59 2100 um weitere 0,3 bis 0,4 Einheiten sinken (das bedeutet das Meerwasser wird
60 saurer). Dies hört sich zunächst nicht so dramatisch an, da aber die Tier- und
61 Pflanzenwelt sehr stark an ihren Lebensraum angepasst ist, haben schon die
62 kleinsten Veränderungen starken Einfluss auf ihre Populationen. Der
63 Temperaturanstieg in den Meeren führt zu erhöhten Sterberaten, extremen
64 Migrationsbewegungen mancher Arten und dem Verlust von Brutstätten. Die Folgen
65 der Versauerung der Meere ist gravierend, da sie die lebenswichtige Kalkbildung
66 der Lebewesen, wie Muscheln, Korallen oder Seeigel stark beeinträchtigt. Dies
67 führt zu teils unumkehrbarem Verlust von Biodiversität und Veränderungen von
68 Ökosystemen. Das genaue Ausmaß dieser Veränderungen ist meist noch nicht genau
69 abschätzbar, da wir zu wenig über den Lebensraum wissen.

70 Daher fordert die Grüne Jugend die Ursachen des menschengemachten
71 Temperaturanstiegs der Atmosphäre und somit der Ozeane und den Ausstoß von CO₂
72 sofort zu reduzieren und die Klimakrise zu bekämpfen.

73 **Fischerei**

74 Die globale Überfischung hat gravierende Folgen für das Ökosystem der Meere.
75 Durch die Überfischung der Meere kommt es zu extremen Reduzierungen von
76 Fischpopulationen bis hin zum Aussterben einiger Fischarten und damit zu
77 unumkehrbaren Folgen für ganze Ökosysteme. Vor allem wenn noch nicht
78 geschlechtsreife Fische gefischt werden, die sich bisher noch nicht vermehren
79 konnten, werden die Populationen stark bedroht.

80 Zudem kommt es wahrscheinlich durch die Überfischung zu Massenvermehrungen von
81 Quallen, da Fische ihre natürlichen Fressfeinde sind. Dies hat nicht nur
82 Auswirkungen auf das Ökosystem, sondern auch auf die Fischerei und auf den
83 Tourismus an beliebten Badeorten. Durch die Klimakrise wird dieser Prozess noch
84 zusätzlich verschärft, da durch eine erhöhte Meerestemperatur der
85 Sauerstoffgehalt abnimmt und Quallen niedrigere Sauerstoffkonzentrationen besser
86 ertragen im Gegensatz zu anderen Lebewesen wie Fische.

87 Aquakulturen stellen leider meiste keine gute Alternative zum wilden Fischfang
88 dar, da meist Raubfische in Aquakulturen gehalten werden und somit Fischmehl aus
89 wildem Fischfang zur Fütterung verwendet wird. Zudem werden in Aquakulturen
90 meist große Mengen an Nährstoffen und Medikamenten eingesetzt, die das Ökosystem
91 vor Ort stark beeinflussen.

92 Daher fordert die Grüne Jugend, dass Fischfangquoten eingehalten und stenger
93 kontrolliert und bei Verstoß bestraft werden. Zudem sollen Mindestgrößen erhöht
94 werden, damit nur die geschlechtsreifen Fische gefangen werden. Außerdem fordern
95 wir umweltfreundlichere Alternative zu Aquakulturen zu fördern. Es existieren
96 bereits Konzepte wie Aquaponik, die einen geschlossenen Nährstoffkreislauf
97 bilden und an Land eingesetzt werden statt in den Meeren, meist sind diese aber
98 kostenintensiver als die umweltschädlichen Aquakulturen in den Meeren.

99 Zudem fordern wir die Umsetzung von neuen Technologien um Beifang zu reduzieren
100 beispielsweise durch richtige Anpassung der Maschenweite von Netzen, um nur die
101 gewünscht Fischart zu fangen oder den Einsatz von akustischen Signalen, die
102 beispielsweise Meeressäuger verschrecken, sodass sie nicht in die Fischernetze
103 geraten können.

104 **Einschleppen von fremden Arten**

105 Durch die Globalisierung und dem damit einhergehenden verstärkten Schiffsverkehr

106 auf den Meeren, kommt es zu einer Verbreitung von ortsfremden Arten weltweit. Da
107 Containerschiffe Ballastwasser laden müssen, um beispielsweise ihre
108 unterschiedlich schwere Ladung auszugleichen oder mehr Tiefgang bei Sturm zu
109 erlangen, nehmen sie auch Meereslebewesen auf, die sie dann an anderen Orten, an
110 denen sie das Ballastwasser wieder ablassen, freilassen. Nicht alle aber einige
111 Lebewesen überleben in dem neuen Ökosystem und können sich dort teilweise extrem
112 ausbreiten und andere, heimische Arten verdrängen, dies nennt man dann
113 Bioinvasion. Dieser Prozess wird teilweise von der Klimakrise noch verstärkt, in
114 dem eine erhöhte Meerestemperatur die Ausbreitung fremder Arten aus sonst
115 wärmeren Gebieten begünstigt. Nicht immer führt der Eintrag von ortsfremden
116 Lebewesen sofort zu einer extremen Störung des Ökosystems, aber die Folgen sind
117 bisher noch nicht abschätzbar, die dieses Einschleppen zu Folge haben kann.

118 Daher fordert die Grüne Jugend, dass der Einsatz von Technologien wie der
119 Ozonbestrahlung des Ballastwassers bei Containerschiffen verpflichtend wird, um
120 die Einführung neuer Arten auf ein Minimum zu beschränken. Dafür müssen
121 Kontrollen durchgeführt werden und Verstöße bestrafen.

122 Wir fordern außerdem globalen Meeresschutz, denn nur länderübergreifend kann die
123 Artenvielfalt der Meere erhalten und geschützt werden. Außerdem fordern wir ein
124 Vorantreiben des Schutzes der Hohen See, das momentan von der UN verhandelt
125 wird. Dabei sollen bis 2020 circa 10% der Hohen See unter Schutzstatus gestellt
126 werden, doch Forscher*innen empfehlen für effektiven Schutz der Biodiversität
127 mindestens 30% der Meere als Schutzgebiete zu deklarieren.

128 **Verschmutzung durch Plastik**

129 Auf jeden Quadratkilometer Meer kommen heute bis zu 46.000 Teile Plastikmüll. Es
130 gibt verschiedene Ursachen dafür wie dieser in die Meere gelangt. Vor allem ist
131 die Fischwirtschaft Grund für den Plastikmüll, denn Netze oder Fanggeräte gehen
132 verloren und treiben jahrzehntelang weiter im Meer, an denen Fische oder andere
133 Meerestiere hängen bleiben können und sterben. Durch Schiffe, die illegalerweise
134 ihren Plastikmüll im Meer entsorgen oder denen unabsichtlich Fracht über Bord
135 geht, gelangt auch Plastik ins Meer. In Mülldeponien an der Küste oder an
136 Flüssen wird auch Müll ins Meer geweht.

137 Das Plastik schwimmt dann im Meer entweder an der Wasseroberfläche oder treibt
138 in der Wassersäule oder es sinkt zu Boden. Es wird durch Sonne, Salz und
139 Meeresorganismen mit der Zeit weiter zerkleinert zu kleinen Partikeln, die man
140 kaum noch mit bloßem Auge sehen kann. Diese Partikel heißen dann Mikroplastik.
141 In einigen Teilen der Erde wurden Wasserproben genommen, in denen mehr
142 Mikroplastik als (für Meeresorganismen lebensnotwendiges) Plankton vorkam.

143 Mikroplastik entsteht auch beim Waschen von Kunstfastertextilien wie
144 Fleecepullis, diese verlieren kleine Plastikfasern beim Waschen, die von

145 Filteranlagen teilweise nicht herausgefiltert werden können und somit in Flüssen
146 und dann im Meer landen. Kosmetikprodukte können auch Mikroplastik enthalten,
147 beispielsweise Peelings oder Zahnpasten.

148 Das Plastik wird teilweise von den Meeresorganismen aufgenommen, seien es
149 größere Teile, die von Meeressäugern verschluckt werden oder kleinere Partikel
150 wie das Mikroplastik, das vom Plankton gar nicht mehr auseinander zu halten ist.
151 Die Meeresorganismen können das Plastik nicht verdauen, es lagert sich im Magen
152 an und sie verhungern teilweise mit vollem Magen. Im Speisefisch enthalten,
153 gelangt das Plastik dann wieder bei uns Menschen auf den Teller.

154 Die Dauer der Zersetzung von Müll im Meer ist unterschiedlich. Papier oder
155 Karton zersetzt sich bereits nach 1-2 Monaten. Zigaretten und Plastiktüten
156 werden nach 10-20 Jahren zersetzt. Getränkedosen brauchen 200 Jahre,
157 Plastikbesteck 100-1000 Jahre und Glas bis zu 4000 Jahre bis sie zersetzt
158 wurden. Eine Windel wird nach circa 450 Jahren zersetzt und einige Kunststoffe
159 lassen sich nie zersetzen.

160 Die Grüne Jugend fordert, das Problem der Meeresverschmutzung endlich stärker zu
161 fokussieren und die Meere weltweit zu schützen. Wir unterstützen die Maßnahmen
162 der EU-Kommission, viele Plastik-Einmalprodukte zu verbieten, doch dies geht
163 nicht weit genug. Für den Schutz der Meere muss bis 2030 die Mehrwegquote in
164 Getränkemärkten 95% betragen. Ebenfalls muss mehr Geld in Forschung und
165 Entwicklung fließen, um Recycling attraktiver zu machen und einfacher zu
166 gestalten und um andere Verpackungsmöglichkeiten, außer Plastik, zu schaffen.

167 **Verschmutzung durch Unterwasserlärm**

168 Ein weiteres Problem in den Meeren ist der Unterwasserlärm durch Frachtschiffe.
169 Dieser kann Tiere und Organismen so stark durcheinanderbringen, dass sich ihre
170 Routen ändern und sie an Küsten stranden, da ihr eigener Schall durch fremden
171 Schall durcheinander gebracht wird.

172 Es muss eine globale Strategie ausgearbeitet werden, die dem Trend zunehmenden
173 Unterwasserlärms entgegenwirkt. Unterwasserlärm ist als eine Form der
174 Meeresverschmutzung gemäss dem Sustainable Development Goal 14.1 anzuerkennen,
175 das vorsieht, bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung zu verhüten und
176 erheblich zu verringern. Es ist klar: Bewilligungen für lärm erzeugende
177 Aktivitäten im Meer dürfen nicht ohne vorhergehende umfassende, belastbare und
178 transparente Umweltverträglichkeitsprüfung erteilt werden.

179 Wir fordern, dass „Ruhezonen“ eingerichtet werden, wobei für die
180 Prioritätensetzung wissenschaftliche Grundlagen wie die Areas of Interest for
181 Important Marine Mammal Areas und die Ecologically or Biologically Significant
182

Marine Areas heranzuziehen sind.

Begründung

Erfolgt mündlich

F1 Nachtragshaushalt II 2018

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 31.10.2018

Tagesordnungspunkt: 6. Finanzen

1 Der Nachtragshaushalt liegt im Wurzelwerk vor:

2 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+II+2018/19e74a0-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+II+2018/19e74a0-8-fe8a-4c85-94c6-c7ab6baa09c3?version=1.0)
3 [8-fe8a-4c85-94c6-c7ab6baa09c3?version=1.0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+II+2018/19e74a0-8-fe8a-4c85-94c6-c7ab6baa09c3?version=1.0)

4 In der letzten Spalte findet sich der Nachtragshaushalt II 2018, über den auf
5 dem Bundeskongress abgestimmt wird.

F2 Haushalt 2019

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 31.10.2018
Tagesordnungspunkt: 6. Finanzen

- 1 Der Haushalt 2019 findet sich im Wurzelwerk:
- 2 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2019/b3f778f7-ac4e-46df-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2019/b3f778f7-ac4e-46df-8b65-d1e4e3bfbb53)
- 3 [8b65-d1e4e3bfbb53](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2019/b3f778f7-ac4e-46df-8b65-d1e4e3bfbb53)
- 4 In der letzten Spalte findet sich der Haushalt für das Jahr 2019, über den auf
- 5 dem Bundeskongress abgestimmt werden wird.